

ПОНЕДЕЛНИК 4 МАЙ 2009 Г.
LUNES 4 DE MAYO DE 2009
PONDĚLÍ, 4. KVĚTNA 2009
MANDAG DEN 4. MAJ 2009
MONTAG, 4. MAI 2009
ESMASPÄEV, 4. MAI 2009
ΔΕΥΤΕΡΑ 4 ΜΑΪΟΥ 2009
MONDAY, 4 MAY 2009
LUNDI 4 MAI 2009
LUNEDI' 4 MAGGIO 2009
PIRMDIENA, 2009. GADA 4. MAIJS
2009 M. GEGUŽĒS 4 D., PIRMADIENIS
2009. MÁJUS 4., HÉTFŐ
IT-TNEJN, 4 TA' MEJJU 2009
MAANDAG 4 MEI 2009
PONIEDZIALEK, 4 MAJA 2009
SEGUNDA-FEIRA, 4 DE MAIO DE 2009
LUNI 4 MAI 2009
PONDELOK 4. MÁJA 2009
PONEDELJEK, 4. MAJ 2009
MAANANTAI 4. TOUKOKUUTA 2009
MÅNDAGEN DEN 4 MAJ 2009

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING
Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1 - Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Freitag, dem 24. April 2009, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2 - Erklärungen des Präsidenten

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Tagen jährte sich der fünfte Jahrestag der größten Erweiterung der Europäischen Union. Am 1. Mai 2004 verliehen 75 Millionen Menschen aus zehn Ländern Mittel- und Osteuropas sowie des Mittelmeerraums – nämlich Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern ihrer Freude darüber Ausdruck, Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu werden. Dieser Erweiterung folgten dann im Jahre 2007 die Beitritte Rumäniens und Bulgariens.

Es gehört zu den großartigen Entwicklungen unserer Zeit, dass dies möglich wurde. Nach 60 Jahren der Unterdrückung der Völker Mittel- und Osteuropas stellte die Erweiterung der Europäischen Union die historische Vollendung der

Wiedervereinigung unseres Kontinents auf der Grundlage der gemeinsamen Werte der Freiheit, der Demokratie, des Rechts und des Respekts für die Menschenrechte und die Würde des Menschen dar. Die Europäische Union hat in diesem Prozess an Stärke, Vielfalt und kulturellem Reichtum dazu gewonnen. Die Erweiterung war und ist eine Bereicherung für jeden einzelnen Mitgliedstaat sowie die Europäische Union in ihrer Gesamtheit.

Fünf Jahre nach diesem historischen Moment erweist sich die Erweiterung als ein großer Erfolg für die Europäische Union. Ihre Bedeutung für das alltägliche Leben unserer Bürgerinnen und Bürger ist weiterhin gestiegen. Der Erweiterungsprozess hat nach der Unfreiheit des Kommunismus dazu beigetragen, die Demokratie zu verwirklichen und die Stabilität auf unserem Kontinent zu stärken. Die Erweiterung hat den Lebensstandard in den neuen Mitgliedstaaten verbessert und der europäischen Volkswirtschaft insgesamt einen gewaltigen Aufschwung verliehen, da auch die alten Mitgliedstaaten aus den neuen Export- und Investitionsmöglichkeiten sowie aus einem größeren Markt Vorteile ziehen. Grundsätzlich hat der Beitritt zwölf neuer Länder die Position der Europäischen Union weltweit und ihr Gewicht sowohl als politischer als auch als wirtschaftlicher internationaler Akteur gestärkt.

In den letzten fünf Jahren seit dem Beitritt ist es uns im Europäischen Parlament sowie auch in den anderen Institutionen der Europäischen Union erfolgreich gelungen, die neuen Mitglieder zu integrieren. Wir haben gelernt, aufeinander zuzugehen und enger zusammenzuarbeiten. Doch eine größere und vielfältigere Europäische Union bedarf einer engeren Zusammenarbeit und mehr Handlungsfähigkeit.

Der Vertrag von Lissabon enthält die zentralen Reformen, um die Europäische Union institutionell an die Auswirkungen der Erweiterung anzupassen und sie in die Lage zu versetzen, den vor uns liegenden Herausforderungen zu begegnen. Auch wenn die Diskussion im Hinblick auf die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon nicht abgeschlossen ist, sollten wir doch zuversichtlich sein, dass wir Anfang nächsten Jahres ein positives Ergebnis haben werden, und wir hoffen auf ein positives Ergebnis am kommenden Mittwoch im Senat in Tschechien.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns von Herzen darüber freuen, dass wir heute diese Gemeinschaft sind, die wir sind, und in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 heißt es so schön: „Wir sind zu unserem Glück vereint. Wir haben Anlass zur Freude und zur Dankbarkeit!“

Jetzt zu einer eher besorgniserregenden Begebenheit: Ich möchte unsere tiefe Sorge über die tragische Situation der amerikanisch-iranischen Journalistin Roxana Saberi zum Ausdruck bringen, die wegen angeblicher Spionage für die Vereinigten Staaten zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde und zur Zeit im Evin-Gefängnis in Teheran inhaftiert ist. Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich ebenso wie der Präsident des Europäischen Rats und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika die iranischen Behörden eindringlich auffordern, Roxana Saberi unverzüglich und bedingungslos freizulassen!

(Beifall)

Der Fall Roxana Saberi spiegelt die dramatische Gesamtsituation der Menschenrechte im Iran wieder, die sich seit 2005 – vor allem was die bürgerlichen und politischen Rechte betrifft – immer mehr verschlechtert hat, obwohl sich der Iran im Rahmen der bekannten bestehenden internationalen Instrumente zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet hat. Die Verurteilung von Frau Saberi erfolgt zu einem kritischen Zeitpunkt: zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen im Iran und nur kurze Zeit nach den von den USA und der Europäischen Union eingeleiteten Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zum Iran.

Ich bin zutiefst besorgt darüber, dass Frau Saberi bei diesen im Gange befindlichen politischen Entwicklungen als Pfand eingesetzt werden könnte, und verurteile aufs Schärfste einen offenbar politisch motivierten Schachzug. Ich möchte der Familie von Frau Saberi unsere Solidarität versichern und das starke Engagement des Europäischen Parlaments für die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und der Demokratie im Iran und auf der ganzen Welt bekräftigen.

(Beifall)

Ich möchte hinzufügen, dass wir Kenntnis davon bekommen haben, dass eine junge Frau im Iran, der man vorwirft, noch als Minderjährige ein Verbrechen begangen zu haben, jetzt auch getötet wurde. Dies widerspricht allen Regeln des internationalen Rechts und wir erheben unsere Stimme auch gegen dieses Verbrechen!

(Beifall)

Abschließend möchte ich Sie darüber informieren, dass ich nach dem furchtbaren Ereignis in der vergangenen Woche in Appeldoorn in Holland der niederländischen Königin, den Hinterbliebenen und dem niederländischen Volk in Ihrer aller

Namen mein tiefes Beileid ausgesprochen habe und dass wir in europäischer Solidarität mit unseren niederländischen Freunden verbunden sind.

Das waren einige Mitteilungen. Wir wollen jetzt unsere normalen Arbeiten beginnen.

1-007

3 - Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

1-008

1-009

Johannes Blokland (IND/DEM). – Voorzitter, koninginnendag in Nederland is het jaarlijkse feest van het hele Nederlandse volk met het Huis van Oranje. Dit feest werd wreed verstoord en we zijn nog nauwelijks bijgekomen van de schok. We gedenken de slachtoffers en leven mee met de nabestaanden. Namens de Nederlandse delegatie wil ik u bedanken voor de brief die u namens het Europees Parlement aan onze koningin Beatrix gezonden hebt.

1-010

4 - Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

1-011

5 - Unterzeichnung von Rechtsakten, die im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurden: siehe Protokoll

1-012

6 - Berichtigungen (Artikel 204a der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

1-013

7 - Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll

1-014

8 - Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

1-015

9 - Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

1-016

10 - Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

1-017

11 - Petitionen: siehe Protokoll

1-018

12 - Mittelübertragungen: siehe Protokoll

1-019

13 - Arbeitsplan

1-020

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 30. April 2009, gemäß Artikel 132 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Mittwoch:

Die GUE/NGL-Fraktion hat beantragt, die gemeinsame Aussprache über die Berichte Leinen, Dehaene, Brok, Guy-Quint und Kaufmann über den Vertrag von Lissabon von der Tagesordnung abzusetzen.

1-021

Mary Lou McDonald, on behalf of the GUE/NGL Group. – Mr President, on behalf of my group I request that this package of reports be struck from the agenda of this session. I think that this House should show some measure of humility

and some respect for the democratic process. We all know that Ireland has rejected the Lisbon Treaty and so it is of some wonderment to me that this House persists in debating that matter.

It is not democratically appropriate that this House should set aside the verdict of Ireland or that this House should be used to ratchet up pressure on Ireland in the coming months to adopt a treaty that is clearly not in our interests or in the interests of the European people. I remind Members that Ireland, and Ireland alone, had a democratic vote on this treaty and, in the only place where it was put to a democratic decision, the people rejected it.

I ask at this time, only weeks from the European elections, when the issue of the quality of our democracy is so crucial, that these reports be struck from the agenda and that we turn our attention rather to economic matters and the issue of unemployment – issues that really affect our citizens.

1-022

Daniel Cohn-Bendit, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich finde, dass diese Argumentation jenseits dieser Welt ist. Es geht ja nicht darum, hier den Vertrag von Lissabon zu verabschieden. Es geht für uns nur darum, vorbereitet zu sein, wenn er verabschiedet wird. Sollte er nicht verabschiedet werden, dann wird alles, was wir beschlossen haben, Makulatur sein. Wird er aber verabschiedet – und das würde dann im Oktober sein –, wird dieses Parlament ab November anders arbeiten müssen. Es wäre wirklich unverantwortlich, wenn wir uns nicht vorbereiten. Deswegen sollten wir diese Debatte führen und einen Beschluss fassen.

Und, Frau Kollegin, ich finde es besonders unfair Ihrer Kollegin Sylvia Kaufmann gegenüber, die dieses Parlament leider verlassen wird, dass Sie ihr nicht einmal die Chance geben, dass zum Abschluss ihrer Karriere im Europäischen Parlament ein so wichtiger Bericht angenommen wird. Im Namen Ihrer Kollegin Sylvia Kaufmann spreche ich gegen Sie!

(Beifall)

1-023

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Die GUE/NGL-Fraktion beantragt, eine Klärung der Kommission zum Grünbuch „Fischerei“ in die Tagesordnung einzufügen.

1-024

Pedro Guerreiro, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, tomamos a iniciativa de propor o agendamento de um debate sobre a reforma da Política Comum das Pescas, tendo em conta a apresentação por parte da Comissão Europeia, no passado dia 22 de Abril, do Livro Verde sobre a reforma desta importante política comum e tendo em conta as profundas implicações para este sector estratégico e para os pescadores de algumas propostas aí contidas, aliás, uma proposta de agendamento já apresentada pela Comissão das Pescas deste Parlamento dada a importância e actualidade políticas deste debate, para o qual esta sessão plenária é a última oportunidade para que o actual Parlamento se possa pronunciar.

1-025

Philippe Morillon, *président de la commission PECH*. – Monsieur le Président, le problème c'est, tout simplement, que nous n'aurons pas le temps. Ce n'est pas sérieux d'engager aujourd'hui une réflexion, dans les quelques heures à peine qui nous restent, sur un sujet qui n'aboutira qu'en 2012 ou 2013.

Nous en avons discuté en commission, lors de la réunion du 30 avril. De l'avis de l'ensemble de mes collègues, il faut attendre la prochaine législature pour commencer à examiner les choses.

1-026

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)¹

1-027

14 - Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

1-028

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen.

1-029

Tunne Kelam (PPE-DE). – Mr President, thank you for your congratulations on the anniversary of the enlargement of the European Union.

¹ Weitere Änderungen des Arbeitsplans: siehe Protokoll

At the end of this term, I should like to pay tribute to the activities of Parliament's Baltic Europe Intergroup, which has drawn practical conclusions from the last enlargement, with the Baltic Sea becoming, in fact, the Union's internal sea. It has initiated a new European policy – the Baltic Sea strategy. We can be truly satisfied that, under the creative and skilful leadership of Christopher Beazley, the Baltic Sea strategy has won the support of the Commission and will soon be introduced by the Swedish Presidency. Therefore, I strongly suggest that the activities of this intergroup be continued in the next European Parliament.

Implementation of the Baltic Sea strategy will be a long process that needs parliamentary supervision and, occasionally, reports. I also hope that the activities of the intergroups, as a basic form of parliamentary democracy, will not be restricted in the next European Parliament. Here I am repeating the message delivered by my colleague Mr Bushill-Matthews.

1-030

Glyn Ford (PSE). – Mr President, I want to urge you to intervene with the Commission on behalf of a group of my constituents. The citizens of Gibraltar, whom I have had the honour of representing formally for five years and informally for two decades before that, are gravely concerned about the cancer clusters that have recently been discovered both in Gibraltar and on the Spanish side of the border.

It is difficult when you are in Gibraltar not to see, and occasionally smell, the smoke and pollution from the refineries adjacent to the border, and the concern is that these are the causes of the cancer clusters.

What we would like to see is a joint investigation on both sides and jointly agreed terms of reference, to try and alleviate the worries and concerns that people on both sides of the border have about the problems of pollution and its consequences.

1-031

Bill Newton Dunn (ALDE). – Mr President, on behalf of one of my constituents I want to raise the case of a young man with dual British/Greek nationality named John Zafiroopoulos. Last year he was convicted by a first-degree Greek court to serve an unconscionably severe sentence in prison in Greece. From the information I have been given, Mr President, I consider that the crucial rules relating to Greek legislation, as well as the provisions for fair trials, have been violated. These fair trial provisions are defined by all of Europe and are the rights of every European citizen.

At the start of this year I wrote to the Greek Minister of Justice in Athens to alert him to my concerns. The response which I received, three months later, was signed by minor Ministry employees and made no reference to the matter which I had raised with the Minister – in other words, the breaking of the rules about fair trials. I am very concerned about this, Mr President, and for this reason I am raising it in Parliament right now, hoping that Athens will both send me a proper reply and deliver a full and fair review of the case of Mr Zafiroopoulos.

1-032

Ewa Tomaszewska (UEN). – Panie Przewodniczący! Chciałam się odnieść do trybu pracy w Parlamencie Europejskim. Otóż uważam, że głosowanie nad poważnymi dokumentami w kilkanaście minut po zakończeniu debaty nie jest działaniem rozsądnym. Nie wszystkie argumenty pojawiają się przed posiedzeniami frakcji politycznych. Przy licznej grupie poprawek warto rozważyć przesunięcie głosowań na następny dzień. Jest to kwestia do rozważenia dla następnej kadencji.

W międzyczasie niestety zdarzyły się dwa, dla mnie bardzo istotne, fakty, o których chciałabym również powiedzieć. Po pierwsze, Rosja podpisała z Abchazją i Osetią porozumienie zapewniające obecność jej wojsk w tych prowincjach Gruzji. Jakim prawem zatem twierdzi, że sytuacja w Czeczenii to jest jej wewnętrzna sprawa? Mam nadzieję, że w tej kwestii również wypowie się Parlament w przyszłej kadencji.

W ciągu ostatniego roku w Polsce kolejne 114 tysięcy mężczyzn straciło pracę. To jest efekt kryzysu, ale nie wyłącznie. Fala zgłoszeń o planowanych zwolnieniach grupowych dociera do urzędów pracy, w tym ponad 80 tysięcy polskich stoczniovców, pozbawionych pracy przez Unię Europejską, zezwalającą na wspieranie ze środków publicznych innych miejsc pracy w innych krajach. Jest to dyskryminacja.

1-033

Milan Horáček (Verts/ALE). – Herr Präsident! Letzte Woche hat Slowenien seinen Widerstand gegen den Beitritt Kroatiens verschärft. Ich möchte hier klare Worte für diesen Konflikt finden, da mir dieses Verhalten für einen Mitgliedstaat der Europäischen Union nicht angemessen und unwürdig erscheint.

Kroatien steht als Kandidat bereit und hat einen starken Reformwillen gezeigt. Obwohl noch nicht alle Kriterien erfüllt sind, ist die Richtung klar! Slowenien muss seine kleinkarierte Haltung aufgeben, damit rasch eine Lösung gefunden werden kann. Die Europäische Union wird sich durch den Vertrag von Lissabon und durch seine Erweiterungsschritte weiterentwickeln und Kroatien wird Mitglied werden!

1-034

Urszula Krupa (IND/DEM). – Panie Przewodniczący! W trosce o przyszłość Europy chciałabym dzisiaj na ostatniej sesji w tej kadencji w Strasburgu przypomnieć słowa naszego wielkiego rodaka, Ojca Świętego Jana Pawła II, który powiedział: „Nie będzie jedności Europy dopóki nie będzie ona wspólnotą ducha.”. Ten najgłębszy fundament jedności przyniosło Europie i przez wieki go umacniało chrześcijaństwo ze swoją Ewangelią, ze swoim rozumieniem człowieka i wkładem w rozwój dziejów, ludów i narodów. Nie jest to zawłaszczanie historii, jest bowiem historia Europy jakoby wielką rzeką, do której wpływają rozliczne dopływy i strumienie, a różnorodność tworzących ją tradycji i kultur jest jej wielkim bogactwem. Żrąb tożsamości europejskiej jest zbudowany na chrześcijaństwie, a obecny brak duchowej jedności wynika głównie z kryzysu tej właśnie chrześcijańskiej samoświadomości.

1-035

Ashley Mote (NI). – Mr President, over the last five years I have watched in horror the EU's endless scandalous institutionalised looting of taxpayers' money. I watched in horror an already overcrowded UK deluged by hundreds and thousands of uninvited foreign workers who arrive for their benefit and claim our welfare. I watched in close-up a legislative system that permits anonymous bureaucrats to generate so-called law without any regard for the damage they do to the British economy and its businesses. I watched in close-up –

(Interjection from the floor: 'From Her Majesty's prison!')

– this expensive, ineffectual talking shop of a parliament, masquerading as an elaborate illusion of accountable democracy, a monstrous deceit on the electors who sent us here.

President Gorbachev was right: the EU is the old Soviet Union dressed in Western clothes. You will one day realise that you cannot be masters in someone else's house.

1-036

Der Präsident. – Sie reden in einem freien Parlament. In einem unfreien Parlament hätten Sie diese Rede gar nicht halten können!

(Beifall)

1-037

Ljudmila Novak (PPE-DE). – Drugega aprila smo v Evropskem parlamentu z veliko večino glasov sprejeli resolucijo o evropski zavesti in totalitarizmu. Svojo domovino Slovenijo imam zelo rada, zato me žalosti, ker ta resolucija Evropskega parlamenta v Sloveniji ni naletela na plodna tla in pripomogla k reševanju hudih problemov iz preteklosti.

Nasprotno, nekateri znova želijo povzdigniti Tita kot heroja in po njem poimenovati cesto v glavnem mestu Slovenije, čeprav je odgovoren za množične poboje. Ker ni prišlo do sojenja krivcem, mnogi ne želijo priznati, da so masovni poveljni poboji zločin in da so tisti, ki so jih ukazali, zločinci.

Morda bi bilo primerno, da Evropski parlament ali vi, gospod predsednik, pozovete nacionalne parlamente, naj se seznanijo z resolucijo Evropskega parlamenta in jo tudi podprejo ali dopolnijo glede na nacionalne posebnosti in tako pripomorejo k jasnejšemu in pravičnejšemu razumevanju narodne in evropske zgodovine.

1-038

Richard Corbett (PSE). – Mr President, we have often deplored the supposed lack of information for the public in the run-up to the European elections. I would submit, after the recent intervention from Mr Mote, that the greater problem is the wilful misinformation, if not downright lies, that are peddled before the public.

In my country at the moment the so-called UK Independence Party – the party that Mr Mote was elected for – has posters across the country claiming that the European Union costs us EUR 400 million per day in membership. That would be EUR 15 billion per year – a figure that is actually five times higher than the factual figure, which you can get from the House of Commons library. Not to be outdone, their donor, Stuart Wheeler, has said it costs GBP 120 billion per year, some 36 times the real figure.

But the truth is that the European budget, anyway costing only EUR 3.3 billion, is a simple 1% of GDP. It is a rather small budget, quite small when compared to the huge economic benefits, which amount to some EUR 2 000 per family in my country – an enormous benefit, well worth the price of membership, well worth the benefit of mentioning.

As you yourself said, Mr President, the price of freedom is the right for some people to give misinformation and to tell lies. We have to pay that price, but we must be vigorous in defending the truth.

(Applause)

1-039

Chris Davies (ALDE). – Mr President, the Director of Operations for UNWRA in Gaza, John Ging, spoke to Members of this Parliament last week and informed us that there were still no materials for reconstruction going into Gaza following the bombing, nothing for business or industry, and that only 60% of the calorific needs of the population were being met by the UN.

Mr President, you have seen the situation for yourself, but it continues, and it is a case of collective punishment applied by Israel against innocent people there.

Just within the last few days we have heard, astonishingly, Israel threatening the European Union and saying that if Commissioner Ferrero-Waldner continues refusing to upgrade the Israel-EU Association Agreement, then European influence will be diminished, undermined, and we will have no role to play in the peace process.

It is time to call a halt. Israel's behaviour is an affront to humanity, to civilisation. It is time for us not simply not to upgrade that agreement, but to suspend that agreement.

1-040

Bernard Wojciechowski (IND/DEM). – Panie Przewodniczący! Tylko 13% Polaków pójdzie do eurowyborów. O losach większości zdecyduje mniejszość. Szkoda! UE jest niezbędna w obliczu wyzwań globalnych, a ludzie dostrzegają wartość solidarności między państwami.

Jednak ostatnio nie zrobiono nic, żeby zwiększyć aktywność społeczną. W debatach w Polsce dominują pyskówki między dwiema partiami. Publiczne pieniądze są bezsensownie wydawane na billboardy z płaskimi gębami tych, którzy na spotkania do ludzi wyjść nie potrafią. Premiera Tuska tyle interesuje prawdziwa debata o sprawach europejskich co wcześniej Kaczyńskiego.

Ostatnim razem pytałem z tego miejsca, czy Parlament Europejski przewiduje jakieś spektakularne przedsięwzięcia last minute, mające skłonić ludzi do głosowania. Niestety, obrady prowadził wtedy Marek Siwiec, który chyba wciąż nie może przyzwycząić się do myśli, że demokracja bez zaangażowania obywatelskiego jest niczym.

Spytam więc ponownie: czy Parlament Europejski jest w stanie zrobić jeszcze cokolwiek, żeby jako instytucja wyjść naprzeciw oczekiwaniom związanym z wyborami? 13% to nie tylko pechowa liczba, to wręcz kompromitacja.

1-041

Avril Doyle (PPE-DE). – Mr President, I would just like to respond to some of the criticism on 'green' light bulbs that has appeared again in the media, particularly the Eurosceptic media, over this weekend.

Silence lends assent, so I would just like to say that energy-efficient light bulbs are not a danger to the public if properly handled by the consumer, by the householder, and if produced in a proper working environment where the health of the employees and the environment are both respected.

The onus is on European multinationals that have light bulbs manufactured in places like China to ensure that they meet the standards of manufacture we would require if they were manufactured in the European Union. The end product, the light bulb itself, is perfectly safe when used according to instructions, as safe as any existing light bulbs or batteries, for example, are today. They must be properly disposed of and handled according to the instructions.

I think there is an agenda here – an anti-Europe agenda – in relation to the manufacture of modern, greener, cleaner light bulbs, and I think we have to stand up to those who wish misinformation to be the order of the day on these most important products.

1-042

Pierre Pribetich (PSE). – Monsieur le Président, le président Mitterrand avait l'habitude de rappeler qu'il existe deux manières de faire de la politique: celle des clercs de notaire et celle des cuisiniers.

Si j'évoque cette alternative, c'est en pensant au processus d'adhésion des pays de l'ex-Yougoslavie, de l'Albanie. En écoutant, en lisant les prises de position de la Commission, de collègues, j'ai plutôt le sentiment que l'on s'identifie à la profession de clerc de notaire en notant avec exigence, scrupuleusement, les chapitres accomplis, en ajoutant, si besoin, des étapes supplémentaires comme des problèmes bilatéraux entre la Slovénie et la Croatie. Je pense que nous commettons une erreur de fond.

En l'espèce, il faudrait plutôt s'identifier au cuisinier pour marier délicatement, avec finesse, les ingrédients, les diversités culturelles, agrémenter les plats, profiter de ces nouveaux pays, de leur apport pour enrichir notre Europe. L'Europe demeure un idéal de respect, de tolérance et de diversité, un facteur de paix, notamment pour les Balkans occidentaux, et exige d'avoir cette vision, une vision de cette communauté de destin.

Rien ne serait pire en cette période de crise économique majeure que de nous replier sur nous-mêmes, de nous réfugier dans une peur panique de l'autre, de l'étranger. Gardons à l'esprit la démarche des pères fondateurs de l'Europe et appliquons-la à ces pays des Balkans occidentaux.

1-043

Jelko Kacin (ALDE). – Širitev Evropske unije je prinesla rast in razvoj, mir in stabilnost pa sta omogočila tudi demokratizacijo. Pet let razširjene Evropske unije je zgodba o uspehu, a danes gospodarske razmere zahtevajo hitro in učinkovito ukrepanje.

Vidimo in občutimo prednosti polne integracije v Evropsko unijo in širitve euroobmočja. Obramba eura uspešno varuje gospodarske interese znotraj Evropske unije, kot tudi širše Evrope.

V Evropski uniji nimamo sedemindvajsetih gospodarskih kriz, imamo eno samo, zelo resno in globoko krizo. Najhitreje jo bomo rešili skupaj z drugimi evropskimi državami, z usklajenim, pravočasnim in odločnim delovanjem. Protekcionizem je pot nazaj, populizem pa recept za gospodarski polom.

Podjetja, ki rastejo in se širijo, imajo prihodnost, zato je prihodnost Evropske unije v njeni nadaljnji širitvi, v poglobljanju ter ustvarjanju novih možnosti in boljših priložnosti.

1-044

Zita Pleštinská (PPE-DE). – Tohoročný 1. máj sa niesol v znamení 5. výročia vstupu Slovenska do EÚ. V tento deň sa konali rôzne aktivity, na ktorých sme bilancovali naše pôsobenie v Európskej únii. Ja som sa zúčastnila osláv na slovensko-poľskej hranici na hraničnom moste Čirč-Leluchov. Tento symbolický most, ktorý bol postavený z predstupových fondov EÚ, spojil slovenské a poľské prihraničné obce a naštartoval spoluprácu medzi obyvateľmi po oboch stranách tejto hranice.

Po vstupe Slovenska a Poľska do Schengenského priestoru sa v decembri 2007 odstránili hraničné kontroly, a tým aj administratívne bariéry, ktoré znepríjemňovali obyvateľom život a narúšali ich spoluprácu. Dnes sme svedkami mnohých úspešných projektov, ktoré sú financované zo štrukturálnych fondov EÚ a pomáhajú k trvalo udržateľnému rozvoju v tejto oblasti.

Pán predseda, rada by som vyjadrila svoju veľkú radosť a vďaka za to, že Slovensko spolu so svojimi susedmi patrí do EÚ. Teším sa, že ako jedna zo 14 poslancov reprezentujúcich Slovensko som sa mohla v Európskom parlamente v tomto volebnom období zúčastniť na písaní tejto úspešnej kapitoly v histórii EÚ.

1-045

Маруся Иванова Любчева (PSE). – През последните месеци станахме свидетели на няколко случая на отвличане на кораби от сомалийски пирати с цел откуп. Съществува опасност тази практика да се превърне в добре организирана форма на морски тероризъм и доходоносен бизнес, не без посредничеството на консултантски фирми и адвокатски кантори. Благоприятният за заложниците изход в подобни случаи не бива да се приема с удовлетворение, тъй като потърпевшите корабособственици и страни плащат висока цена, а пиратството се превръща в заплаха за сигурността на корабоплаването в световен мащаб.

Този феномен започна да засяга и все повече европейски граждани. Понастоящем шестнадесет българи се намират в плен на кораба Malaspina Castle. Наблюдаването на преговорите с пиратите не може да се приеме като адекватна политика. Ние се нуждаем от по-голяма яснота какви ангажименти поема Европейският съюз в подобни случаи. Предприетите от различни институции до момента мерки са важни, но очевидно съвсем недостатъчни, поради което настоявам за спешни действия на най-високо ниво за освобождаване на заложниците, за овладяване на това срамно за двадесет и първи век явление.

1-046

Marco Pannella (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io da trent'anni sono qui come lei, ma forse il bilancio che possiamo fare di questi trent'anni non è quello che ci auguravamo quando in questo Parlamento nell'85, facevamo un salto di qualità contro una vecchia e fallita Europa delle patrie per marciare verso gli Stati Uniti d'Europa.

Oggi siamo tornati di nuovo verso quell'infausto passato - Europa delle patrie ma non patria europea - e dentro il nostro recinto, e i popoli attorno che ci salutavano come grande speranza, come occasione da cogliere, in realtà come popoli che voteranno di malavoglia fra poco, condanneranno una volta di più il fatto che noi stiamo rappresentando, con una metamorfosi del male, signor Presidente, quel male contro cui eravamo sorti e ci eravamo illusi di vincere.

1-047

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Pannella. Ich erinnere mich gut daran, als wir 1979 gewählt wurden und Sie Tausende von Änderungsanträgen – damals war das noch auf Papier – eingereicht haben. Aber Sie haben uns in der Zwischenzeit einmal verlassen, während ich die ganze Zeit hiergeblieben bin. Sie waren dann wieder in Rom im Parlament.

1-048

Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, γιορτάζουμε την επέτειο της ένταξης νέων χωρών στην Ευρωπαϊκή Ένωση και όλοι χαιρόμαστε με την ανακοίνωσή σας και συγκινηθήκαμε. Φαντάζομαι, όμως, ότι η παρούσα κυρία επίτροπος μαζί με εμένα, αλλά και πολλούς άλλους συνάδελφους, σκέπτεται ότι μια από τις χώρες που εντάχθηκαν, η Κύπρος, παραμένει κατεχόμενη στο βόρειο τμήμα της και ότι ξένα στρατεύματα βρίσκονται εκεί: η Ευρωπαϊκή Ένωση καλείται και σήμερα να συνδράμει έτσι ώστε το ευρωπαϊκό κεκτημένο να ισχύει σε όλη τη Νήσο Κύπρο.

1-049

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – Criza economică a afectat grav economia mondială. Se estimează că toate statele membre vor avea rate negative de creștere în acest an. La nivel european a crescut alarmant numărul de șomeri și multe întreprinderi își reduc activitatea și concediază personalul sau trimit angajații în șomaj tehnic.

Cetățenii europeni își pierd locurile de muncă, au dificultăți în a-și plăti creditele contractate și calitatea vieții lor se deteriorează. Consider că în această perioadă de criză economică și financiară, Uniunea trebuie să investească în primul rând în oameni. Bunăstarea întreprinderilor europene se datorează salariișilor și de aceea consider că avem întâi și întâi datoria să îi sprijinim.

Consider că summitul pentru ocuparea forței de muncă, ce va avea loc la Praga pe 7 mai, trebuie să identifice urgent soluții concrete pentru creșterea alarmantă a șomajului. Solicit pe această cale ca prioritatea Consiliului European din iunie să fie păstrarea locurilor de muncă și soluții pentru reducerea șomajului în Uniunea Europeană.

1-050

Thomas Wise (NI). – Mr President, today is 4 May and this will be my last speech here. However, 30 years ago today Mrs Margaret Thatcher was elected as British Prime Minister and she faced similar Socialist-caused problems to those that we face today: crippling debts, rising unemployment and public unrest.

She understood the solution was small government, individual freedoms and national self-determination. Today the EU imposes big government, increasing central control and the erosion of the nation state. I can also remember her saying ‘no’, ‘no’, ‘no’, words the EU ignores or does not understand.

She went on to make that now famous speech in Bruges that sparked opposition to the project. The EU is a 50-year-old attempted answer to a 200-year-old problem. I maintain if the EU was the answer, it must have been a very silly question. And, as they say in Star Wars, may the fourth be with you.

1-051

President. – If you would allow me this comment, I think she was, and is, a great lady. She was a prime minister who agreed that the legislation concerning the single market could be done by majority voting. So Margaret Thatcher agreed to majority voting in the Council: this was a great decision.

1-052

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). – Elnök úr, két héttel ezelőtt hasonlóképpen értékeltem az uniós bővítést, hogy az egy sikertörténet, ahol a régiek és az újak kölcsönösen nyertek, ezt az angol a win-win situation-nel jellemezte. Most arról szeretnék szólni, Elnök úr, hogy a gazdasági válság körülményei közepette a politikai elitnek példát kell mutatnia mértéktartásból.

Németországban korlátozták az állami támogatásban részesített vállalatok vezetőit, Obama amerikai elnök is hasonló lépett, a magyar kormány 15%-kal csökkenti a miniszterek fizetését.

Elnök úr, jó lenne, ha az Európai Bizottság is példát mutatna e tekintetben, hiszen egy válság idején az Unió tekintélyét, szavahihetőségét, presztízsét nagyban befolyásolná, hogy ha a biztosok végkielégítésük rendkívül nagy összegének egy részéről lemondanának. Még ha ez szimbolikus is, jelzés lenne az európai polgároknak, hogy gazdasági válság idején az Unió vezetői szintén készek az áldozatvállalásra, ők is szolidaritást mutatnak a szerényebb a jövedelműek irányába.

1-053

Charles Tannock (PPE-DE). – Mr President, the Republic of China, better known to us as Taiwan, has finally achieved its just objective of being able to attend the World Health Assembly (WHA) as an observer. The People’s Republic of China (PRC) has consistently blocked this move since 1971, when it replaced Taiwan in the United Nations.

As a doctor, I firmly believe that public health issues should never play a part in international relations, and the European Parliament, to its credit, has consistently rejected Beijing’s petty policy of blocking Taiwan’s attempts to be present at WHA meetings.

I congratulate Taiwanese President Ma on his new successful policy of rapprochement between Beijing and Taipei, and at last the PRC has seen the folly of its bullying ways towards its neighbour.

I too look forward to better relations between the two governments, which is a win-win situation for all parties concerned and in particular now for the good health of the hard-working Taiwanese people.

1-054

Marco Pannella (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, per fatto personale, vorrei semplicemente ribadire che, contrariamente a quello che lei ha affermato, e d'altra parte si è comportato in tutta questa legislatura in modo coerente, io sono sempre stato rieleto in questi trent'anni a questo Parlamento. È accaduto che nel senso di squadra del Partito radicale, e avendo preavvisato gli elettori prima, io cedessi il posto ad altri compagni come Olivier Dupuis, che hanno testimoniato qui a favore del Parlamento e dell'altro. Quindi è scorretta la sua affermazione, lo ripeto: per trent'anni, sempre.

Purtroppo, quest'ultima volta ho dovuto assistere, signor Presidente - lei che era appunto presente ai tempi di Otto d'Asburgo e di Altiero Spinelli, che proponeva a questo nostro Parlamento di opporsi dinanzi alle esigenze del Consiglio addirittura con lo sciopero dei pareri - ebbene, signor Presidente, ho assistito questa volta con lei a questo Parlamento che ha accettato di comportarsi come un "Taxi-Parliament" quando si è voluto imporre a noi dei tempi - e lei ce li ha imposti - non parlamentari in relazione poi al progetto, fallito, di Lisbona.

1-055

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Pannella. Das, was Sie sagen, steht ja nicht im Widerspruch zu dem, was ich gesagt habe. Ich habe mich nochmals überzeugt: Von 1996 bis 1999 waren Sie nicht hier im Europäischen Parlament. Sie sind gewählt worden, das haben Sie gesagt, das steht also nicht im Widerspruch zu dem, was ich gesagt habe. Ich möchte Ihnen ausdrücklich meinen Respekt für Ihre Tätigkeit und Ihre Arbeit im Europäischen Parlament versichern.

1-056

Neena Gill (PSE). – Mr President, I rise to express my concern about thousands of innocent civilians who have been turned into refugees in their own homeland by the Taliban in the Swat Valley. We are all familiar with the stories about mistreatment of women by the Taliban. However, the news coming out of the valley in the last month reports closing of barbershops, banning of music and disabling of satellite television receivers. Also robbing of banks and looting of homes or women's jewellery at gunpoint are common occurrences, especially of those that oppose or that stand up to the Taliban. The introduction of Sharia law in the Swat Valley has also resulted in all non-Muslims living in the valley having to pay *jizya*, an ancient form of tax, and I understand that the Sikhs living in the area were kidnapped or threatened until they agreed to pay. As the only Sikh MEP, I have been contacted by numerous constituents who are horrified as to what is happening in the Swat Valley – people who have lived there for 60 years are discriminated against in this way.

This Parliament has a proud history and record of fighting against these forms of violations of human rights and denouncing those that are exercising these intimidatory actions. However, we need to go beyond just statements and ask for concrete action from the Commission to make sure that we have a strategy as to how we address the Taliban and their rising influence in that region. Taliban are the real threat to all the values that we hold dear, human rights, equality and democracy. I urge you to write to the Commissioner to take some action.

1-057

Der Präsident. – Vielen Dank, Neena Gill. Für mich war es auch das letzte Mal, dass ich die Aussprache über die Ausführungen von einer Minute geleitet habe. Ich habe mich immer bemüht, dass möglichst viele zu Wort kommen. Oft haben wir die ganze Liste berücksichtigen können – das war auch heute der Fall –, denn es gehört zu den Vorrechten der Abgeordneten, dass sie sich äußern können, und dazu haben sie immer am Montagabend Gelegenheit. Deswegen danke ich Ihnen auch vielmals für das, was Sie uns mitteilen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

1-058

15 - Grippe-Epidemie (Aussprache)

1-059

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission zur Grippe-Epidemie.

1-060

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, thank you for the opportunity to address Parliament, in its final week, on the global spread of the influenza A(H1N1) virus. Let me first brief you on the current situation, and then on what the EU has been doing to manage this crisis.

The latest European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) report states that there are currently 94 confirmed cases of A(H1N1) influenza within the EU and EFTA countries, and 20 probable cases. Most of these people have been to affected areas outside Europe, but not all. Eight human-to-human transmissions have been reported, in one instance even to a health-care worker.

However, we may be glad that none of the patients infected with this virus in the EU has yet died. For over a week we have observed the spread of infections in Mexico, in the USA, in Canada, in EU Member States and in other countries.

In Mexico the impact on public and economic life has grown to a serious scale. We appreciate and acknowledge the enormous efforts the Mexican authorities have made to contain the spread of the virus and to help those suffering from infection.

EU legislation on communicable disease obliges Member States to report on such outbreaks and on the measures they propose to take to mitigate them. The ECDC operates the surveillance networks which follow the number of cases reported. We therefore have a fairly accurate picture across Europe of the developing situation, and this provides the basis for responsibly taking appropriate and effective decisions on how to best make use of our limited resources.

The worldwide picture of infection was severe enough to trigger the WHO to decide on 29 April to upgrade its pandemic alert to phase 5, recognising that human-to-human transmission had taken place in at least two regions. The Commission has worked throughout in close contact and cooperation with the WHO.

My services are working hard to implement the actions to take, as defined by the Community pandemic influenza preparedness plan, in order to address the challenges posed by the current outbreak. The Commission launched its public health operations facility on 24 April and since then my services have been at permanent operational level.

The Commission has called daily meetings of the Communicable Disease Network of Member States and of the EU Health Security Committee since Saturday 25 April. These meetings review the epidemiological situation, discuss and decide on measures and on appropriate legislative acts.

Information for the public on how to prevent infection and to make informed choices about travel has been discussed to ensure a coherent message from all Member States, based on scientific advice by the ECDC, in coordination with the WHO. We decided to extend the surveillance for seasonal flu, which should normally have ended at week 20, in order to identify infections with this new flu virus.

The Commission adopted on 30 April a legally binding case definition on the basis of the EU communicable disease legislation, and this decision was published in the Official Journal on 1 May.

Since medical countermeasures such as antivirals and vaccines are at the heart of our public health response to this threat, I met with the European manufacturers on Wednesday 29 April to learn the latest information on which products are in development, on timelines for new vaccines, and to see if EU intervention can speed up delivery. With the Member States, we are examining how to best optimise the use of existing stocks of antivirals, using the coordination mechanism of the EU Health Security Committee.

I can also inform Parliament that, following my request to the Czech Presidency, the Health Council met on 30 April and adopted a set of strong conclusions reiterating the need for a coordinated response to the new influenza threat.

The Council recalled the legal obligation on Member States to coordinate their surveillance and response to health threats, and agreed that restricting travel to affected areas was not a justified public health response. However, the Council also agreed that good public information was essential and that travellers should be able to make informed judgements.

The Commission is now examining a road map for the urgent implementation of the points included in the Council conclusions of 30 April. These will include development of vaccines, vaccine strategy, guidance on best use of stockpiles of vaccines and antivirals, protective and preventative measures and public communication and information.

It is clear that we all benefit from our integrated European economy and society. However, that benefit also brings a responsibility. It means that we must work together to take only those measures that are justified by the evidence. This is essential if we are to avoid a health crisis becoming an economic crisis as well. But we should not focus unduly on the negative aspects of these events. Thanks to the preparation led by the Commission after avian influenza a few years ago, the EU has the systems in place to respond collectively and effectively to this threat.

I know that in recent times, as the European elections approach, this House has debated what Europe really means for citizens. In these difficult days, I think we can see some things more clearly. Europe means solidarity in standing together to face this threat. It means cooperation, sharing information, expertise and capacity so that we can act together on the basis of the best available knowledge. It means innovation, with European-funded research helping to bring a vaccine to production as quickly as possible. It means capability, through the European institutions enabling all Member States to respond immediately and effectively to a shared crisis. That is what Europe brings to citizens.

So, yes, the situation is serious but we are better prepared than ever to meet this threat. And having seen the determination of the health ministers of Europe last week – and all 27 were there – I am confident of our ability to respond in the coming weeks.

1-061

PRESIDÊNCIA: Manuel António dos Santos
Vice-Presidente

1-062

Αντόνιος Τρακατέλλης, *εξ ονόματος της ομάδας PPE-DE*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε σας ευχαριστώ κατ' αρχήν για την ενημέρωση την οποία μας κάνατε η οποία ήταν πλήρης και επικροτώ τις δράσεις τις οποίες έχετε αναλάβει. Θα ήθελα να θέσω υπόψη σας -εξάλλου κάνατε και εσείς σχετική μνεία- τρία βασικά θέματα τα οποία θεωρώ ότι χρειάζονται για να αντιμετωπίσουμε ενδεχόμενη πανδημία.

Το πρώτο αφορά τα σχέδια τα οποία διαθέτουμε και έχουν ήδη επεξεργαστεί το Συμβούλιο, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή και το Κοινοβούλιο με αφορμή τη γρίπη των πτηνών. Έχουμε λοιπόν σχέδια τα οποία είναι μάλιστα αρκετά καλά και είχαν υποστεί και την κριτική εκ μέρους των ειδικών επιστημόνων οι οποίοι είχαν επισημάνει ορισμένα κενά. Θα ήθελα λοιπόν να ρωτήσω, εάν αυτά τα σχέδια έχουν ολοκληρωθεί, εάν τα κράτη μέλη τα έχουν ενστερνιστεί και εάν είναι έτοιμα να τα εφαρμόσουν -διότι, κύριε Επίτροπε, ο αδύνατος κρίκος εδώ έχει μεγάλη σημασία- και, τέλος, όσον αφορά τον συντονισμό στον οποίο έχετε ήδη αναφερθεί και χαίρομαι που διαπιστώνω ότι είστε έτοιμοι να τον αναλάβετε από κοινού με το Κέντρο Μεταδοτικών Νοσημάτων, σε όλη αυτή την ιστορία της γρίπης.

Το δεύτερο θέμα που θέλω να σας αναφέρω είναι αυτό των αντι-ιικών φαρμάκων. Υπήρχε μια υποχρέωση των κρατών μελών για ένα ποσοστό ώστε να υπάρχει επάρκεια. Τα αντι-ιικά φάρμακα είναι και για τη θεραπεία, αλλά βεβαίως είναι και για την πρόληψη και εκεί θα πρέπει να υπάρχουν κατευθυντήριες γραμμές διότι δεν μπορεί να χρησιμοποιούνται έτσι τυχαία, αλλά σωστά.

Και το τρίτο θέμα που θα ήθελα να θέσω είναι το λυσιτελές θα ήταν, δηλαδή να βρούμε το εμβόλιο για τη νέα γρίπη. Αυτό το εμβόλιο θα έχει μεγάλη σημασία και πιστεύω ότι σήμερα με τις τεχνικές που διαθέτουμε θα μπορούσαν οι εταιρείες να το έχουν έτοιμο μέσα σε τρεις με τέσσερις μήνες. Θα επιθυμούσα, λοιπόν, να πιέσετε προς αυτή την κατεύθυνση ώστε πραγματικά να αναληφθεί αυτή η προσπάθεια. Να έχουμε το νέο εμβόλιο, το οποίο μαζί με αυτό για την εποχιακή γρίπη - που ορθώς έχετε επεκτείνει και θέλετε να καταπολεμήσετε για τους επιστημονικούς λόγους που ξέρουμε- θα αποτελέσει τον καλύτερο φραγμό για την ενδεχόμενη πανδημία της γρίπης.

1-063

Jules Maaten, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, het lijkt erop dat het meevalt met de griep пандеміе. We hebben dus weer eens geluk gehad, net als indertijd met SARS. Maar aan de beslissers, Voorzitter, heeft het niet gelegen. Toen in het weekend bekend werd dat de griep dreigde, werd er overeengekomen op donderdag voor spoedoverleg bijeen te komen. Het lijkt me een nieuwe definitie van het woord "spoed"; vervolgens wordt er niet veel besloten. Hoe moet dat dan als er wél een echte crisis is?

Als de *big one* - waarvan de Wereldgezondheidsorganisatie overtuigd is dat hij komt, en die misschien wel 8 tot 10 miljoen doden kan opleveren - komt, hoe moet dat dan? De ministers kwamen bijeen voor informatie-uitwisseling, er zijn plannen gemaakt. Maar hoe is de kwaliteit van die plannen? Hoe is de kwaliteit van die informatie-uitwisseling en welke maatregelen zijn er genomen? Worden deze eigenlijk wel op elkaar afgestemd? Krijgt de Commissie alle nodige informatie? Ik heb daar zo mijn twijfels over. Bijvoorbeeld de antivirale middelen: wie heeft ze? Wie heeft ze niet? En is er nu eindelijk wél de bereidheid van de ministers om een Europese noodvoorraad aan te leggen?

Er is voorgesteld door Frankrijk om de vluchten naar Mexico te schrappen. Of dat zo'n goed besluit was geweest, daar ben ik niet van overtuigd. Maar het besluit van de Raad dat ieder maar zelf moest weten of ze dat zouden doen, is natuurlijk idioot. Wat heeft het voor zin als het ene land het wel doet en het andere niet, met die open grenzen? Ze hadden dat sámen moeten beslissen. De enige oplossing hier is dat de Commissie in staat moet worden gesteld om dat soort noodmaatregelen te nemen. U, commissaris, zou in opdracht van de Raad binnen vierentwintig uur crisismaatregelen moeten kunnen nemen over quarantaine, over desinfectiemaatregelen op luchthavens, of over reisbeperkingen.

Dit is dus geen verwijt aan de Commissie. Commissaris, u en uw ambtenaren hebben juist gehandeld. Maar waar was de Raad? Dan kijken we om ons heen op het stoffige spreekwoordelijke Mexicaanse pleintje en daar in de zon tegen het stationnetje zit de Raad. We lopen ernaar toe en zeggen "griep, griep!", en de sombrero gaat langzaam omhoog en de Raad zegt *mañana mañana* en gaat door met zijn siësta. Met deze Raad is het slecht nachos eten.

1-064

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, collega's, commissaris, ik dank u, net als de collega's, voor de uitgebreide informatie die u ons hebt gegeven. Maar ik wil me toch aansluiten bij de heren Trakatellis en Maaten. We hebben inderdaad in juni 2006 hier in het Parlement een uitvoerig debat gehad. We hebben een resolutie aangenomen. We hebben daar destijds hard aan gewerkt in de Commissie volksgezondheid van het Parlement. Ik heb die resolutie eens opnieuw ter hand genomen. Ik moet zeggen dat ik, net als de heer Trakatellis, vrees dat er ongelooflijk veel gaten, veel leemtes zitten in de huidige aanpak.

Er is toen een zeer sterke aanbeveling gedaan om te zorgen voor informatie-uitwisseling, voor goede samenwerking tussen de lidstaten onder een coördinerende rol van de Commissie, in goede samenwerking met het Europees Centrum voor ziektebestrijding. Wie nu goed rondkijkt, en de heer Maaten heeft dat zeer nadrukkelijk naar voren gebracht, ziet dat er toch ongelooflijk veel gaten vallen. Dat het allemaal ongelooflijk traag gaat.

De voorraden virusremmers; u hebt ons enkele dagen geleden zelf gezegd dat er 16% in voorraad is, terwijl wij gezegd hebben dat er 30% in voorraad moet zijn. We zitten dus absoluut onder de maat, en dan hebben we het nog niet over de uitwisseling van informatie over de aard van het virus. Die informatie-uitwisseling is van essentieel belang, want pas als de aard van het virus bekend is, kunnen vaccins worden ontwikkeld.

Wetenschappers die ik de afgelopen dagen heb gecontacteerd, zeggen dat ze geen informatie hebben, dat ze er niet aan kunnen komen. Informatie over de aard van het virus wordt beschermd, wordt geheimgehouden. Met alle onderzoeksinstituten kunnen we niet doen wat we moeten doen. Dáár moeten we optreden. Dit kan niet aanvaard worden. De dreiging is écht te groot.

1-065

Urszula Krupa, w imieniu grupy IND/DEM. – Panie Przewodniczący! W debacie na temat zagrożenia wirusem grypy chciałabym zacytować niektóre opinie internautów, jakie pojawiają się w odpowiedzi na medialną panikę stymulowaną dodatkowo komentarzami Światowej Organizacji Zdrowia, z których wynika, że powodem medialnej hysterii jest chęć pozbycia się zmagazynowanych szczepionek lub nieskutecznego *Tamiflu* zalegającego w hurtowniach farmaceutycznych oraz próbą odwrócenia uwagi od światowego kryzysu.

Wymieniane reakcje społeczeństwa nie tylko świadczą o braku zaufania do tak zwanych autorytetów, ale mogą być powodem lekceważenia rzeczywistego zagrożenia pandemią w przyszłości. Wydaje się, że rozsądniej byłoby podawać informacje o zagrożeniu ewentualną pandemią grypy lub innej choroby po nieco dłuższych obserwacjach zachorowań oraz dokładnym zbadaniu wirusów i ich zjadliwości, co zapobiegłoby przekazywaniu niepełnych informacji, paniki i na przykład zabijaniu świń, które ma miejsce.

1-066

Irena Belohorská (NI). – Pani komisárka, aj ja sa chcem pridať k tým, ktorí ďakujú za Vašu aktívnu a okamžitú reakciu v danom prípade. Vzhľadom na globalizáciu a vysokú migráciu turistov, cestujúcich a obyvateľstva dnes nie je miesto na svete, kde by sa dalo predpokladať, že sa toto ochorenie neobjaví. Vidíme to už podľa prípadov, ktoré sa objavili vo vzdialených destináciách od Mexika, ako je Nový Zéland, Austrália, európske krajiny a Afrika.

Aj napriek subsidiarite zdravotníctva sú to práve infekčné ochorenia, ktoré nemajú hranice a ktoré nás nútia k spoločným akciám. Nedajú sa totiž riešiť len v rámci národných možností. Tu dostáva svoje slovo aj solidarita. Slovenská republika možno aj práve predchádzajúcou hrozbou vtácej chrípky je dostatočne pripravená na aj možné rozšírenie chrípkovej infekcie vo väčšiu epidémiu. Máme 700 tisíc kusov *Tamiflu* v štátnych hmotných rezervách pre 5 miliónov obyvateľstva a musím povedať, že práve možno aj vďaka predchádzajúcej hrozbe vtácej chrípky obyvateľstvo sa tiež určite dobre pripravilo.

V prípade epidémie má veľký význam informovanosť obyvateľstva, pretože dá sa povedať tam, kde nie je informácia, tam je vlastne platná dezinformácia. Vidíme to podľa niektorých afrických krajín, kde v Egypte práve táto hrozba epidémie chrípky, ktorá sa predpokladá, že sa rozšírila z ošípaných, znamená vytlačenie 300 tisíc až 400 tisíc kusov ošípaných. Mali by sme ale v tomto prípade možno prejavit' svoju solidaritu aj iným smerom, a to je smerom pre cestovné kancelárie, ktoré mali destinácie do týchto oblastí, kde teraz sa vlastne necestuje na dovolenku, ale len ozať v nutných prípadoch. A pretože máme Eurolat, mali by sme sa zamyslieť aj nad podporou Mexika, kde sa predpokladá, že dôjde práve vďaka tomuto ochoreniu k zníženiu HDP až o 4 – 5 % od súčasného stavu.

1-067

Cristina Gutiérrez-Cortines (PPE-DE). – Señor Presidente, yo quisiera decir que es preciso enviar mensajes realistas a la sociedad, como ha intentado hacer la señora Comisaria.

La ciencia está mucho mejor preparada de lo que estuvo hace cuatro años para enfrentarse a esta pandemia y lo demuestran las escasas muertes que está habiendo. Se conoce mucho más sobre los extremos aviares y humanos y sobre el repertorio de transmisión de este virus del cerdo. Se conoce mucho más sobre las soluciones; por tanto, creo que debemos confiar en la investigación, incentivar la investigación y pedir mucha más investigación para las vacunas, como ha dicho el señor Trakatellis.

Sabemos también que la sociedad está mucho más preparada de lo que estuvo hace tiempo, gracias al gran bagaje y a la organización en todos los países, sobre todo europeos, para prevenir, tener medicamentos almacenados y contar con un sistema amplio de atención a los ciudadanos.

Sin embargo, a mí me preocupa que no se dé suficiente información a esos mismos ciudadanos. Si miramos la prensa, observamos que el 90 % de lo que se publica, o mucho más, son llamadas de atención sobre el número de enfermos que están cayendo, pero se habla muy poco sobre los remedios y cómo tiene que comportarse el ciudadano.

Yo creo que la información tiene que ser mucho mayor. Creo, al mismo tiempo, que deben hacerse muchos más esfuerzos políticos de cara a los ciudadanos. Me llama la atención, por ejemplo, que no se haya presentado ningún miembro socialista al debate y que estén vacíos todos sus bancos, y que no haya pedido nadie la palabra para defender esto, cuando esto es un tema que está fuera de los partidos y nos interesa a todos los Gobiernos.

Quiero insistir también en si es políticamente posible que demos un paso adelante, como ha dicho mi predecesora en el uso de la palabra, para los terceros países. Es preciso tender la mano a todos aquellos que no tienen las condiciones, ni la base ni la *capacity building* para atender a todos los ciudadanos.

Por tanto, la Europa solidaria debe ponerse en marcha, lo mismo que la Europa de la comunicación.

1-068

Françoise Grossetête (PPE-DE). – Monsieur le Président, je voudrais m'adresser à Mme la Commissaire pour lui dire l'inquiétude qui est la mienne. Le développement du virus semble se stabiliser au Mexique, en Europe, etc. Et, déjà aujourd'hui à la radio, j'entends des commentaires selon lesquels on en a peut-être trop fait, on a peut-être trop inquiété nos concitoyens.

Or, Madame la Commissaire, ce qui m'inquiète, ce n'est pas ce qui se passe maintenant; ce qui m'inquiète, c'est ce qui va se passer au mois d'octobre prochain lorsque nous arriverons à la veille de l'hiver. On sait très bien que les virus n'aiment pas les températures élevées. Le danger n'est donc pas là maintenant; mais il réapparaîtra au mois d'octobre, au mois de novembre prochains, l'hiver prochain.

Ce que nous aimerions donc savoir, Madame la Commissaire, c'est ce que vous prévoyez justement pour nous permettre d'être tout à fait prêts à affronter ce virus qui risque de se développer, qui va peut-être muter d'ici là. On dit qu'il faut faire des vaccins; mais ces vaccins que l'on va mettre au point, est-on sûr qu'ils pourront servir dans tous les cas de figure?

Voilà toutes les questions que je me pose. L'inquiétude est pour l'hiver prochain. Il faut donc communiquer, expliquer à nos concitoyens que, de toute façon, il n'est pas question de baisser la garde, il faut rester vigilants et, peut-être, Madame la Commissaire, pourriez-vous diffuser une sorte de petit guide pour aider nos concitoyens à adopter les bons comportements?

1-069

Paul Rübzig (PPE-DE). – Herr Präsident, sehr geehrte Kommissarin! Mich würde interessieren, ob es eine Statistik über Atemmasken gibt. Wie viele solcher Masken sind in Europa vorhanden, und welche Mengen könnten bei Ausbruch einer derartigen Krankheit produziert werden? Das Gleiche gilt natürlich auch für die Medikamente: Gibt es eine Übersicht, wie viele Medikamente derzeit in Europa gelagert sind und wie viele bei einer Ausbreitung der Krankheit produziert werden könnten? Glauben Sie, dass es möglich wäre, Informationen für die Ärzte auch in den 23 europäischen Sprachen anzubieten, so dass hier eine kompetente und schnelle Information gewährleistet wäre?

1-070

Αδάμος Αδάμου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, σας ευχαριστώ καταρχάς για την ολοκληρωμένη και εμπεριστατωμένη παρουσίαση που κάνατε. Εγώ ήμουν ο εισηγητής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με την προετοιμασία των 27 χωρών μελών, προκειμένου να αντιμετωπίσουμε τη γρίπη των πτηνών. Τότε, είχαμε διαπιστώσει μαζί με το γραφείο του Επιτρόπου ότι ορισμένες χώρες υπολείποντο άλλων όσον αφορά κυρίως την αποθήκευση αντιικών φαρμάκων. Θα ήθελα να σας ρωτήσω εάν αυτό ισχύει και σήμερα, ή όχι, πράγμα που σημαίνει ότι τώρα είναι πιο έτοιμα τα κράτη μέλη.

Θα ήθελα, επίσης, να σας παρακαλέσω να κάνετε κάτι όσον αφορά την παραφυλλογία και τις ανεύθυνες φήμες που κυκλοφορούν σε ολόκληρη την Ευρωπαϊκή Ένωση και πανικοβάλλουν τους πολίτες. Πιστεύω ότι είναι και ευθύνη των κρατών μελών και ότι θα πρέπει να γίνει ίσως -εκ μέρους του γραφείου σας- μια σχετική σύσταση.

1-071

Horst Schnellhardt (PPE-DE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Vielen Dank, dass Sie hergekommen sind und dass Sie so schnell hergekommen sind. Wenn wir die Situation mit der Zeit der Vogelgrippe vergleichen, dann bin ich – auch als ungeduldiger Abgeordneter – mit der Reaktion innerhalb der Europäischen Union, innerhalb der WHO, aber auch innerhalb der Mitgliedstaaten eigentlich sehr zufrieden.

Einige Kollegen haben gesagt, die Information sei nicht ausreichend. Ich fühle mich in Deutschland ausreichend darüber informiert, wie ich mich zu verhalten habe. Ich will auch nicht alles immer nach Europa schieben. Es sind die Mitgliedstaaten, die für diese Information zuständig sind. Wir sollten sie auch einmal von dieser Stelle aus ermahnen, ihrer Informationspflicht nachzukommen. Ich höre auch immer wieder, dass insbesondere bei der Deponierung von Impfstoffen in den Mitgliedstaaten noch einige Unzulänglichkeiten bestehen. Mich würde sehr interessieren, ob dies zutrifft, ob die

Mitgliedstaaten wirklich keinen Austausch von Impfstoffen wollen und diesen nur für ihr Territorium bunkern oder ob sie sich bereit erklärt haben, einen Impfstoffaustausch durchzuführen. Denn dann wären wir genau auf der Ebene wie jetzt die Kommission. Ich bedanke mich für diese schnelle und gute Arbeit. Herzlichen Glückwunsch!

1-072

Presidente. – O período *catch the eye* está encerrado.

Antes de dar a palavra à Senhora Comissária, queria também agradecer-lhe a sua intervenção inicial e, por antecipação, agradecer-lhe o conjunto de informações que nos dará seguidamente num tema muito importante e da actualidade, o que demonstra que quer a União Europeia, quer os Estados-Membros estão a encarar esta situação de forma muito positiva e muito próxima dos cidadãos.

1-073

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, I thank Members for their contributions. It is very important for me to hear your views on this very important matter.

First of all, let me assure you that all the structures we have established in order to meet any health threat of this size have been working well and that we have utilised all the tools at our disposal.

As I said in my introductory statement, since 25 April 2009 we have been in close contact on a daily basis with all the Member States, and we have been assured that the directives we have given them have been put in place and are working. However, in view of the experience of the present crisis we are continuously updating our structures and tools, which makes sense because it is only in a real time of crisis that we can see the deficiencies of any structure.

Many speakers mentioned antivirals and the sufficiency of stocks. Unfortunately, as you know, my predecessor discussed this problem of stockpiling on an EU basis with the health ministers but unfortunately those ministers did not want Europe to take over this coordination. We discussed the same problem last year in Angers during the French Presidency and, again, the health ministers insisted that each Member State should be free to decide for itself how many stocks it wanted. We know that there are many differences between the stocks from one state to another, and we are concerned about that.

However, in view of the conclusions reached by the health ministers on 30 April 2009, we decided that the Commission would work closely with the Member States and that if a Member State needs assistance then, in the spirit of solidarity, we shall call for assistance and try to coordinate the needs of the Member States.

As far as the new vaccine is concerned, as I said, I had a meeting with industry and we discussed at length the need both for antivirals and for the new vaccine. We hope that on 11 May 2009 we shall have the seed stocks to give to the industry in order for it to begin production of the new vaccine. I cannot say when it will be ready, as it will depend on the efficacy of the stock, but we estimate that it will take between 8 and 12 weeks.

In response to Ms Grossetête's question, I agree completely with her that we have to remain vigilant in order to meet the needs that may arise, certainly after the summer, and with the creation of the new vaccine I hope that we shall be able to meet the needs of our people.

However, I want to reiterate the fact that the situation is serious but we should not panic. I agree with Mr Adamou that everybody should be as reasonable and realistic as possible in this situation – panicking does not help anybody.

1-074

Presidente. – O debate está encerrado.

1-075

16 - Igualdade de tratamento entre homens e mulheres que exerçam uma actividade independente - Melhoria da segurança e da saúde das trabalhadoras grávidas, puérperas ou lactantes no trabalho (debate)

1-076

Presidente. – Segue-se a discussão conjunta dos relatórios

- da Deputada Astrid Lulling, em nome da Comissão dos Direitos da Mulher e da Igualdade dos Géneros, sobre uma proposta de directiva do Parlamento Europeu e do Conselho relativa à aplicação do princípio da igualdade de tratamento entre homens e mulheres que exerçam uma actividade independente e que revoga a Directiva 86/613/CEE (COM(2008)0636 - C6-0341/2008 - 2008/0192(COD)) (A6-0258/2009), e

- da Deputada Edite Estrela, em nome da Comissão dos Direitos da Mulher e da Igualdade dos Géneros, sobre uma proposta de directiva do Parlamento Europeu e do Conselho que altera a Directiva 92/85/CEE do Conselho relativa à

implementação de medidas destinadas a promover a melhoria da segurança e da saúde das trabalhadoras grávidas, puérperas ou lactantes no trabalho (COM(2008)0637 - C6-0340/2008 - 2008/0193(COD)) (A6-0267/2009).

1-077

Astrid Lulling, rapporteur. – Monsieur le Président, vingt-deux ans après le vote d'un texte qui avait déjà pour but d'assurer l'égalité de traitement entre hommes et femmes exerçant une activité indépendante, y compris leurs conjoints aidants, la Commission a enfin présenté une nouvelle proposition pour remplacer le texte de 1986, inefficace et édulcoré, mais elle l'a fait avec une base juridique plus solide.

Je voudrais d'abord relever une amélioration capitale, à savoir que la constitution d'une société entre conjoints ou partenaires reconnus ne doit plus être interdite dans aucun État membre, ce qui est un moyen efficace pour améliorer la situation des conjoints aidants, ces millions de travailleurs invisibles employés dans l'agriculture, l'artisanat, le commerce, les petites et moyennes entreprises et les professions libérales. Le Parlement européen se préoccupe de leur sort depuis les années 90.

Malheureusement, la proposition de la Commission reste trop timorée sur un point essentiel: la sécurité sociale des conjoints aidants et des partenaires reconnus. L'expérience prouve que, si l'affiliation indépendante des conjoints aidants au régime de sécurité sociale se fait à leur propre initiative, sur demande, la grande majorité d'entre eux ne s'affilie pas. Toutes ces personnes ne se rendent pas compte de ce qu'en cas de divorce, souvent après plus de vingt ans de mariage et de travail dans l'entreprise familiale, elles se retrouvent dépourvues de toute protection sociale, surtout en ce qui concerne les droits à pension.

Nous voulons aussi maintenir l'ancienne disposition concernant la reconnaissance du travail fourni par le conjoint aidant pour prévoir des compensations, notamment lors d'un divorce, dans le cas où il ou elle se trouverait dans une situation précaire après des années de labeur au profit de l'entreprise familiale.

Enfin, en ce qui concerne la protection de la maternité, nous avons trouvé une formule mieux adaptée à la spécificité des femmes exerçant une activité indépendante et les conjointes aidantes. Elles doivent avoir le droit de prendre un congé de maternité d'une durée de leur choix à condition que celle-ci n'excède pas au total celle visée par la directive qui concerne les femmes salariées.

Voilà les amendements auxquels nous tenons le plus pour éviter de reproduire une directive trop décaféinée, qui ne permettrait pas de garantir l'égalité de traitement entre hommes et femmes dans ce domaine.

Nous avons pris connaissance d'une douzaine d'amendements présentés par M. Cocilovo, au nom du groupe ALDE, qui concernent la définition des conjoints aidants et des partenaires de vie. Je suis un peu étonnée, car en commission des droits de la femme, nous nous sommes mis d'accord – tous les groupes – pour nous en tenir aux définitions contenues dans la proposition de la Commission, qui est juridiquement solide et acceptable pour tout le monde, à savoir qu'il faut également entendre par conjoints aidants les partenaires de vie des travailleurs indépendants reconnus en droit national.

Cette définition est claire, précise. Pourquoi présenter des amendements qui sont flous et juridiquement peu solides? Je demande au groupe ALDE de retirer ces amendements. Je suppose qu'il y a un malentendu entre le rapporteur fictif de ce groupe et M. Cocilovo. Je travaille actuellement sur ce point.

La commission des droits de la femme et de l'égalité des genres a malheureusement adopté un autre rapport avec 74 amendements, dont la plupart n'ont rien à voir directement avec l'objectif initial présenté dans la proposition de la Commission, qui consiste à renforcer le socle de la protection de la maternité par l'amélioration de la sécurité et la santé des travailleuses, salariées, enceintes, accouchées ou allaitantes.

Je voudrais préciser que cette directive ne concerne ni les travailleuses indépendantes ni les conjointes aidantes, ni les partenaires des indépendants. Leur situation spécifique sera examinée dans le cadre de la nouvelle directive concernant l'égalité de traitement entre hommes et femmes exerçant une activité indépendante, qui fera l'objet d'un rapport.

(Le Président interrompt l'orateur)

1-079

Edite Estrela, relatora. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros Colegas, em primeiro lugar gostaria de agradecer aos relatores-sombra, às relatoras dos pareceres da Comissão do Emprego e da Comissão dos Assuntos Jurídicos, aos secretariados da Comissão dos Direitos das Mulheres e do Grupo do PSE, aos parceiros sociais, às ONG, aos peritos que participaram nas audições públicas realizadas em Bruxelas e em Lisboa, aos representantes da Comissão e do Conselho e às minhas assistentes. A todos agradeço o apoio e as sugestões.

As propostas do meu relatório são, pois, o resultado de um processo muito participado e de muitas reuniões de trabalho com todos os interessados em dotar a União Europeia de uma directiva sobre a licença de maternidade adequada ao nosso

tempo. Os principais objectivos das minhas propostas de alteração são: em primeiro lugar, reforçar os direitos das mulheres trabalhadoras durante a gravidez, após o parto e durante a amamentação; em segundo lugar, promover a conciliação entre a vida profissional, familiar e privada; em terceiro lugar, contribuir para que os europeus tenham os filhos que desejam e, desse modo, aumentar a taxa de natalidade.

Por isso, proponho o alargamento da protecção contra o despedimento a doze meses, a dispensa de trabalho nocturno e extraordinário se for essa a vontade da mulher e duas horas diárias de redução do horário para amamentação sem perda de quaisquer direitos. Mas, a proposta mais inovadora em relação à proposta da Comissão Europeia diz respeito à licença de paternidade - a legislação comunitária deve consagrar o princípio da licença partilhada de forma a facilitar uma repartição mais equitativa das responsabilidades privadas e familiares entre homens e mulheres e favorecer, assim, a qualidade de vida e o bem-estar das crianças. Os pais devem ser associados às responsabilidades familiares, desde o nascimento ou a adopção de uma criança. É necessário, também, combater os preconceitos económicos, sociais e culturais associados ao direito à licença de paternidade e mudar as mentalidades.

Enquanto, por exemplo, na Suécia, o homem que não partilha a licença parental é olhado pela sociedade como um mau pai, nos países do Sul da Europa, passa-se o inverso: os pais são coagidos pelos empregadores e pelos colegas de trabalho a não gozarem a licença a que legalmente têm direito. Por isso, proponho que a licença de paternidade de duas semanas seja obrigatória, intransmissível, paga a 100% e sem perda de quaisquer direitos profissionais. Está provado que a partilha da responsabilidade familiar entre homens e mulheres é o primeiro passo para a indispensável conciliação entre a vida familiar e a vida profissional. Tendo o mesmo direito que os homens à realização profissional, as mulheres não podem, por isso, trabalhar o mesmo que os homens fora de casa e o triplo dentro de casa.

A vida familiar é uma das razões por que existem mais mulheres desempregadas do que homens. Por outro lado, é frequente em inquéritos de admissão perguntarem às candidatas se pensam casar ou ter filhos. As mulheres vêem a sua vida pessoal devassada e acabam por ser prejudicadas se manifestarem o natural desejo de serem mães. A maternidade não pode ser encarada como um problema para os empregadores, em para a economia. Pelo contrário, é um serviço prestado à sociedade, pois permite combater a baixa taxa de natalidade e o envelhecimento da população e, simultaneamente, garantir a sustentabilidade do sistema de segurança social.

Por isso, é inaceitável que as mulheres sejam penalizadas por causa de serem mães. Mas a verdade é que muitas vezes não progredem na carreira, não recebem os habituais prémios de produtividade ou de repartição de lucros e têm de se sujeitar às tarefas mais insignificantes e menos gratificantes profissionalmente. É preciso alterar esta situação.

1-080

Vladimír Špidla, člen Komise. – Vážený pane předsedo, vážené paní poslankyně, vážení páni poslanci, úvodem bych rád poděkoval paní Estrelové a paní Lullingové za jejich zprávu. Oceňuji jejich úsilí a podporu, kterou Evropský parlament věnoval návrhům Komise, jež tvoří součást balíčku opatření v oblasti souladu mezi pracovním a rodinným životem přijatého loni na podzim.

Dosažení souladu mezi pracovním, rodinným a soukromým životem je, jak víte, jednou z priorit plánu Komise pro rovnost žen a mužů. Posílení politik zabývajících se touto problematikou má zásadní význam pro zvýšení účasti žen na trhu práce, zvládání problémů souvisejících s měnícími se formami rodiny a se stárnutím populace a podporu rovného zacházení pro muže a ženy. V této souvislosti se domnívám, že je nezbytné zlepšit právní úpravu v oblasti mateřské a rodičovské dovolené. Stejně tak je nanejvýš důležité zlepšit situaci samostatně výdělečně činných žen.

Mám velkou radost z pokroku, jehož bylo dosaženo v případě obou legislativních návrhů Komise. Těší mě též, že jednání mezi sociálními partnery ohledně rodičovské dovolené byla úspěšná. Doufám, že ještě před letními prázdninami budu moci předložit formální návrh, na jehož základě se jejich dohoda stane závaznou. Dovolte mi ve stručnosti připomenout cíle návrhu Komise na změnu směrnice o mateřské dovolené: prosazení vysoké úrovně bezpečnosti a ochrany zdraví matek, povzbuzení žen k tomu, aby měly tolik dětí, kolik chtějí, a současná podpora účasti žen na trhu práce. V tomto ohledu usiluje návrh Komise především o prodloužení mateřské dovolené ze 14 na 18 týdnů, zvýšení mateřského příspěvku, aby mohly ženy přerušit zaměstnání a starat se o děti a přitom se cítily finančně zabezpečené, větší pružnost, která by měla být ženám poskytnuta, pokud jde o uspořádání mateřské dovolené a pracovní podmínky pro návrat do zaměstnání. Jsem si vědom obtíží při dosahování správné rovnováhy mezi zvyšováním ochrany a tím, aby tato dodatečná opatření byla pro zaměstnavatele a členské státy z ekonomického hlediska přijatelná.

Vážený pane předsedo, vážené paní poslankyně, vážení páni poslanci, Komise vítá mnohé pozměňovací návrhy Evropského parlamentu, které přispívají k posílení nebo vyjasnění návrhu. Patří mezi ně: pozměňovací návrh 11 týkající se demografických trendů, pozměňovací návrh 25, v němž se zdůrazňuje potřeba lepšího souladu mezi pracovním a rodinným životem, pozměňovací návrh 50 týkající se podpory věnované členským státům při prosazení práce na částečný úvazek, pozměňovací návrh 35 týkající se nepovinného období mateřské dovolené před porodem a pozměňovací návrh 53, v němž se vyjasňuje, že ženám na mateřské dovolené může být zvýšen plat, a pozměňovací návrh 56 o důchodových

právech pracovníků. Komise je též ochotna přijmout řadu dalších pozměňovacích návrhů, buď zásadně nebo v celém rozsahu.

Vítám rovněž pozměňovací návrh, který by umožnil za určitých podmínek počítat rodičovskou dovolenou jako mateřskou dovolenou. Takové ustanovení by bralo ohled na rozdíly mezi členskými státy a vyšlo vstříc těm členským státům s rozvinutými systémy dovolené z rodinných důvodů, jako jsou např. severské země. Nicméně, chtěl bych se vyhnout situaci, kdy by se revize směrnice 92/85/EHS využívala k zavádění témat, která by měla být řešena v jiném kontextu. To by podle mého názoru oslabilo cíle návrhu Komise, jimiž je na prvním místě zvýšená ochrana matek a na druhém místě podpora účasti žen na trhu práce.

Proto se – přestože zcela podporuji váš návrh na zavedení ustanovení o otcovské dovolené – nedomnívám, že současná směrnice, zaměřená na ochranu matek, je pro to vhodným nástrojem. Komise by proto zamítla pozměňovací návrhy související s otcovskou dovolenou. Navzdory tomu považuje Komise za správné zabývat se touto otázkou v budoucnosti, rovněž s ohledem na konečné znění dohody mezi evropskými sociálními partnery o rodičovské dovolené.

S potěšením jsem též zaznamenal žádost Parlamentu o zavedení dovolené v případě osvojení dítěte (pozměňovací návrh 44). Myšlenka je správná, ale i zde se domnívám, že revize směrnice 92/85/EHS není správným prostředkem. Musíme uznat, že situace matky, která si dítě osvojí, je rozdílná. Avšak stejně jako v případě otcovské dovolené považuje Komise za správné se touto otázkou zabývat později, zejména v souvislosti s rodičovskou dovolenou.

Vážený pane předsedo, vážené paní poslankyně, vážení páni poslanci, Komise vítá váš návrh na dvacetitýdenní mateřskou dovolenou. To je v souladu s logikou návrhu Komise, která umožňuje mít dovolenou více než 18 týdnů v několika různých případech. Avšak je třeba promítnout dopad tohoto prodloužení na ostatní ustanovení návrhu Komise: pokud jde o kojení, žena s 18 týdny mateřské dovolené by měla dostatečnou dobu na to, aby své dítě kojila a nemusela tomu přizpůsobovat svou pracovní dobu. Za těchto okolností bych nebyl pro zavedení právní povinnosti týkající se úpravy pracovní doby kojících žen. Namísto toho bych vyzval členské státy, aby posoudily, zda nejsou zapotřebí další opatření, která by ženám umožnila pokračovat v kojení i po 18 týdnech mateřské dovolené. Podobně v případě mateřského příspěvku zavádí návrh Komise zásadu vyplácení platu v plné výši. Ve skutečnosti již tuto zásadu mnohé členské státy uplatňují. Návrh Komise též členským státům umožňuje stanovit maximální výši tohoto příspěvku. Komise není nakloněna návrhu Parlamentu, který spočívá ve vyplácení platu v plné výši po určité období a v zavedení maximální výše pro zbytek mateřské dovolené, neboť to by matky odrazovalo od toho, aby mateřskou dovolenou čerpaly v celém rozsahu. Komise proto nedoporučuje příslušné pozměňovací návrhy.

Komise má též za to, že některé pozměňovací návrhy buď oslabují účinky návrhu, nebo zavádějí příliš mnoho podrobností či přesahují obsah působnosti této směrnice. Tak je tomu například v případě pozměňovacího návrhu číslo 30 týkajícího se práva odmítnout práci v nočních hodinách. Domnívám se, že těhotná či kojící žena by měla mít možnost kdykoli odmítnout pracovat v noci, aniž by musela uvádět důvod. Totéž platí pro otázku sankcí. V tomto ohledu Komise zastává názor, že je důležité specifikovat, že náhradu nelze omezit žádnou horní hranicí stanovenou na vnitrostátní úrovni. Tuto důležitou zásadu ustanovil Evropský soudní dvůr. Komise tudíž nemůže přijmout pozměňovací návrh 68.

Vážený pane předsedo, vážené poslankyně, vážení poslanci, nyní bych se rád zabýval podrobněji zprávou paní Lullingové. V prvé řadě bych chtěl zdůraznit, jaký význam Komise tomuto návrhu přikládá. Je totiž nezbytné zlepšit situaci, pokud jde o rovné zacházení pro muže a ženy vykonávající samostatnou výdělečnou činnost, neboť v této oblasti jsou ženy málo zastoupeny: v EU je pouze každý třetí podnikatel žena. Rovněž je nutné zlepšit situaci vypomáhajících manželů nebo manželek. Nelze souhlasit s tím, že osoby, které se běžně podílejí na činnosti rodinného podniku, nemají žádnou sociální ochranu.

Těší mě, že stanovisko Evropského parlamentu a Komise se do velké míry shodují. Komise proto může přijmout (v celém rozsahu nebo v zásadě) podstatnou většinu pozměňovacích návrhů, které předložila zpravodajka. Jedná se zejména o pozměňovací návrh 15 o mateřské dovolené samostatně výdělečně činných žen. Totéž platí v případě pozměňovacího návrhu 18, jehož cílem je opětovné zavedení článku 7 směrnice 86/613/EHS týkajícího se uznání práce vypomáhajících manželů nebo manželek. Dále se jedná o velký počet pozměňovacích návrhů, které může Komise přijmout v celém rozsahu nebo v zásadě. Tyto pozměňovací návrhy většinou vyjasňují návrh Komise a usilují tedy o větší právní jistotu.

Chtl bych nicméně upozornit, že Komise nemůže přijmout pozměňovací návrh 14 týkající se sociální ochrany pro vypomáhající manžele nebo manželky. Je mi jasné, že to je pro Evropský parlament důležitý aspekt. Tento pozměňovací návrh však přináší určité problémy. Především přístup na dobrovolném základě, zavedený v návrhu Komise, představuje v porovnání se současnou situací podstatné zlepšení. Návrh Komise totiž ukládá – je to povinnost uložená zákonem členským státům – aby vypomáhající manželé nebo manželky měli na požádání rovnocennou úroveň ochrany, jakou mají samostatně výdělečně činné osoby. Povinné zahrnutí vypomáhajících manželů nebo manželek do systému sociální ochrany by rovněž mělo významné finanční dopady. V době hospodářské krize je třeba usilovat o to, aby podnikům, a zvláště pak

malým rodinným podnikům, nevznikaly proti jejich vůli další náklady. Proto si myslím, že je třeba dát vypomáhajícím manželům nebo manželkám možnost volby. A tento pozměňovací návrh by navíc velmi ztížil dosažení dohody s Radou.

Závěrem bych chtěl sdělit, že pozice Komise k jednotlivým pozměňovacím návrhům pro oba legislativní návrhy byla písemně předána Parlamentu a bude přidána do zápisu z plenárního zasedání.

1-081

Joel Hasse Ferreira, *em substituição do relator de parecer da Comissão do Emprego e dos Assuntos Sociais*. – A Deputada Jamila Madeira procurou garantir a real igualdade no acesso ao mercado de trabalho e permanência neste, para uma trabalhadora grávida ou para qualquer mulher em idade fértil. Caros Colegas, as mulheres são colocadas, frequentemente, perante a opção entre a vida profissional e a vida familiar, sobretudo na questão da maternidade, o que acaba por as inibir na sua saúde física e psíquica de se completarem enquanto pessoas. Temos também que garantir uma abordagem não inibidora dos direitos e da salvaguarda das mulheres, de acordo com o modelo social europeu, e gostaríamos de inserir também neste quadro a licença parental, o que como vimos não foi a opção da Comissão.

Comissário, alguém que está dezoito semanas fora do local de trabalho carece de formação especial para retomar o posto de trabalho de modo a assegurar a continuidade das suas legítimas perspectivas profissionais e não sofrer uma dupla penalização na sua vida profissional. É preciso garantir isso: assegurar por doze meses a protecção do emprego é indispensável para garantir capacidade de reorganização da vida doméstica no regresso ao posto de trabalho, formação e novos ritmos. Passar de seis para doze meses é, pois, de basilar bom senso. É crucial que em cada um dos Estados-Membros se legisle sobre os direitos das trabalhadoras independentes e, para isso, é um sinal político claro para o qual gostaríamos de obter reacções da Comissão.

Senhor Presidente, Caros Colegas, Senhor Comissário, esta adequação do horário de trabalho pós-parto não deve ser direito exclusivo da mulher, podendo essa solicitação à entidade patronal também ser feita pelo cônjuge, pelo companheiro ou companheira, ou pelo progenitor. Este instrumento é muito importante e deve ser acompanhado pelas entidades reguladoras dos Estados-Membros. A terminar, Caros Colegas, acreditamos que esta linha é mais coerente com o modelo social europeu que ambicionamos e esta não é só uma questão de mulheres, é uma questão de sociedade.

1-082

Luigi Cocilovo, *relatore per parere della commissione per l'occupazione e gli affari sociali*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei dire subito, per risparmiare tempo, che sono d'accordo nella sostanza con l'illustrazione fatta dall'onorevole Lulling, che era la relatrice per la commissione principale su questo rapporto.

Si tratta di "Parità di trattamento fra gli uomini e le donne che esercitano un'attività autonoma". Vi sono alcuni emendamenti che erano stati adottati alla commissione lavoro e che io, a nome del mio gruppo, ho riproposto, alcuni penso potranno essere ritirati perché in effetti si sovrappongono a testi già adottati alla commissione principale.

Sull'emendamento all'articolo 6 – il 14 – anche noi insisteremo perché riteniamo che rendere facoltativo per il coniuge o il convivente coadiuvante ciò che invece è obbligatorio per il lavoratore principale è una riduzione di tutela ed espone a condizionamenti che vanificano gli stessi obiettivi della Commissione.

Per il resto, penso che troveremo un'intesa anche con l'onorevole Lulling, perché noi puntavamo a che, in ogni passaggio del testo della Commissione, il riferimento ai "conviventi coadiuvanti" insieme a quello del coniuge si riproponesse anziché affidarlo solo alla parte delle interpretazioni. Però è un problema francamente secondario rispetto alla volontà di fondo di tutti.

1-083

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, *autorka projektu opinii Komisji Prawnej*. – Panie Przewodniczący! Celem omawianej dyrektywy Rady z 86. roku było stosowanie zasady równego traktowania kobiet i mężczyzn pracujących na własny rachunek oraz nadanie współpracującym małżonkom jasno określonego statusu zawodowego oraz ustalenie ich praw i minimalnych gwarancji. Obecny wniosek Komisji jest wciąż jeszcze zbyt mało ambitny, zawierając rozwiązania wiążące tylko w niewielkim stopniu.

Na poparcie zasługują propozycje zapewnienia kobietom prowadzącym działalność na własny rachunek możliwości skorzystania z urlopu macierzyńskiego w wymiarze maksymalnie 14 tygodni, w tym dwóch tygodni obowiązkowych, czy z ochrony socjalnej dla współpracujących małżonków na takich samych zasadach co pracownicy prowadzący działalność na własny rachunek.

Z drugiej strony niepokoi proponowane zwolnienie z obowiązku przynależności do systemu zabezpieczenia społecznego dla osób prowadzących działalność na własny rachunek, a przede wszystkim dla współpracujących małżonków. Rozwiązanie to nie przyczyni się do równego traktowania kobiet i mężczyzn, dlatego też wskazane jest, aby nad prawidłowym stosowaniem dyrektywy czuwał organ właściwy w kwestiach objętych dyrektywami w zakresie równouprawnienia.

Na koniec chciałam pogratulować obu autorkom znakomicie przygotowanego dokumentu.

1-084

Maria Petre, în numele grupului PPE-DE. – Aș vrea mai întâi să o felicit pe colega noastră, pe doamna raportor Estrela, pentru raportul său și pentru munca pe care a depus-o.

Eu cred că îmbunătățirea Directivei 92/85 răspunde unei probleme reale și serioase pe care Europa o are - și mă refer în egală măsură la îmbătrânirea demografică, dar și la scăderea demografică de care vorbim de atâta vreme. Sigur că, din punctul nostru de vedere, al Grupului PPE, familia ca valoare fundamentală ne îndreptățește să construim din această perspectivă o acțiune politică și salutăm în egală măsură ceea ce se întâmplă cu privire la Directiva maternității și la condițiile de sănătate ale mamei.

M-am bucurat să-l aud aici pe domnul comisar Špidla susținând prelungirea duratei, așa cum a fost aprobată în Comisia noastră pentru egalitatea de șanse, și cred că acest lucru nu are legătură cu accesul egal al femeii pe piața muncii. Știm în egală măsură cu toții că atât Organizația Mondială a Sănătății, cât și Unicef, susțin cu argumente științifice că, de fapt, pentru refacerea completă a capacității de muncă a mamei care a născut este nevoie de 24 de săptămâni.

Cred că nu trebuie să punem tinerele femei să aleagă între viața personală și carieră, și ceea ce discutăm astăzi – modificarea Directivei – asigură de fapt baza de conciliere a acestor două aspecte. Salut introducerea ideii de concediu de paternitate, chiar dacă ea nu este oportună pentru moment, pentru că în acest mod măcar transmitem un semnal tinerelor familii care așteaptă un asemenea lucru din partea noastră, a Parlamentului European.

Cred că prezența ambilor părinți este crucială pentru nou-născut în primele săptămâni de viață ale acestuia și cred în egală măsură că maternitatea și paternitatea sunt un fapt de viață, de aceea sunt de acord cu tratarea acestui lucru așa cum el merită și nu ca pe o problemă sau, eventual, un inconvenient. Ca deputat român și ca mamă a doi copii născuți în regimul comunist, din păcate, prin care a trecut țara mea, vă mărturisesc că am motive suplimentare să susțin măsurile propuse.

1-085

Lissy Gröner, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident! Der Frauenausschuss hat hier gute Arbeit für das soziale Europa geleistet, und dafür möchte ich den beiden Berichterstatterinnen, Frau Estrela und Frau Lulling, sehr herzlich danken.

Für uns in der PSE-Fraktion sind zwei Aspekte sehr wichtig, die ich jetzt in der Kürze der Zeit betonen möchte. Zum einen ist es notwendig, in der Rahmenstrategie zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Väter mit einzubeziehen. Wir wollen nicht, wie die Kommission sagt, 18 Wochen Mutterschutz, das ist schon fast in allen europäischen Ländern Realität, außer in Deutschland und Malta. Wir wollen darüber hinausgehen und den Einstieg mit den zwei Väter-Wochen gewährleisten.

Für uns ist auch wichtig, dass beide Richtlinien gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare bieten. Das ist bei der Richtlinie für die mitarbeitenden Ehepartner und Lebenspartner wichtig. Und ich betone auch den Aspekt, dass diese Sicherungssysteme obligatorisch sein müssen, weil sie in der Beliebigkeit sonst untergehen werden.

Ich möchte nochmals auf das Argument der Arbeitgeber eingehen, dass diese Richtlinie für einen erweiterten Mutterschutz die Unternehmen in der Krise überfordern würde. Das kann nicht sein! In Deutschland haben wir ein System, in dessen Rahmen mittlerweile in einem Umlageverfahren die Kosten erstattet werden – und zwar zu hundert Prozent! Deshalb bitte ich auch die konservative Fraktion, hier Einsicht zu zeigen und uns bei der Verbesserung des Mutterschutzes zu folgen.

Wir wollen vor den Europäischen Wahlen den Menschen, und zwar den Vätern und Müttern, ausdrücklich ein klares Signal geben, dass das soziale Europa in Zeiten der Krise nicht aufgegeben wird, sondern dass wir uns klar dafür aussprechen, in die Menschen, in die zukünftigen Generationen, in den demographischen Wandel zu investieren. Und ich bitte Kommissar Špidla, gerade in der Frage der Einbeziehung der Väter nochmals in sich zu gehen und mit uns gemeinsam im Rat für einen Fortschritt beim Mutterschutz und für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kämpfen.

1-086

Claire Gibault, au nom du groupe ALDE. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je félicite et remercie Mme Estrela pour l'ensemble de son rapport, et pour la qualité de ce rapport.

Il était nécessaire que la Commission et le Parlement se saisissent de cette question. Il était urgent que des dispositions soient prises pour protéger les femmes enceintes, accouchées ou allaitantes, essentiel de s'assurer que leurs droits soient respectés. De ce point de vue, le rapport est très équilibré: réglementation du travail de nuit, protection contre les licenciements, droits liés à la protection sociale et aux contrats de travail, défense de ces droits, notamment ceux de la rémunération du congé de maternité.

En revanche, je ne suis pas d'accord avec la proposition de Mme Estrela en ce qui concerne la durée du congé de maternité et l'obligation du congé de paternité. Il ne faut pas nier qu'aujourd'hui encore, la maternité reste un frein à la carrière professionnelle des jeunes femmes. Il ne faut donc pas négliger le volet très important du retour au travail des mères.

L'impact du congé de maternité ne doit pas devenir une sanction pour les femmes. Un congé de maternité trop long se traduira inévitablement, pour les femmes, par une diminution des chances de revenir dans de bonnes conditions sur le marché de l'emploi. C'est la raison pour laquelle la proposition de la Commission de fixer ce congé à dix-huit semaines, et de l'assortir de mesures réalistes, est excellente, puisqu'elle tient compte à la fois de la position des salariés et de celle des employeurs.

Si l'on veut lutter contre la discrimination et défendre les droits des femmes, il faut veiller à ce que les femmes ne doivent pas se résigner à une interruption totale de leur activité professionnelle, à ce que cela reste un choix de vie explicite. Il faut dénoncer l'hypocrisie du libre choix, qui, souvent, résulte directement des inégalités salariales entre hommes et femmes et de l'insuffisance des structures d'accueil des jeunes enfants.

En ce qui concerne le congé de paternité, je ne pense pas qu'il ait sa place dans cette directive; mais, si le congé de paternité doit s'y maintenir, il faut revenir à quelque chose de plus souple. Le vote en commission du compromis ramenant de quatre à deux semaines le congé de paternité est déjà une avancée; mais pourquoi vouloir en faire une obligation?

Je soutiens qu'il faut faire une place au père, mais il ne faut pas que ça devienne un cadeau empoisonné et, si l'on veut que les effets conjugués de la présence du père et de la mère soient à la fois bénéfiques au nouveau-né et à ses parents, il faut que la notion du choix demeure. La conciliation entre vie professionnelle et personnelle est au cœur du projet social européen. Pour entériner un changement culturel aussi important, il faut qu'il soit librement consenti.

1-087

Ewa Tomaszewska, w imieniu grupy UEN. – Panie Przewodniczący! Wniosek mający na celu wydłużenie minimalnego wymiaru urlopu macierzyńskiego i zawierający inne regulacje ułatwiające godzenie życia rodzinnego i zawodowego jest wnioskiem idącym w dobrym kierunku. Popieramy ten wniosek, mimo że nie uważamy go za wystarczający.

W trakcie drastycznej zapaści demograficznej w Europie każda forma wspierania rodziny jest cenna. Zarazem kontakt małego dziecka, szczególnie niemowlęcia, z matką sprzyja właściwemu rozwojowi emocjonalnemu dziecka. Karmienie dziecka piersią jest bardzo ważne dla jego odporności i zdrowia biologicznego. Jednak proponowana zmiana nadal jest niewystarczająca. Zgodnie z zasadą subsydiarności kraje członkowskie winny we własnym zakresie poszukiwać coraz lepszych rozwiązań.

Pragnę zarazem zwrócić uwagę na dwa problemy. Uprawnienia emerytalne kobiet zwykle w żadnym bądź niewystarczającym zakresie uwzględniają okres poświęcany wychowaniu dzieci. Kobiety-matki w rodzinach wielodzietnych dyskryminowane są zarówno przez rynek pracy, jak i przez system emerytalny. Docelowo należy wprowadzić wynagrodzenie wychowawcze.

1-088

Raül Romeva i Rueda, en nombre del Grupo Verts/ALE. – Señor Presidente, me complace constatar como poco a poco los temas relativos a la igualdad entre hombres y mujeres y, sobre todo, a la no discriminación entre sexos van ganando espacio social y político. Sin embargo, los debates que hemos vivido las últimas semanas en el marco de la reforma de estas dos directivas muestran lo mucho que queda aún por hablar y por convencer.

Soy de los que defienden que la verdadera igualdad solo llegará cuando consigamos establecer los marcos adecuados para que las mujeres no sean discriminadas en la esfera pública ni en el ámbito laboral, pero también cuando dichos marcos permitan e incluso obliguen a los hombres a asumir sus responsabilidades en el ámbito privado y doméstico.

En ese sentido, insisto en que el permiso de maternidad a escala europea sea, al menos, de veinticuatro semanas, tal como de hecho están reclamando la OMS y el Lobby Europeo de Mujeres, y proclamo la urgencia de avanzar hacia una corresponsabilidad en igual medida por parte de las parejas, con objeto de repartir la carga, pero también la responsabilidad de la crianza de los hijos y las hijas.

1-089

Věra Flasarová, za skupinu GUE/NGL. – Dámy a pánové, paní Lulling se ujala nelehkého, ale potřebného úkolu. Ve většině členských států Unie nemají vypomáhající osoby, zejména manželky nebo manželé, žádný právní statut a jejich práce není uznávána, a to přesto, že jejich práce představuje více než 11 % samostatně výdělečné činnosti v Evropské unii. Průvodním jevem je neexistence sociálního pojištění těchto osob. Pokud totiž závisí na dobrovolnosti, svobodné volbě, mnohé osoby rezignují na pojištění kvůli výši výdajů. Častým důsledkem stavu je ale situace, kdy se tyto spolupracující osoby ocitnou, například vinou rozchodu nebo úmrtí partnera, samy, bez prostředků a bez nároků na sociální dávky či důchod. Proto se připojuji k návrhu, aby sociální pojištění bylo v zemích Evropské unie závazné. Upozorňuji ale na to, že pojištění těchto osob musí být motivující, a tedy cenově dostupné.

1-090

Irena Belohorská (NI). – Gratulujem pani Astrid Lulling aj pani Estrela za ich predložené správy a pevne verím, že tieto správy pomôžu mnohým rodinám a odstránia diskrimináciu aj v oblasti podnikania, aj v oblasti podpory materstva. Mnohé ženy pomáhajú svojim manželom v podnikaní a terajšie úpravy v rámci sociálneho zabezpečenia im neposkytovali žiadnu ochranu. Podporujem, aby v rámci tzv. rodinného podniku, aby vypomáhajúci manželia alebo manželky mohli používať ochranu na takej istej úrovni ako samostatne zárobkovo činné osoby.

Samozrejme, že nesmie ísť o fiktívnu prácu, ale o prácu, ktorá je v podniku súčasťou pracovných pochodov. A takisto poskytnutá odmena za túto výpomoc má byť úmerná poskytnutej práci. Súhlasím s navrhovateľkou, že na rozdiel od návrhu Komisie sme podporili pri registrácii nie bázu dobrovoľnosti, ale právo vypomáhajúcej manželky alebo manžela byť zaregistrovaný v zodpovedajúcich systémoch sociálneho zabezpečenia ako samostatne podnikajúce osoby, a tak mali kryté náklady v chorobe, starobe, invalidite.

Návrh tejto smernice má veľký význam práve v odstránení diskriminácie žien, ktoré pomáhajú v podnikaní svojim manželom a v prípade choroby, materstva alebo staroby zostávajú bez prostriedkov, čo z nich robí odkázané, prípadne veľmi zraniteľné osoby. Tieto situácie sú často vypuklé hlavne v nových členských štátoch, kde podnikanie samostatne pracujúcich osôb ešte nemá dobre fungujúce algoritmy.

1-091

Edít Bauer (PPE-DE). – Az Európai Néppárt alapértéke a család. Nyilvánvalóan mindnyájan tudatában vagyunk annak is, hogy demográfiai válság van. Erről ugyan kevesebb szó esik manapság, de következményeiben legalább olyan komoly, mint a gazdasági krízis. Ennek tükrében azok a munkabiztonsági előírások, melyek az anyákra vonatkoznak, rendkívüli figyelmet érdemelnek. Az irányelvjavaslat mégis megosztja az európai közvéleményt, ahogy a Parlamentet is.

A munkabiztonsági előírásokat, amelyek kizárólag a terhes nőkre és a szoptatók kismamáira vonatkoznak nem szerencsés kiterjeszteni az apákra, hisz az ő munkabiztonságuk azáltal, hogy apákká válnak, nem igényel változást. Ha elfogadjuk, hogy a jogszabály jogi alapját kiterjesszük az alapszerződés 137. cikkelyére is, és a jogszabály hatáskörét kiterjesztjük a szülői szabadságra, egyszerre két előírás lenne érvényben a szülői szabadságra vonatkozóan, beleértve az apasági szabadságot is. Ha a szociális partnereket arra kértük, hogy 96/94/EK szülői szabadságról szóló irányelv ügyében jussanak egyezségre, amit Spidla biztos is említett, vajon miért próbáljuk prejudikálni, hogy mi legyen az egyezés.

Az egyes tagországoknak oly mértékben eltérő a törvénykezése és gyakorlata, hogy az irányelv módosítása valóban rendkívül nagy figyelmet igényel. Nem lenne helyes, ha a Parlament úgy lépne ebbe a témába, mint elefánt a porcelánboltba. A rosszul megfogalmazott védelem bizonyos körülmények közt a fiatal nők foglalkoztatása ellen fordulhat, hisz drágább munkaerővé válnak, mint férfi kollégáik.

1-092

Anne Van Lancker (PSE). – Voorzitter, ik zou collega Edite Estrela van harte willen feliciteren met haar schitterend werk. Het voorstel van het Parlement om het zwangerschapsverlof uit te breiden tot twintig weken, waarvan zes weken na de zwangerschap met volledig salaris, is helemaal niet uit de lucht gegrepen. Veel landen voorzien nu al meer dan achttien weken voor moeders, tegen 80 tot 100% van het loon. Ik begrijp dan ook niet waarom collega's van de PPE-DE-Fractie onze Europese ambities willen terugschroeven tot een povere zestien weken.

Aan degenen voor wie het kostenplaatje te hoog is, zou ik willen zeggen dat we de vrouwen toch niet kunnen straffen voor het feit dat ze moeder worden. Nu is het vaak zo dat vrouwen een beroep moeten doen op andere vormen van ouderschapsverlof, maar die zijn niet altijd een recht voor alle vrouwen. Bovendien ligt de beloning daar veel lager, hetgeen betekent dat dit voor minder goeide vrouwen niet haalbaar is.

Voor ons, collega's, is het ook belangrijk dat het vaderschapsverlof en het comoederschap hier geregeld worden, want deze richtlijn gaat ook over gelijke behandeling van mannen en vrouwen. Een goede verdeling van de zorg voor de kinderen betekent dat ook vaders verlof moeten krijgen bij de geboorte van hun kind. Twee weken, collega's, eerlijk gezegd, is een erg bescheiden begin, maar wel belangrijk voor die landen waar vaders nog geen enkele plaats krijgen in een jong gezin.

Collega's, het is de sociale partners niet gelukt om een akkoord te sluiten over vaderschapsverlof, ook niet over adoptieverlof, en dus vinden wij, vanuit de Socialistische Fractie, dat het onze plicht is om hier in deze richtlijn voor vaders én voor adoptie een regeling te vinden. Ik ben er zeker van dat de meerderheid in dit Parlement ons daarin zal steunen.

1-093

Siiri Oviir (ALDE). – Lugupeetud president, volinik, kolleegid. Töö parem ühitamine pere- ja eraeluga on üks kuuest naiste ja meeste võrdõiguslikkuse juhistes määratletud esmatahtsast tegevusvaldkonnast. Teame ju hästi, et Euroopa Liit seisab silmitsi demograafiliste probleemidega, mida iseloomustab väike sündimus ja kasvav eakate osakaal. Kuid probleemi lahenduseks pole kindlasti parim viis see, kui kehtestaksime tööandjale finantssoodustused selle eest, kui nad julgustavad oma naistöötajad lapsi saama.

Parandusettepanekut 22, eriti selle teist osa, ei saa toetada. Emadus ja isadus on põhiõigused, mis on ühiskonna tasakaalu jaoks väga tähtsad. Väga oluline on samuti mõlema vanema osalemine lapse elus ja alates esimestest elukuudest. Kuid ma ei saa nõustuda kohustusliku isapuhkuse kehtestamise sooviga. Sellega teeksime väikelapse perele karuteene - tavaliselt on isa palk kõrgem. Isapuhkuse regulatsioon peab olema paindlik, ainult sel teel saavutame positiivse tulemi. Lõpetuseks tahaksin tänada proua Estrelat südamega tehtud töö eest.

1-094

Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση της κ. Lulling για τους αυτοαπασχολούμενους εργαζομένους είναι πλήρης και η ίδια έχει ασχοληθεί τόσο πολύ με αυτό το θέμα που νομίζω ότι δεν χρειάζεται να μιλήσουμε περαιτέρω για αυτήν. Χρειάζεται όμως να επιστήσουμε την προσοχή των συναδέλφων στην έκθεση της κ. Estrela, η οποία, βέβαια, έχει καλή πρόθεση να προστατεύσει τις γυναίκες αλλά είναι, ίσως, εκτός πραγματικότητας γιατί εδώ στο Κοινοβούλιο θεωρούμε ότι είμαστε μικροί θεοί και νομίζουμε ότι με τις αποφάσεις μας μπορούμε να κάνουμε αυτό το οποίο ονειρευόμαστε. Το πρόβλημα δεν είναι να κάνουμε αυτό που θέλουμε, αλλά αυτό που είναι εφικτό, που είναι πραγματικά συμφέρον για τις γυναίκες.

Έχουμε μια οδηγία που αφορά αποκλειστικά τις γυναίκες, γιατί μόνον εκείνες τίκτουν, κυοφορούν, μόνον εκείνες μπορούν να γαλουχήσουν. Έτσι λοιπόν θέλουμε να βάλουμε σε αυτή την οδηγία δικαιώματα για τους άνδρες, ενώ υπάρχει η άλλη οδηγία των κοινωνικών εταίρων για τη γονική άδεια, η οποία μπορεί να καλύψει τους άνδρες κατά τον τρόπο που θα αποφασίσουν οι κοινωνικοί εταίροι. Δεν θα πρέπει λοιπόν να "πουλήσουμε" τα δικαιώματα των γυναικών σε μια μοναδική για τη δική τους ζωή περίοδο, δίνοντας σε άλλους το δικαίωμα να καρπωθούν από όσα θα υποστούν οι γυναίκες στο σώμα τους και δεν θα πρέπει να τιμωρήσουμε τις γυναίκες να παραμείνουν εκτός αγοράς εργασίας λόγω του υπέρμετρου χρόνου αδείας, ο οποίος δεν συμφέρει κανένα εργοδότη και ο οποίος θα περιμένει να γίνουν σαράντα ετών για να τις προσλάβει.

1-095

Gabriela Crețu (PSE). – Pentru instituțiile Uniunii Europene există teme importante și teme mai puțin importante. Problemele importante se dezbat în evenimente cu maximă participare și vizibilitate sau măcar la ele se caută soluții și se oferă răspunsuri. Cu regret trebuie să spunem că drepturile femeii nu s-au numărat printre acestea.

Răspunderea pentru locul secundar al problemelor de gen este împărțită între conservatorii din Parlament, Comisie și statele membre, dar în nici un caz în mod egal. Fiind ultima dezbatere în plen din acest mandat pe această temă, trebuie să recunoaștem că Parlamentul a fost, cu certitudine, instituția europeană care a tratat cel mai serios drepturile și statutul socio-economic al femeilor, al celor însărcinate sau al celor care lucrează pe cont propriu, de asemenea.

Prin legislație și rapoarte de inițiativă am încercat să traducem în fapt niște principii înscrise deja în tratate: să aducem pe agenda publică categorii invizibile. Este adevărat că acest lucru s-a petrecut cel mai adesea la ore târzii din noapte sau când venim direct din aeroport. Cu toate acestea, voința politică lipsește. Acest lucru este foarte evident la nivelul implementării și aplicării necesarei și mult așteptatei legislații pe care noi o elaborăm. Întârzierile și inadecvarea aplicării sunt frecvente în statele membre.

Solicităm Comisei Europene și statelor membre să nu ignore, cu scuza crizei și a altor probleme esențiale, problemele legate de aplicarea legislației europene în domeniu, cea actuală sau cea mai veche. Sacrificarea femeilor și a drepturilor lor pe altarul unor presupuse interese economice duce la regres social. Nu știu dacă femeia este viitorul bărbatului, dar este sigur că de ea și de sănătatea ei depinde viitorul societății noastre.

1-096

Ria Oomen-Ruijten (PPE-DE). – Voorzitter, onderzoek van de Wereldgezondheidsorganisatie toont aan dat zestien weken zwangerschaps- en bevallingsverlof te kort zijn. Daar zegt men zelfs vierentwintig weken. De Commissie heeft nu, net zoals de ILO, een voorstel voor achttien weken gedaan. Het Parlement komt op twintig weken, waarbij er dan nog een verschil is tussen de Socialistische Fractie en mijn fractie: wij zijn voorstander van zestien weken plus vier en de Socialistische Fractie van twintig weken. Voorzitter, ik kan uiteindelijk met die twintig weken meegaan.

Het tweede punt: vaderschaps-, ouderschaps- en adoptieverlof. Ik ben er ongelooflijk vóór dat ook vaders betrokken zijn bij de eerste weken na de geboorte van een kind. Maar we weten hier met zijn allen, en ik dank u meneer Špidla voor uw duidelijke toelichting, dat dit niet in deze richtlijn kan worden geregeld. Deze richtlijn gaat namelijk over veiligheid en gezondheid en niet over ouderschapsverlof. Dat zijn andere regelingen, die met de sociale partners moeten worden uitgewerkt.

Het derde punt is zwangerschaps- en bevallingsverlof voor zelfstandigen en meewerkende partners. Ik vind dat mevrouw Lulling daar een excellent stukje werk heeft geleverd.

1-097

Μαρυσά Ιβανόβα Λιούτσεβα (PSE). – Разглеждането на измененията на директивата за майчинството има много сериозен смисъл именно сега, за да покажем отговорността не само за решаване на някои социални проблеми в обществото, но и да посветим тази отговорност на бъдещето на Европа. С доклада на г-жа Estrela ние вграждаме

нова философия в грижите за майките, към бременните жени, към кърмачките, към родителите изобщо. Особено важно е да се включат бащите в отглеждането на децата. Именно това ще засили ролята на семейството. Нека с това възстановим баланса, който е важен и във възпитанието на децата от ранните детски години. Това е в допълнение на всички останали наши решения, свързани с антидискриминационните политики на Европейския съюз.

От съществено значение е да дадем сигурност и безопасност на бременните жени, както в семейството, така и на работното място, да им дадем равен достъп до работни места, да осигурим гъвкаво работно време, да осигурим специфични здравеопазващи услуги, да наложим пълно прилагане на законодателството. Недопустим е отказ от назначаване на работа на жена, която е бременна и ѝ предстои отпуск по майчинство. Трябва да осигурим на жените, ползващи майчинство да могат да имат автоматично всички по-благоприятни за тях изменения, настъпили в периода, в който те ползват отпуск.

В моята страна България има изключително благоприятен законодателен режим на майчинството, дълъг платен отпуск по майчинство и други опции, които позволяват на жените да избират. Комбинирането на правото с възможността за избор и съвместяване на семейните задължения с професионалната реализация е добра практика, която може да бъде препоръчана на всички страни-членки. Всъщност това е част от интегрираната политика на равното третиране на жените и мъжете.

1-098

Christa Kläß (PPE-DE). – Herr Präsident! Die Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitsbereich liegt eindeutig bei den Mitgliedstaaten. Europa setzt Mindeststandards für den Mutterschutz fest. Wir haben unterschiedliche Regelungen in den Mitgliedstaaten, die nicht miteinander verglichen werden können. In einigen Ländern wird Mutterschutz aus steuerlichen Mitteln gezahlt. In anderen – wie bei uns in Deutschland – wird er dagegen über die Krankenkassen finanziert, und die Unternehmen tragen einen Großteil der Kosten mit. Sowohl die Dauer als auch der finanzielle Ausgleich des Mutterschutzes sind unterschiedlich. In jedem Fall aber ist der Schutz der Mutter bei Krankheit auch über die Fristen hinaus sichergestellt.

Sie vermischen hier die Dinge: Mutterschutz und Elternzeit sind zwei verschiedene Dinge – Herr Kommissar Špidla, Sie haben darauf hingewiesen. Meine Frage: Würde zum Beispiel Deutschland in der Summe von Mutterschutz und Elternzeit den Ansprüchen der neuen Richtlinie dann genügen? Die Verlängerung des Mutterschutzurlaubs, der die Gesundheit der Mutter im Fokus hat, sie ist nicht nur zum Vorteil für die Frauen, denn Unternehmen werden weniger Frauen einstellen, da Männer diesen Ausfall nicht haben.

Auch eine Verschärfung des Kündigungsschutzes hilft nicht bei der Arbeitsuche. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt angenommen werden und gleichberechtigt mitarbeiten können. Hier sind die Unternehmen aufgerufen mitzuhelfen, für ein familienfreundliches Arbeitsumfeld zu sorgen.

1-099

Ljudmila Novak (PPE-DE). – Pri nas pravimo, da so otroci največje bogastvo, ker so naša prihodnost. Žal se zdi, da Evropejci nočemo tega bogastva, zato je ogrožena tudi evropska kultura in identiteta.

Pozdravljam poročilo Estrela za čim boljše zdravstvene pogoje nosečnic in mater. To pa hkrati pomeni tudi boljše zdravje otrok in manj vzgojnih problemov. V nekaterih manj bogatih državah Evropske unije imajo ženske veliko več porodniškega dopusta kot v bogatejših, zahodnih državah. Menim, da bi moral Evropski parlament podpreti najboljše možne rešitve, tako za matere kot otroke. Varčevanje na račun otrok je najslabša naložba za prihodnost.

Ženske želimo biti matere, hkrati pa seveda moramo v negotovem svetu, v negotovih zakonskih zvezah poskrbeti tudi za svojo socialno varnost. Omogočanje združevanja poklicnega in družinskega življenja bi morala biti naša največja prioriteta pri reševanju demografskih problemov Evrope.

1-100

Ilida Figueiredo (GUE/NGL). – Senhor Presidente, queria referir-me ao relatório da colega Edite Estrela sobre a melhoria da segurança e da saúde das trabalhadoras grávidas, que é um pequeno passo na protecção da maternidade e da paternidade, que são valores e direitos fundamentais da nossa sociedade.

Em nome do meu Grupo, da Esquerda Unitária Europeia/Esquerda Nórdica Verde, defendi avanços maiores na defesa da maternidade e da paternidade, designadamente 22 meses de licença pagos a 100%. No relatório, apenas se consagraram 20 meses, e nem todo o tempo tem a garantia de 100% da remuneração. Assim, não entendo a posição do PPE, que nem isto quer aceitar.

É preciso que este pequeno passo, que está previsto no relatório, seja aqui aprovado na promoção dos direitos das mulheres, das crianças e das famílias. Não basta dizer que defendemos estes direitos. É preciso que aprovemos pequenos passos nessa promoção e nessa defesa.

1-101

Zita Pleštinská (PPE-DE). – Materstvo je najväčší zázrak, ktorým Boh obdaril ženu. Materstvo nemôže ženu diskriminovať, ale naopak ju musí spoločensky oceniť v priebehu jej aktívneho života aj v starobe.

Musíme však byť realisti, pretože dobre mienené návrhy môžu byť niekedy problematické. Členské štáty Európskej únie majú rôzne sociálne systémy, škandinávske krajiny v tejto problematike už pokročili, nová EÚ-12 má ešte čo doháňať, preto bude pravdepodobne veľmi ťažké nájsť harmonizované pravidlá, ktoré by mohli byť zavedené v celej EÚ.

Napriek tomu, že správa kolegyne Estrela prináša veľa pozitívnych zmien v návrhu smernice, je tu aj niekoľko problematických bodov, ktoré do tejto správy podľa môjho názoru nepatria a je potrebné ich zo správy vylúčiť, ako to už spomenul aj pán komisár Špidla.

Pozmeňovacie návrhy našej politickej skupiny PPE-DE upravujú niektoré body, napríklad dĺžku a výšku materského príspevku a jeho predĺženie v prípade predčasného alebo viacnásobného pôrodu alebo dojčenia, pracovné voľno na účel dojčenia, zamestnanecké práva v súvislosti s návratom žien do zamestnania po materskej dovolenke. Dúfam, že tieto pozmeňovacie návrhy budú pri hlasovaní schválené.

1-102

Siiri Oviir (ALDE). – On ilmselge, et me peame tunnistama vajadust tõhusamalt rakendada võrdse kohtlemise põhimõtet FIEna tegutsevate meeste ja naiste ning neid abistavate abikaasade suhtes.

Kahjuks ei moodusta abistavad abikaasad ühtset suurt sihtrühma ja enamuses liikmesriikides ei ole reguleeritud ei nende staatust ega ei tunnustata ka nende tööd. Neil puudub sotsiaalkaitse, nende vaesusrisk on kõrge, täielikult lindpriiks muutuvad nad sotsiaalkaitselisest aspektist lahutuse korral.

Seega leian, et liitumine sotsiaalkaitsesüsteemiga tuleb muuta abistavate abikaasade suhtes kohustuslikuks ning kehtestada minimaalsete tagatiste raamistik.

1-103

Vladimír Špidla, člen Komise. – Vážený pane předsedo, vážené dámy poslankyně, vážení páni poslanci, děkuji za diskuzi, která se zabývala návrhem z řady různých hledisek. Myslím si, že není potřebné se zmiňovat o všech návrzích. Naprostá většina odůvodnění byla zcela zřetelná, jak už jsem v zásadě vyjádřil ve své úvodní řeči. Přesto si myslím, že dva návrhy se objevovaly opakovaně z různých řad a byly diskutovány z řady hledisek. První byla otázka otcovské dovolené. Musím říci zcela jasně, jsem zastáncem otcovské dovolené, ale jsem přesto přesvědčen, že směrnice, která má chránit zdraví matky, není vhodným nástrojem proto, abychom zavedli tento princip. Ve své úvodní řeči jsem konstatoval, že sociální partneři postoupili v rodičovské dovolené k dohodě a že v této dohodě logicky vezmeme v úvahu možnosti otcovské dovolené, čili podle mého názoru existují jiné nástroje než tato směrnice. Druhá otázka, která byla zmiňována, byl pozmeňovací návrh 14, totiž obligatorní zavedení pojištění. Zde bych chtěl konstatovat, že jakkoliv rozumím logice, přesto si myslím, že není vhodné přistoupit k radikálnímu kroku, jednak proto, že by vážně ohrozil možnost kompromisu, ale na druhé straně bych chtěl zdůraznit, že návrh, který jsme předložili, je podstatným krokem kupředu, protože v současné době v některých zemích neexistovala možnost ani na požádání vstoupit do nějakého takového systému. To znamená, že nyní bude zavedena nová povinnost. Je to po mém soudu typický příklad harmonizace směrem vzhůru.

1-104

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΡΟΔΗ ΚΡΑΤΣΑ-ΤΣΑΓΚΑΡΟΠΟΥΛΟΥ
Αντιπρόεδρος

1-105

Astrid Lulling, rapporteur. – Madame la Présidente, je regrette que M. le commissaire se soit prononcé contre l'amendement-clé de mon rapport, appuyé par tous les groupes politiques, qui veut que les conjoints aidants et les partenaires reconnus doivent pouvoir bénéficier obligatoirement de la même protection sociale que les indépendants, et pas seulement à leur demande. L'expérience prouve que, si leur affiliation n'est pas obligatoire, ils ne sont pas affiliés, et cela, pour la même mauvaise raison, Monsieur le Commissaire, que vous avez invoquée, à savoir le coût.

Bien sûr, la protection sociale coûte, pour les indépendants comme pour les salariés. Vouloir économiser les cotisations sociales est une erreur monumentale, qu'il faut éviter.

Bien sûr, si dans un État membre, il n'y a pas de protection sociale pour les indépendants eux-mêmes, on ne peut pas exiger qu'elle soit obligatoire pour leurs conjoints. Mais les conjoints doivent pouvoir en bénéficier à leur demande. Moi, je ferai un amendement oral, en accord avec M. Cocilovo, en ce sens.

Permettez-moi d'ajouter quelques mots sur la protection de la maternité, parce qu'on a très mal compris notre position. Si on veut renforcer la protection de la maternité en allongeant le congé de maternité, il ne faut pas oublier que l'extension à dix-huit semaines, dont seulement un tiers coïnciderait avec les six semaines post-natales obligatoires, est en contradiction avec l'objectif d'une meilleure protection de la santé de la mère et de l'enfant.

Voilà pourquoi, à nos yeux, la meilleure solution, ce serait six semaines obligatoires, et un allongement à vingt semaines en cas de naissances multiples et d'allaitement. N'oublions pas les problèmes d'embauche et de promotion que connaissent déjà les femmes en âge de procréer.

À propos de cet âge justement, il est absurde de vouloir appliquer aux hommes en âge de procréer une interdiction de travaux calquée sur celle des femmes enceintes. Bien sûr, Madame la Présidente, la stérilité accrue des hommes en Europe est préoccupante mais pas autant, selon moi, que le partage inégal des responsabilités familiales entre hommes et femmes, qui perdure, car cette inégalité est à l'origine du refus de beaucoup de femmes de procréer. Et ce n'est pas par une surprotection, qui n'a pour conséquence que de rendre les femmes inemployables, que nous résoudrons le problème démographique en Europe.

1-106

Edite Estrela, relatora. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, estou chocada com a posição da Comissão Europeia sobre a minha proposta de licença de paternidade. É uma posição conservadora, desfasada da realidade e inaceitável.

Não falei, Sr. Comissário, de licença parental, falei de licença de paternidade, que são conceitos distintos.

Se não cabe no âmbito desta directiva a licença de paternidade, por que razão propôs a Comissão o alargamento da base jurídica, e não ficou apenas no artigo 137.º respeitante à protecção da saúde? Porque é que introduziu o artigo 141.º do Tratado respeitante à promoção da igualdade de oportunidades entre homens e mulheres?

Sr. Comissário e Srs. Deputados do PPE, a maternidade e a paternidade são valores sociais eminentes que têm de ser respeitados e têm de ser associados. É aqui que se associa, é nesta directiva que se associa a licença de paternidade à licença de maternidade. E é a pensar nas crianças, Sr. Comissário. É a pensar no bem das crianças, porque, se tiverem o apoio do pai e da mãe desde cedo, têm um crescimento psicológico e físico mais saudável.

E também, Sr. Comissário, não ignora que existe a licença de paternidade na legislação nacional de muitos Estados-Membros. Pretende a Comissão ficar aquém da realidade, daquilo que já existe nos Estados-Membros?

Estou muito surpreendida, Sr. Comissário, com essas posições. É por isso, por haver esse desfasamento entre as Instituições europeias e a realidade, que os cidadãos se afastam. É por isso que a abstenção é elevada.

Temos de dar aos cidadãos razões para irem votar, e o que está em causa, Sr. Comissário, é aprovar uma legislação que sirva os cidadãos. Se os cidadãos perceberem que as decisões tomadas no Parlamento Europeu melhoram as suas vidas, certamente terão mais motivos para ir votar no próximo mês de Junho.

1-107

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Τετάρτη 6 Μαΐου στις 12 το μεσημέρι.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 142)

1-108

Zita Gurmai (PSE), in writing. – Even during a crisis, equal treatment should be high on the political agenda. Women will suffer from the present crisis in the long run, and will be hit in the second wave of redundancy. They will have to cope with their unstable social and economic situation and their growing burden of juggling earning money and care responsibilities. In such circumstances, we may not allow women's rights to be taken away from them.

Self-employment is of great importance for women because it could be of great help in avoiding unemployment or in better reconciling professional and family life. In this way, women would have an efficient tool for contributing to the development of the economy. Women should have equal chances to engage in self-employed activities and establish companies; maternity-leave systems should ensure that self-employed women can benefit from them in the same way as employed workers. In parallel with this, safety and health for pregnant workers and those who have recently given birth or are breastfeeding is of crucial importance.

Not only does this help Europe not to lose women's talent and presence in the workforce but it also contributes to facing the present demographic challenge and ensuring children's healthy physical, emotional, and mental development.

1-109

Rovana Plumb (PSE), în scris. Ca social-democrată și mamă, susțin prezenta directivă deoarece abordează: sănătatea și securitatea lucrătoarelor gravide, a celor au născut de curând sau care alăptează, aspecte legate de egalitatea de tratament, precum dreptul de a reveni la același loc de muncă sau la unul echivalent, dreptul la carieră, normele privind concedierea și drepturile legate de contractul de muncă sau acordarea unui sprijin financiar mai important pe durata concediului.

În prezent, durata concediului de maternitate variază de la 14 săptămâni în câteva state membre la 28 de săptămâni în alte state membre, iar în unele cazuri de până la 52 de săptămâni, dintre care numai o parte este acoperită de remunerație. Astfel, consider că opțiunea de a extinde durata concediului de maternitate și de a majora remunerația aferentă acestuia este o modalitate adecvată de a îmbunătăți sănătatea și securitatea femeilor, precum și de a le permite concilierea obligațiilor profesionale și familiale, promovând astfel egalitatea de șanse între femei și bărbați pe piața muncii.

Condițiile de stres la locul de muncă pot avea influențe asupra psihicului femeii însărcinate sau care a născut de curând și, de aceea, este necesară promovarea unei abordări preventive, care să asigure realizarea unei evaluări adecvate a riscurilor la locul de muncă. –

1-110

17 - Οργάνωση του χρόνου εργασίας (συζήτηση)

1-111

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο το οποίο θα εξετασθεί είναι η δήλωση της προέδρου της αντιπροσωπείας του ΕΚ στη επιτροπή συνδιαλλαγής σχετικά με την οργάνωση του χρόνου εργασίας [2004/0209(COD)]

1-112

Mechtild Rothe, Vorsitzende der Delegation des EP im Vermittlungsausschuss. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, das Vermittlungsverfahren zur Arbeitszeitrichtlinie ist gescheitert. Artikel 65 Absatz 5 der Geschäftsordnung sieht vor, dass in diesem Fall der Vorsitz der Parlamentsdelegation im Vermittlungsausschuss eine Erklärung im Plenum abgibt. Deshalb jetzt eine kurze Erklärung zum Verlauf der Verhandlungen zur Arbeitszeitrichtlinie.

Nach mehreren Trilogon und drei Sitzungen des Vermittlungsausschusses musste in der letzten Sitzung kurz nach Mitternacht und kurz vor Ablauf der Frist festgestellt werden, dass es nicht möglich war, zu einer Einigung zu kommen. Die EP-Delegation hatte sich zuvor mit einer klaren Mehrheit von 15 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und fünf Enthaltungen gegen den letzten Vermittlungsversuch der Kommission ausgesprochen. Dieser Vorschlag wurde nicht als Grundlage für einen wirklichen Kompromiss akzeptiert. Er wurde gleichzeitig auch vom AStV abgelehnt, der im Saal daneben tagte. Mit einem Brief vom 29. April 2009 haben die zwei Ko-Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses das Parlament und den Ministerrat informiert, dass es nicht möglich war, innerhalb der nach Artikel 251 Absatz 5 EG-Vertrag vorgesehenen Frist zu einer Einigung über einen gemeinsamen Text zu kommen.

Ich bedaure es sehr, dass es den beiden Institutionen nicht gelungen ist, zueinander zu finden. Aber wenn man auf die drei bis zum Schluss strittigen Punkte schaut – das *Opt-out* von der wöchentlichen Arbeitszeit, die Bedingungen des Bereitschaftsdienstes und die Mehrfachverträge pro Arbeitnehmer –, so waren die Unterschiede in den Positionen so groß, dass es keine Möglichkeit gab, eine Einigung zu erzielen, die noch mit dem Beschluss des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2008 vereinbar gewesen wäre.

Der Rat hat sich insbesondere bei der Frage des *Opt-out* keinen Millimeter bewegt. Die Parlamentsseite hat mehrere Kompromisse angeboten, die der Arbeitgeberseite eine hohe Flexibilität bei den Arbeitszeiten ermöglicht hätte. Besonders bei den Bedingungen des Bereitschaftsdienstes hatte sich die Parlamentsseite sehr entgegenkommend gezeigt. Schließlich nutzt die Mehrheit, nämlich neun Mitgliedstaaten, das *Opt-out* ausschließlich für den Bereitschaftsdienst. Doch eine Sperrminorität im Rat verhinderte jegliches Antasten der Ausnahmeregelung. Nicht einmal ein Andeuten eines Auslaufens des *Opt-out* wurde akzeptiert.

Zum Bereitschaftsdienst. Der EuGH hat klargestellt, dass Bereitschaftsdienst Arbeitszeit ist. Auch der inaktive Teil kann nicht ganz oder teilweise als Ruhezeit bewertet werden, wie es der Rat forderte. Für die Parlamentsdelegation war es außerdem klar, dass Bereitschaftsdienst dann erforderlich ist, wenn eine Fortsetzung der Arbeit notwendig ist. Diese Einschränkung war der Rat nicht zu akzeptieren bereit. Was heißt das dann aber? Der Kellner, der ohne Gäste im Restaurant sitzt, verbringt einen inaktiven Bereitschaftsdienst, der dann natürlich auch anders bewertet wird – das kann wohl nicht sein! Das Parlament setzte sich bei aller Flexibilität auch dafür ein, dass die maximale Arbeitszeit von 48 Stunden pro Arbeitnehmer/pro Arbeitnehmerin gelten soll und nicht pro Vertrag. Hier konnten wir uns nicht einmal darauf einigen, dass dieser Grundsatz in einem Erwägungsgrund festgeschrieben wird.

Für die Parlamentsdelegation war klar, dass kein Kompromiss besser ist als ein schlechter Kompromiss auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Parlament hat dem Rat viele Vorschläge vorgelegt, die bis zur – wie wir fanden – Schmerzgrenze gingen. Aber eine Gruppe im Rat zeigte keinerlei Kompromissbereitschaft. Ich glaube auch, dass die Kommission an der einen oder anderen Stelle Vorschläge hätte vorlegen können, die etwas ausgewogener zwischen der Rats- und der Parlamentsposition gelegen hätten.

Während dieser Legislaturperiode hat das Parlament in der Mitentscheidung 389 Rechtsakte angenommen, 24 sind in dritter Lesung nach erfolgreicher Vermittlung abgeschlossen worden. Das zeigt wohl, dass hier eine Kultur der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen herrscht. Zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam ist es dem Vermittlungsausschuss im Fall der Arbeitszeitrichtlinie nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Ich hoffe,

dass die neue Kommission sehr schnell einen neuen Vorschlag vorlegt, der dann – so hoffe ich – zu einer Einigung führen wird.

"Insbesondere möchte ich mich zum Abschluss auch noch für die hervorragende Zuarbeit des Vermittlungsausschusssekretariats bedanken."

1-113

Michal SEDLÁČEK, úřadující předseda Rady. – Vážený pane předsedo, vážený pane zpravodaji, vážené dámy, vážení pánové, vážený pane komisaři, dovolte mi, abych vás jménem českého předsednictví seznámil s postojem Rady k již ukončenému dohodovacímu řízení k revizi směrnice o pracovní době. Jak nepochybně víte, novelizace této směrnice se v Radě složitě projednávala dlouhé čtyři roky, než Rada vloni v červnu konečně dospěla po velmi komplikovaném vyjednávání ke svému společnému postoji nad jejím obsahem.

Kvalifikovaná většina členských států se shodla, že klíčový sporný bod, tzv. opt-out, bude ve směrnici do budoucna ponechán, ale s pevně stanovenými podmínkami, které jeho používání velmi zpřísní. Rada například chtěla, aby byl maximální limit délky týdenní pracovní doby při používání opt-outu snížen ze 78 hodin na 60 či 65 hodin, navrhovala zákaz sjednání opt-outu při podpisu pracovní smlouvy či omezit dobu souhlasu daného zaměstnancem pro práci v režimu opt-out na jeden rok. Cílem Rady bylo jednak omezit používání opt-outu v členských státech, ale zejména snaha zvýšit ochranu samotného zaměstnance, který by opt-out využíval. Rada považovala svůj návrh směrnice za vyvážený, posilující ochranu zaměstnanců a doufala, že bude přijatelný i pro Parlament a že jej Parlament ve druhém čtení přijme.

České předsednictví si plně uvědomovalo po hlasování v prosinci loňského roku odlišnost postojů obou institucí k návrhu směrnice, ale zároveň nevnímalo dohodovací řízení jako souboj institucí o prestiž, nýbrž prosazovalo pragmatický, neideologický a realistický přístup, který by zohledňoval realitu evropského pracovního trhu. Je neoddiskutovatelným faktem, že opt-out dnes používá 15 ze 27 členských zemí EU. Od ledna letošního roku, kdy převzala Česká republika vedení v Radě, jsme vedli velmi intenzivní jednání na všech jejích úrovních s cílem nalézt reálný prostor pro možný kompromis s Parlamentem. Již 13. ledna se konala první schůzka členských zemí v Praze na toto téma. Uskutečnilo se minimálně osm kol neformálních dialogů a velmi neobvykle i tři kola samotného dohodovacího řízení. Na tomto místě mi dovolte, abych poděkoval Komisi, a zvláště panu komisaři Špidlovi, za odbornou pomoc i konstruktivní přístup při hledání možného kompromisu nad textem směrnice. Rada byla ochotna se dohodnout, slevit ze společné pozice, a přesto nakonec k dohodě nedošlo. Během posledních čtyř měsíců české předsednictví velmi aktivně a odpovědně vedlo jednání s Parlamentem a předkládalo mu řadu kompromisních návrhů k jednotlivým otázkám směrnice, aby jejich konečné řešení vyhovovalo jak Radě, tak Parlamentu.

Dnes mohu odpovědně prohlásit, že Rada učinila řadu významných ústupků směrem k požadavkům Parlamentu, a přesto to Parlamentu nestačilo. Rada byla například ochotna opustit společnou pozici a přijmout názor Parlamentu, že veškerá pracovní doba pohotovosti je pracovní dobou. Rada ustoupila i při diskuzi o sladění pracovního a rodinného života ve lhůtě pro poskytování náhradního denního odpočinku i v definici vrcholového zaměstnance a mohl bych pokračovat. Rada se chtěla s Parlamentem dohodnout i klíčové otázky opt-outu a byla ochotna vyjít vstříc Parlamentu a přijala jeho další návrhy, např. zákaz sjednat opt-out ve zkušební době, vypuštění maximálního týdenního limitu pracovní doby pro opt-out, ačkoliv jsme samozřejmě měli pocit, že jednáme proti zájmu zaměstnanců, a byli jsme ochotni přijmout i zavedení evidence skutečně odpracované doby v opt-outu. Parlament však Radě nepřišel naproti.

Jménem českého předsednictví je mi upřímně líto, že Parlament nebyl ochoten přijmout kompromis a dohodnout se na revizi směrnice, na kterou čekají nejen členské státy, ale i občané Evropské unie dlouhých pět let. Přijetí revize směrnice by přispělo k větší ochraně zaměstnanců, vyřešení otázek pracovní pohotovosti a odpočinku a přispělo by k vytvoření podmínek pro postupné snižování využívání opt-outu v členských zemích. Na tyto argumenty však vaši zástupci ve vyjednávacím výboru neslyšeli. Odmítli na ně přistoupit, odmítli přistoupit i na vstřícné návrhy Rady a kompromisy Komise a setrvali na svém ideologickém postoji. Protože Parlament nebyl ochoten respektovat situaci v Radě i současnou realitu, bude nadále platit stávající směrnice. Nadále nebude omezeno používání opt-outu ani nebude zaveden monitoring a pracující budou moci dále pracovat i 78 hodin týdně. Postoj Parlamentu s velkou pravděpodobností způsobí další rozšíření využívání opt-outu. Evropská komise již dnes má indikace z dalších dvou zemí, že se rozhodnou pro jeho zavedení, a tudíž se naděje na jeho budoucí zrušení ještě snižují. Tomu Rada chtěla zabránit, Parlament však rozhodl jinak.

1-114

Vladimír Špidla, člen Komise. – Vážená paní předsedkyně, vážené poslankyně, vážení páni poslanci, velmi mě mrzí, že se Radě a Parlamentu nepodařilo dospět k dohodě v závěrečném kole dohodovacích jednání týkajících se revize směrnice o pracovní době. Komise učinila vše, co bylo v jejích silách pro dosažení kompromisu, předložila řadu návrhů týkajících se všech hlavních otázek, aby oběma zákonodárcům pomohla přiblížit se konečné podobě. Rada a Parlament však nakonec trvaly na svých rozdílných stanoviscích ohledně budoucnosti výjimek, opt-outu, která nebylo možné sladit.

Chápu a respektuji přání Parlamentu ukončit s definitivní platností používání výjimek. To by bylo i pro mě ideálním řešením a tento prvek jsme též začlenili do návrhu Komise na změnu směrnice v roce 2005. Nicméně po několika letech jednání se jasně ukázalo, že se tím nezajistí dosažení dohody v Radě, že se tím nepřekoná blokační menšina. Příliš mnoho

členských států prostě trvalo na tom, že bude možné používat individuální výjimky a že tato možnost musí být ve směrnici i nadále zachována. Proto Komise předložila alternativní návrhy, které měly za cíl zlepšit právní ochranu pracovníků, kteří využívají výjimky a de facto oslabit jejich využívání, zavést důkladné sledování používání výjimek na vnitrostátní a evropské úrovni a stanovit omezení pro současné používání odchylek, čímž by se dosáhlo také toho, že povolování výjimek bude pro členské státy čím dál méně zajímavé. Jsme přesvědčen, že tento přístup by skutečně v praxi zlepšil podmínky pracovníků, a co je ještě důležitější, zvýšil by dlouhodobé vyhlídky na to, že členské státy přistoupí na zrušení výjimek. Parlament vycházel z toho, že neexistuje lepší ujednání než takové, které výslovně stanoví zrušení opting-out. Důvody pro toto rozhodnutí respektuji, zastávám však jiný názor.

Jak jsem již mnohokrát uvedl dříve, jsem plně přesvědčen, že neúspěch při dosažení dohody ohledně návrhu na změnu je špatnou zprávou pro evropské pracovníky a podniky, pro evropské instituce a konec konců pro Evropu jako celek. Za prvé se tím neřeší problém výjimek, které se budou i nadále používat v souladu se stávající směrnicí bez stanovení data jejich ukončení a s velmi malým počtem omezení a bez jakéhokoliv zvláštního přezkumu. Víím, že mnozí z vás namítali, že pracovníci budou pracovat 65 hodin týdně, a chápu tyto obavy, faktem ovšem je, že současná směrnice umožňuje pracovat až 70 hodin týdně. Za druhé přestože rozhodnutí Soudního dvora ve věci pracovní pohotovosti a náhradní doby odpočinku zůstanou zachována beze změny, obávám se, že v mnoha případech to v praxi nepovede k lepší ochraně pracovníků. V řadě členských států mají odvětví s vysokou mírou pracovní pohotovosti skutečné obtíže při dodržování pravidel plynoucích z rozsudků SIMAP, Jaeger. Dosavadním výsledkem je to, že ještě více členských států začalo s cílem vyřešit tento problém používat výjimky. V současné době jich je 15 a mám obavy z toho, že nyní, když není dohoda o pracovní pohotovosti, ještě více států začne opt-out používat, aby se přizpůsobily rozhodnutí Evropského soudního dvora, neboť nebudou mít jinou možnost. Se stoupajícím počtem států užívajících výjimku bude mnohem těžší dosáhnout dohody v Radě o jejím ukončení. Za třetí neúspěch jednání znamená, že řada velmi významných zvláštních záruk schválených Radou pro pracovníky v celé Evropě, kteří již nyní výjimky využívají, nebude platit, nevstoupí v účinnost. A konečně připravíme se také o možnost zlepšení, pokud jde o opatření k zajištění souladu mezi prací a rodinným životem a jasnější definici odchylky pro nezávislé pracovníky. Oba zákonodárci však již učinili rozhodnutí a bezprostředním důsledkem bude neprovedení zvláštního přezkumu výjimek, který požaduje stávající směrnice o pracovní době. Rozhodnutí respektuji. Spolu s ostatními členy Komise se nyní budeme muset zamyslet nad situací, k níž došlo v důsledku nedohody mezi zákonodárci.

Chci ovšem konstatovat, že po pěti letech jednání, kde byla předložena celá řada dílčích návrhů, kde byla předložena celá řada pokusů najít cestu, jsme tuto cestu nenalezli. To znamená, že není jednoduché předložit nový návrh, který bude situaci zázrakem řešit. Proto považuji za nutné velmi pečlivě situaci konzultovat i se sociálními partnery a teprve poté bude moci Komise přistoupit k nějakému dalšímu rozhodnutí a postupu.

1-115

Harmut Nassauer, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst im Namen der EVP-ED-Fraktion feststellen, dass es nicht den Interessen der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dient, dass die Vermittlung für ein neues Arbeitszeitrecht in Europa gescheitert ist und damit das alte Arbeitszeitrecht weiter gilt.

Ich möchte weiter feststellen, dass es eine Legende ist, dass daran nur der Rat schuld sei, während sich die Mehrheit des Parlaments in weißer schimmernder Rüstung für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgeopfert habe. Die Wirklichkeit ist, dass beide schuld sind. In der Tat hat der Rat in der Frage des *opt-out* nicht gewankt und ist nicht gewichen, aber die Mehrheit des Parlaments hat genau so starr daran festgehalten, dass eine Lösung nur über die Streichung des *opt-out* möglich sei. So sind beide Parteien wie zwei Schnellzüge aufeinander zugerast und das Ende war absehbar!

Damit sind Chancen verloren gegangen! Es wäre möglich gewesen, zum Beispiel eine europäische Bereitschaftsdienstregelung zu finden, in der europaweit festgeschrieben ist: „Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit“, wie es der EuGH festgelegt hat. Dazu wäre es erforderlich gewesen, dass sich auch die Parlamentsmehrheit in der Frage des *opt-out* millimeterweise bewegt hätte, wenn es zum Beispiel darum gegangen wäre, unter welchen Bedingungen ein *opt-out* möglich ist – so scharf wie möglich – und wer darüber befindet. Die Tarifparteien hätten eingeschaltet werden müssen. Das ist aber alles nicht geschehen. Wie eine heilige Kuh hat man vor sich hergetragen, das *opt-out* müsse unter allen Umständen weg. Das war die andere Hälfte der unversöhnlichen Haltung, an der eine neue Lösung gescheitert ist. Das ist nur sehr zu bedauern. Wie gesagt, dies liegt nicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

1-116

Alejandro Cercas, en nombre del Grupo PSE. – Señora Presidenta, aunque el esfuerzo inútil conduce a la melancolía, volveré a decir que el *opt-out* debe desaparecer, porque fue previsto para diez años, que terminaban en 2003, y esa terminación es de un alto interés para la salud, para la conciliación de la vida familiar y profesional, para que hagamos un discurso coherente –el que acaban de hacer hace media hora con el que viene a continuación–, para respetar los convenios internacionales de la OIT, para hacer realidad el Derecho social europeo, para que no se destruyan las organizaciones de trabajadores, para no perder la confianza de los ciudadanos en las instituciones europeas.

No ha habido conciliación, como ha dicho nuestra presidenta, porque la propuesta del Consejo ha sido siempre caminar hacia atrás, para atrás del siglo XIX, a hacer del Derecho laboral una relación simplemente bilateral entre trabajador y empresario, sin leyes, sin normas, sin nada que respetar más allá del llamado *«free choice»*, olvidando que hay una asimetría de poder entre el trabajador y el empresario.

No es verdad, se están dando falsas explicaciones. El Parlamento se ha movido, ha dado todo tipo de alternativas para solucionar problemas reales, pero es un problema ideológico. El Consejo no quería terminar con el *opt-out*. La minoría del Consejo quería que el *opt-out*, que era temporal en 1993, fuese permanente y, con el voto del Parlamento, para siempre, dejándonos la esperanza y la dignidad en este combate.

No lo han querido, han querido simplemente hacerle un lavado de cara cosmético al *opt-out*, pero hacerlo para siempre, destruyendo uno de los instrumentos básicos del Derecho social europeo. Ésa es la verdad, y no es verdad que fuese una reducción de jornada; con la propuesta de la Comisión y del Consejo se hacían 78 horas a la semana, porque eran 60 y 65 en cómputos de tres meses.

De modo que dejen ustedes de decir cosas que no son verdad. Dejen de engañar a la opinión pública. Digan que querían hacer para siempre lo que era temporal en 1993. Y digan que querían hacer normal lo que era excepcional.

Nos han propuesto que fuese una derogación como en el artículo 20; una derogación, no una excepción: que fuese una cosa normal. Y, al mismo tiempo, su propuesta era una propuesta de una agresión sin límites contra la jurisprudencia del Tribunal de Justicia. Eliminaba los derechos de los médicos, eliminaba sus condiciones de trabajo. Nunca se han acercado, no a nuestra visión, a la visión del Tribunal sobre el descanso compensatorio de los médicos; era una agresión sin límites a los trabajadores. Y nos han dicho, para acusarnos, que lo hacíamos en periodo electoral. Es una honra escuchar a los ciudadanos y escuchar a los trabajadores.

Tenemos una crisis social enorme, una distancia enorme entre los ciudadanos y nuestras instituciones. Afortunadamente, el Parlamento no se ha puesto de rodillas delante del Consejo y, afortunadamente, señor Comisario, aquí habrá un nuevo Parlamento, habrá una nueva Comisión ejecutiva, habrá probablemente cambios en los Gobiernos de los Estados miembros y hay una esperanza para los trabajadores en Europa: que se ha mantenido el mandato del día 17 de diciembre y que continuaremos, señor Comisario.

(Aplausos)

I-117

Elizabeth Lynne, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, obviously we know that there was stalemate, but better no agreement than a bad agreement in my view.

We always knew that it would be inevitable, but it took so long to actually acknowledge it. I think that is more to do with some parliamentarians wanting to appear tough to their electorate than with anything else.

Once a majority for the Parliament voted to get rid of the opt-out, there could of course be no deal as 15 countries use it, as we have already heard.

I support the opt-out of the 48-hour limit of the Working Time Directive as long as it is voluntary. I attempted during committee to tighten this up and make sure that you could not sign the opt-out at the same time as the contract and that you could opt out of the opt-out at any time. Indeed, that is what the Council also proposed. It is important for flexibility, for the worker and the employer alike. Why should someone not be allowed to earn overtime if that is what they choose to do?

My fear also was that people could be forced into illegal work and would not then be covered by health and safety legislation, including the dangerous machinery directive.

Far more of a problem are multiple contracts and the definition of autonomous work. These are abused far more than the opt-out, but the Council did not really move substantially on this and Parliament did not really push that point either.

As far as 'on-call' time is concerned, I believe that all 'on-call' time should be classed as working time. I was pleased that there was movement from the Council on that.

As I said at the outset of this debate five years ago, we should deal with the Court rulings of SIMAP and Jaeger and nothing else. Maybe we will do that in the future and address the health sector alone.

Finally, I must say I am pleased that we have kept the opt-out of the 48-hour limit, particularly for fire-fighters in the UK who would have had extreme difficulty providing cover if the opt-out had been lost, and I congratulate them on their campaign.

1-118

Elisabeth Schroedter, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ratspräsident, sehr geehrter Herr Špidla! Wir hätten uns gefreut, den Bürgern Europas zu den Wahlen eine Arbeitszeitrichtlinie mit Mindeststandards im Gesundheitsschutz präsentieren zu können.

Das wäre unser Beitrag zum Konzept „Gute Arbeit“ gewesen. Unser Beschluss hätte ja Mindeststandards gesetzt und gleichzeitig eine Flexibilität geboten, die für die Krankenhäuser eine Lösung gewesen wäre. Aber der Rat hat wochenlang blockiert und letztendlich ist es daran gescheitert. Leider ist die Kommission hier auch mit schuld. Denn die Kommission hat nicht zu einer Lösung beigetragen. Mit ihren Vorschlägen trat sie das Arbeitsrecht mit Füßen und stellte das in Frage, was man im Allgemeinen als gesetzliche Mindestnorm bezeichnen würde. Und Ausbeutung per Gesetz zuzustimmen, dazu waren wir Grünen und mit uns die große Mehrheit der Verhandlungskommission eben nicht bereit!

Zum harten Kern der Verhinderer im Rat – und das ist bekannt – gehörte auch der deutsche Arbeitsminister und Sozialdemokrat Olaf Scholz. Er wollte doch allen Ernstes Ausnahmen zur Dauerlösung machen, nach denen bis zu 78 Stunden pro Woche gearbeitet werden kann. Während er sich in Deutschland als Anwalt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer präsentiert, macht er sich in Brüssel zum Wortführer derer im Rat, die sich gegen die Interessen der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellen. Damit ist er den Sozialdemokraten in den Rücken gefallen!

1-119

Ilda Figueiredo, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, saudámos a falta de acordo entre o Parlamento Europeu e o Conselho para uma mudança da directiva sobre a organização do tempo de trabalho, pois o que estava em causa era piorar o que hoje existe, seja no que se refere à jornada média de trabalho, seja quanto ao tempo de permanência.

De facto, o que a Comissão Europeia e o Conselho pretendiam era abrir caminho a uma maior desvalorização do trabalho, a um ataque ao direito de negociação dos sindicatos e à contratação colectiva, admitindo simples disposições administrativas para regular a organização do tempo de trabalho e o seu pagamento, pondo em causa o tempo de permanência e o direito às pausas, num retrocesso de 100 anos nos direitos laborais.

Assim, mantém-se em vigor a obrigatoriedade do pagamento integral do tempo de permanência, incluindo pausas, seja nos serviços de saúde e de urgência, seja nos bombeiros ou qualquer outro sector de actividade, de acordo com a jurisprudência existente.

Iremos continuar a dar voz à luta dos trabalhadores contra o famigerado *opt-out* e pela valorização do trabalho, na defesa da diminuição da jornada de trabalho sem perda de remuneração, como condição importante em tempo de recessão para a criação de emprego e redução do desemprego, na promoção da saúde e segurança dos trabalhadores e na conciliação entre trabalho e vida familiar.

Queremos uma verdadeira Europa social que não fique esquecida após as eleições para o Parlamento Europeu.

1-120

Derek Roland Clark, *on behalf of the IND/DEM Group*. – Madam President, President Klaus remarked on 18 February that the EU structure is a dogma which contradicts the experience of heritage.

Member States have a heritage. They do things their own way, including the way they work. When I pointed this out at the first conciliation meeting and remarked that Member States should not be forced into a strait jacket, a fellow MEP actually queried whether I should have been invited to the meeting. There is democracy for you!

The Commissioner's document produced later that night included the text 'preferences and needs of workers make it impossible to fix a date to end opt-outs' – it is nice to hear an echo!

As President Klaus said, there is a great distance between the citizen and elected EU representatives, but much less within Member States, which makes the EU undemocratic. I agree, and I for one insist on being more representative of the citizens. After all, where there were but four Member States wanting opt-outs in 2004, there are now 15. Does that not tell you anything? And MEPs had the nerve to call 15 states out of 27 a blocking minority – Parliament is in denial!

1-121

José Albino Silva Peneda (PPE-DE). – Nesta negociação dois temas se destacaram: o chamado tempo de permanência e a cláusula do *opt-out*.

Em relação ao tempo de permanência, quero dizer que estivemos muito perto de um compromisso, mas, na parte final, o Conselho recuou de uma forma inexplicável.

Quanto ao *opt-out*, o Parlamento nunca poderia aceitar a sua generalização indefinida, porque, em termos práticos, isso significaria, pura e simplesmente, a desregulamentação do mercado de trabalho.

Se hoje há 15 países que utilizam o *opt-out*, isso acontece pelo facto de o nível de permanência ser inadequado face à realidade. O regime de permanência não é adequado face à realidade actual, especialmente na área da saúde. Na proposta do Parlamento, isso ficava resolvido, e não seria necessário que tantos países utilizassem o *opt-out*. Isto mesmo foi reconhecido pela Presidência durante as negociações.

Que fique bem claro, o *opt-out* não tem nada a ver com a flexibilidade. A flexibilidade é plenamente obtida através da anualização do período de referência, proposta pelo Parlamento já em 2005.

O Parlamento sempre se bateu neste processo por que, pelo menos, pudéssemos vislumbrar uma data futura para o fim do *opt-out*. Mas uma minoria de bloqueio no Conselho não só aceitou isso, como quis fazer da aplicação do *opt-out* uma regra, e não uma excepção. E quero recordar que o *opt-out* foi aceite em 1993, mas como uma excepção clara.

Srs. Deputados, um contrato de trabalho não se pode comparar a um outro qualquer contrato no qual as partes estão em situação idêntica. A ciência e o direito de trabalho existe na Europa porque desde há muito se aceitou que uma das partes está em situação de desvantagem e, por isso, tem de ser protegida.

A minoria de bloqueio do Conselho, com a rigidez que evidenciou, quis acabar com esta protecção, o que é para mim totalmente inaceitável para quem defende valores fundamentais que estão na base do modelo social europeu.

1-122

Jan Andersson (PSE). – Fru ordförande! Jag vill passa på att tacka mina kollegor i förhandlingsteamet för ett gott samarbete. Jag beklagar att vi inte når den här uppgörelsen. Jag gör det utifrån den situation som vi har i dag, nämligen att 15 länder använder *opt-outen*. Det är säkert så att det kan bli några till, och det är ingen bra situation.

Jag kan också säga att vi gjorde en del framsteg under förhandlingsarbetet. Jag tyckte, när det gäller den inaktiva jourtiden och kompensationsledigheten, att det var en framgång att vi alla sade att den inaktiva jourtiden var arbetstid. Jag tror att vi skulle kunna ha nått en uppgörelse där. Anledningen till att vi inte nådde en uppgörelse var *opt-outen*. Å ena sidan var det rådet med en blockerande minoritet som absolut inte ville ta bort *opt-outen*, och å andra sidan, och det glöms ofta, var det en stor majoritet i Europaparlamentet som absolut vill ha bort *opt-outen* för att den inte har med hälsa och säkerhet att göra. Vi från parlamentet försökte, vi lade fram ett förslag om att rådet självt skulle komma fram med ett slutdatum. I slutskedet var vi till och med villiga att säga: ”Vi sätter bara ett datum för när vi ska förhandla igen och komma med ett slutdatum”. Inte ens det var rådet villigt att acceptera. Då blev det omöjligt. Det var inte så, Sedláček, att rådet godtog alla de villkor som parlamentet ställde för när det gäller villkoren för *opt-outen*. När vi startade förhandlingarna sista dagen avlog man i stort sett alla förslag. Jag kan konstatera att det egentligen finns en majoritet för att *opt-outen* ska bort. Det finns en stor majoritet i parlamentet och en majoritet i rådet, men tyvärr är det en minoritet i rådet som får bestämma att *opt-outen* ska vara kvar. Det är otillfredsställande. Jag hoppas att kommissionen kommer tillbaka, att man tar sitt ansvar och att utgångspunkten för ett nytt förslag ska vara det som direktivet handlar om, nämligen hälsa och säkerhet för löntagarna och då måste *opt-outen* fasas ut.

1-123

Bernard Lehideux (ALDE). – Madame la Présidente, le Parlement et son rapporteur ont été contraints de refuser un mauvais compromis; ils ont eu raison de le faire. Notre délégation est restée fidèle à la position adoptée très largement en plénière qui demandait la suppression, à terme, de toute dérogation à la durée légale du travail.

Mais la vérité est que le Parlement était seul à vouloir faire avancer les choses. Les représentants du peuple européen avaient tranché bien au-delà des clivages partisans pour que cesse cet archaïsme qui s'appelle l'*opt-out*. Nous avons été les seuls à proposer un véritable texte de compromis que le Conseil des ministres a superbement ignoré, tout comme la Commission d'ailleurs. Le Conseil et la Commission se sont alignés sur la position de ceux qui s'opposent farouchement à toute avancée des droits des travailleurs en Europe.

Monsieur le Président du Conseil, il est clair que vous êtes arrivé à vos fins. La Cour de justice vous oblige à considérer tout le temps de garde comme du temps de travail; vous n'avez donc rien perdu de ce côté-là. L'*opt-out* que vous voulez existe toujours en pratique, l'immobilisme l'a donc emporté. Plus que jamais, les députés élus en juin prochain devront se battre pour aller vers une harmonisation par le haut des normes sociales.

1-124

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, το Συμβούλιο, χέρι-χέρι με την Επιτροπή, έχει την πλήρη ευθύνη για την αποτυχία εξεύρεσης μιας συμβιβαστικής λύσης και ο λόγος είναι απλός: γιατί επιμένετε να αποδεχθούμε έναν συμβιβασμό που θα διατηρούσε αιωνία το opt out, θέλατε να μας εξαπατήσετε και να μας ταπεινώσετε και εμάς και εκατομμύρια εργαζόμενους μετατρέποντας μια προσωρινή εξαίρεση -που δόθηκε για την Βρετανία το 1993- σε μια μόνιμη, αντεργατική ρύθμιση. Ευτυχώς, η μεγάλη πλειοψηφία του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου είπε όχι. Όποιος αμφέβαλε για το ποιος έχει την ευθύνη δεν έχει παρά να ακούσει την ομιλία του εκπροσώπου της Τσεχικής Προεδρίας δογματικός νεοφιλελευθερισμός, ιδεοληψία, αλαζονεία και προσπάθεια φθηνής παραπλάνησης των Ευρωπαίων πολιτών.

Κύριε Špidla, δεν έχετε το δικαίωμα να ερμηνεύετε και να εφαρμόζετε "α λα καρτ" τις αποφάσεις του Δικαστηρίου των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, οφείλετε να εφαρμόσετε τη νομολογία του Δικαστηρίου των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων και να κινήσετε τη διαδικασία επί παραβάσει για τις χώρες μέλη που δεν εφαρμόζουν εδώ και χρόνια τις αποφάσεις του Δικαστηρίου. Δεν μπορείτε να λέτε ότι δεν το κάνουμε, διότι πρόκειται να αναθεωρήσουμε την οδηγία. Βάλτε δε κάτι καλά στο μυαλό σας, περίπτωση να συμφωνήσει το Κοινοβούλιο σε συμβιβασμό που δεν θα περιλαμβάνει την κατάργηση του opt out δεν υπάρχει.

1-125

Edit Bauer (PPE-DE). – Po počiatočnej nádeji, že dospejeme k dohode o revízii smernice o pracovnom čase je naozaj poľutovaniahodné, že sa tak nestalo. Pred voľbami to nie je najlepšia správa pre našich voličov prinajmenšom z dvoch dôvodov. Po prvé: v našich nových členských krajinách dochádza k zaujímavému a nečakanému javu.

Niektorí investori, najmä z východoázijských krajín, nielenže sa snažia zaviesť východoázijskú pracovnú morálku, proti čomu sa právom dožadujú zamestnanci ochrany, ale objavil sa aj nový fenomén na pracovnom trhu: snaha vymeniť domácu pracovnú silu za východoázijskú, ktorá je zvyknutá na odlišnú pracovnú kultúru a neobmedzený pracovný čas. Za podmienok pokračujúcej krízy, keď sa zvyšuje nezamestnanosť, asymetrickosť vzťahu zamestnávateľa a zamestnanca sa ešte viac ozrejmla. Preto limitovanie pracovného času je nanajvýš potrebné i pri uvedomení si potreby slobody zamestnanca.

Druhý problém, ktorý zostal nevyriešený a má závažné dopady pre nové krajiny, je určenie výpočtu času pohotovosti. Za daných podmienok nezostáva nič iné ako opt-out, čomu sme chceli zabrániť, ale bez toho by bola základná starostlivosť nezabezpečená. Pani predsedníčka, ja nechcem hľadať vinníka, ale chcem veriť, že v novom volebnom období nájdeme vyhovujúce riešenie pre tieto páľčivé problémy.

1-126

Roberto Musacchio (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la rottura che si è operata sulla direttiva Orario era inevitabile. Il Consiglio ha mantenuto una posizione provocatoria, come abbiamo sentito anche in Aula precedentemente, ignorando il voto parlamentare, per giunta ripetuto in seconda lettura a distanza di anni dal primo. Ed è con quel voto che ci presentiamo di fronte agli elettori – voglio dire all'onorevole Lynne – in quanto noi abbiamo precisamente il mandato degli elettori.

Quello che preoccupa è il merito di questo oltranzismo. Il Consiglio vuole tenere sia l'*opt-out* che l'annualizzazione del calcolo dell'orario. Francamente è difficile capire quale idea del lavoro, delle sue condizioni – le 78 ore, voglio dire al Commissario e al Consiglio, arrivano con il rinvio dei riposi previsto dal testo che il Consiglio ha difeso e quindi sono un peggioramento rispetto alla vecchia direttiva – ma anche quale idea del sindacato, dei contratti ci sia nel Consiglio.

Se si continua con la logica degli *opt-out*, se non si lavora all'armonizzazione delle condizioni del lavoro, non si lavora per l'Europa, ma contro, cioè si creano quelle condizioni che fanno degenerare il tessuto sociale dell'Europa e che non permettono all'Europa di affrontare le ragioni reali della crisi in cui si trova.

Le responsabilità della rottura dunque sono chiare e tutte ascrivibili al Consiglio. Il Parlamento ha fatto il proprio dovere.

1-127

Juan Andrés Naranjo Escobar (PPE-DE). – Señora Presidenta, el reconocimiento de un fracaso es el primer paso para estar en disposición de alcanzar el éxito. Se ha fracasado efectivamente en la conciliación, pero no en la posibilidad de reconstruir desde hoy el diálogo.

La dificultad no estribaba en afrontar con sentido práctico la realidad de la derogación a título individual de la jornada máxima semanal de 48 horas, porque precisamente para superar esa dificultad el Parlamento ofrecía periodos transitorios largos; el problema derivaba de concepciones muy divergentes a la hora de considerar una norma comunitaria cuya finalidad última es la protección de la salud y la seguridad en el trabajo. El problema sobrevenido era también regular el tiempo de guardia conforme a las sentencias del Tribunal de Justicia.

En cuanto al problema mayor —el *opt-out*—, a mi juicio, lo que ofrecía el Consejo era jurídicamente contradictorio y, sobre todo, caminaba en dirección contraria a lo que considero aquellos elementos esenciales de una Europa que no puede ni debe renunciar a su dimensión social sin desnaturalizarse. No era posible aceptar en la legislación comunitaria una regla con carácter general y permanente que va en sentido contrario a la propia recomendación de la Comisión, que en su agenda social insta a los Estados miembros a cumplir el convenio de la OIT. Había también la posibilidad de encontrar un acuerdo actuando sobre el juego de excepciones y reglas generales y también podía acudir a la contribución de los interlocutores sociales, que desde el respeto a su autonomía pueden propiciar acuerdos justos y eficaces.

En fin, había en las propuestas del Parlamento soluciones para atender a lo que las empresas necesitan, es decir, flexibilidad para adaptar las jornadas a las cargas de trabajo, porque es una realidad que no hay sectores iguales ni

empresas iguales dentro de cada sector y porque lo que necesitamos y, sobre todo, lo que necesita mi país, que tiene el triste récord de la tasa de paro más alta de la Unión, es que nuestras empresas contraten más y despidan menos.

Soy, Señorías, de los que están convencidos de que necesitamos con urgencia reformas en nuestros sistemas sociales y de los que creen que es perfectamente posible conciliar la eficacia económica con la aspiración de mejoras sociales, conciliar libertad y justicia y, precisamente por eso hay que establecer unos límites, unos mínimos sociales para todos los Estados miembros.

1-128

Philip Bushill-Matthews (PPE-DE). – Madam President, when future generations come to judge this Parliament and its work on the working time dossier, I suggest that they will view how MEPs behaved during the trialogue process with sheer incredulity. They will see that here was a directive born and bred in the early 1990s when the Socialists were the largest party in this House and when the Left was running the majority of Member State governments; that here was a directive which, however well intentioned, reflects the standard Socialist dogma that people cannot be relied upon to make their own choices about their own work/life balance, that politicians always know best and that, of course, European politicians know best of all; that here was a directive on working time that has simply never worked.

The opt-out, originally devised for the UK, became an opt-out that 14 other countries progressively needed to use, and we heard from the Czech Presidency today that at least two others are now joining that group. Meanwhile, 21 out of 27 countries could never make the directive work as far as their national health services were concerned, so the Commission came up with proposals to resolve this.

We have a directive which clearly cannot be implemented, and what has been the reaction of this Parliament? That the people are wrong; that the Member States are wrong; that the Commission is wrong and that all must be forced into this one-size-fits-all strait jacket, which plainly does not fit anybody. Understandably, the Council refused to give way because, like MEPs, Member State governments were elected to open up opportunities for people, not to restrict their freedom. They, however, remembered what certain MEPs have forgotten.

So the opt-out remains for the present, but so do the problems, and the issue now rolls forward to the next generation of MEPs in the next mandate. I just hope that our new colleagues, right across the House, will show more sense, will show that they are listening to the people and not dictating to them, will bin the directive rather than ban the opt-out, and will start afresh.

1-129

Jacek Protasiewicz (PPE-DE). – Pani Przewodnicząca! Szanowny Panie Komisarzu! Jest faktem, że po pięciu latach intensywnych wysiłków nad nowelizacją dyrektywy o czasie pracy konkludujemy dzisiaj fiasko tych naszych starań. Nie udało się Parlamentowi osiągnąć porozumienia z Radą i uchwalić nowych, lepszych przepisów, które poprawiłyby sytuację pracowników, między innymi poprzez ograniczenie maksymalnego, dopuszczalnego za zgodą pracownika, tygodniowego wymiaru czasu pracy z 78 do 65 godzin.

Ale z przykrością muszę stwierdzić, inaczej niż moi poprzednicy, zwłaszcza z lewej strony sali, że znacząca część odpowiedzialności za taki finał spada na naszą Izbę, która przyjęła nierealistyczną strategię negocjacji. W wielu krajach Europy znane jest powiedzenie, które mówi: „lepsze często jest wrogiem dobrego”. Ta ludowa mądrość, jak niestety stwierdziłem, przez okres negocjacji u większości koleżanek i kolegów negocjujących, zwłaszcza z lewej strony sali, była jakby zupełnie zapomniana.

Chcę powiedzieć jedną rzecz, ale bez satysfakcji. Przypominam, że podczas pierwszego spotkania pojednawczego wnioskowałem o bardziej kompromisowe podejście i uznanie, że skoro w większości krajów unijnych od lat stosuje się przecież za zgodą pracowników elastyczne zasady reguły czasu pracy, to oczekiwanie radykalnych zmian pozbawione jest uzasadnienia i może skutkować zablokowaniem negocjacji. Tak się niestety stało. Obawiam się, że w imię przedwyborczej kampanii, a nie w imię interesów pracowników europejskich.

1-130

Stephen Hughes (PSE). – Madam President, it is really bizarre that the Council should blame Parliament for the breakdown in these talks. Parliament made all the running; it made all the compromise proposals. Late in the day, the Commission came forward with a compromise proposal, but the Council did not budge one inch, so it should not blame Parliament for this breakdown.

Now we have Philip Bushill-Matthews talking tonight about freedom of choice for workers – the freedom to work the hours they want. Well, Philip, look at the situation in the United Kingdom, the very Member State that has used the general opt-out the longest. According to the European Labour Force Survey, there are 3.5 million workers there working more than 48 hours per week on a regular basis. According to that same survey, 58% of them – almost 60% – say they would like to work less than 48 hours per week. 2.2 million of those 3.5 million in the UK receive no payment for that

additional work they do each week. They are not crazy, but are of course being forced to work those hours, and have been put in a position where they have to work additional hours. That is the reality of the use of the opt-out.

1-131

Ewa Tomaszewska (UEN). – Radzie zależało na zachowaniu na trwałe procedury opt-outu i realnym wydłużeniu dopuszczalnego tygodniowego czasu pracy. Nie wykazała żadnej elastyczności.

Problem dyżurów to jest problem przede wszystkim pracujących w służbach publicznych, ale głównie w służbie zdrowia, gdzie wydłużanie czasu pracy to nie jest tylko pogorszenie warunków pracy lekarzy czy pielęgniarek, ale także zagrożenie bezpieczeństwa i zdrowia pacjentów i w dalszej kolejności odpowiedzialność cywilna lekarzy za błędy w sztuce. Dobrowolność w tej sprawie wyglądała tak, że w jednym z radomskich szpitali, w Polsce, nie przyjmowano do pracy nikogo, kto się nie zgodził na tę procedurę. To znaczy, że dobrowolność w praktyce nie istnieje.

Podział dyżuru na część aktywną i nieaktywną jest próbą uznania za czas wypoczynku czasu w rzeczywistości będącego w dyspozycji pracodawcy, spędzanego w miejscu pracy, czasu, którego nie można organizować samodzielnie. A więc jest to praktycznie okradanie pracownika z jego czasu. Nie ma żadnego powodu, byśmy przyjęły rozwiązanie, które uważamy za szkodliwe.

1-132

Jan Cremers (PSE). – Voorzitter, de sociaal bewogen Engelse ondernemer Robert Owen pleitte er in 1817 al voor de achturige werkdag in te voeren. In zijn ogen was het met acht uur werk en een goede organisatie van de arbeid mogelijk welvaart voor iedereen te scheppen. En precies 125 jaar geleden werd in de Verenigde Staten de aanzet gegeven tot de invoering van de achturige werkdag. Het is een deel van ons gezamenlijk Europees democratisch gedachtegoed dat de verkorting van de werkweek bijdraagt aan een menswaardig bestaan. Daar is in de laatste decennia gelukkig meer aandacht voor de verdeling van arbeid en zorg aan toegevoegd.

Voorzitter, tegen deze achtergrond is het een grote schande dat we in Europa nog steeds een strijd moeten voeren voor de beperking van de maximale werkweek. Van werknemers eisen dat ze structureel overwerken en lange werkweken maken, is het vernietigen van arbeidsplaatsen. Robert Owen had gelijk: langer werken dan acht uur is contraproductief; dat blijkt ook uit diverse onderzoeken. In deze tijd van groeiende werkloosheid zijn de meerderheid van de Ministerraad en de Commissie een volkomen misplaatste richting ingeslagen.

1-133

Michal SEDLÁČEK, úřadující předseda Rady. – Dámy a pánové, byla to pro mne velmi zajímavá diskuze a dovolte mi, abych krátce zareagoval na některé podněty. Za prvé bych chtěl říci něco, co tady nezaznělo, ale je třeba si to říci upřímně. Není náhodou v Evropě nejvyšší ochrana zaměstnanců na světě? Já se domnívám, že je, takže, když zde hovoříme o nějaké snaze tuto ochranu demontovat nebo o tom, že se vrátíme do 19. století, není to pravda. My se pouze snažíme ji přizpůsobit současné ekonomice a ekonomické situaci na světě. My nežijeme ve 20. století. My žijeme v 21. století, pracujeme, já nechci říci, jak dlouho, ale pracujeme nepřetržitě. Vidíte ten mobil, vidíte ty počítače. Každý dostáváme denně e-maily a běžně dostáváme e-maily 24 hodin denně a zároveň nikdo nespočítá, kolik hodin kdo pracuje. Takže ta snaha, která – hovoříme o nějaké flexibilitě – zde je, je pouze snaha o to, abychom se dokázali jako Evropa té globální konkurenci vůbec vyrovnat.

Máte pravdu, pane poslanče Nassauere, když jste říkal, abychom se domluvili na otázkách, např. na otázce on-call time. Já chci říci, že v tomto směru Rada zcela vyšla vstříc Parlamentu a souhlasila s tím, že on-call time by byl počítán jako pracovní doba na rozdíl od společné pozici, která říkala něco jiného. Dokonce jsme Parlamentu jako Rada navrhli, aby tato směrnice upravila pouze otázku on-call time a otázky opt-outu nechala někdy na příště, ale bez reakce ze strany Parlamentu. Paní poslankyně Figueredo říkala, že návrhy Rady zhoršují pozici pracujících, ale já bych chtěl znovu pouze připomenout to základní. Rada navrhla snížení počtu hodin při využívání opt-outu ze 78 na 60 či 65, ale naopak pan poslanec Cercas to odmítal. Rada navrhla omezení, omezení monitoringu a omezení při zavádění opt-outu. Rada to akceptovala a stejně to neprošlo. Pan poslanec Andersson se možná mylí v tom, když říká, že Rada nebyla ochotna přijmout kompromisní návrhy Komise. Naopak Rada je na svém zasedání COREPERu přijala, takže kompromis, který Komise navrhla, Rada akceptovala, neakceptoval to Parlament.

Já bych ještě chtěl říci, že nevím, kdo hovoří s kterými občany Evropské unie, ale my také hovoříme s občany Evropské unie, ale ti nám říkají, že chtějí více svobody, že nechtějí dále nové povinnosti, které na ně někdo má uvalovat, nechtějí, aby jim politici stále zasahovali do jejich osobního života. V současné době se blíží 20. výročí sametové revoluce, konce komunizmu v Evropě, a to právě lidé chtějí oslavit tím, že si svobodu skutečně uhájí. Nechtějí, aby na ně někdo uvaloval nové a nové regulace a povinnosti.

Pane Hughesi, já se domnívám, že jsem ve svém vystoupení jasně řekl, v čem Rada vyšla vstříc, takže je velmi nekorektní říkat, že se Rada nepohnula ani o kousek. A když zde hovořil pan zpravodaj o tom, že doufá, že bude změna v některých vládách v Evropě, tak já si dovedu těžko představit, že pokud ve Velké Británii dojde k této změně, že by konzervativní vláda měla jiné názory než vláda premiéra Browna.

Takže jenom abych to zakončil, je nám nesmírně líto, že jsme nedospěli k dohodě, ale pokud budete nadále odmítat vidět realitu všedního dne, tzn. že 15 z 27 členských zemí využívá opt-out, že v současné době v řadě profesí není jednoduše dost pracovníků na to, aby tyto záležitosti byly, zejména v nových členských státech, pokryty, tak prostě opt-out musí být dosud realitou dne. Vraťme se k této otázce za 10 let, kdy ta situace může být v členských státech jiná. Vytvořme podmínky, aby členské státy nemusely využívat opt-out, a pak se budeme možná divit, že třeba dojdeme brzo i ke kompromisu.

1-134

Vladimír Špidla, člen Komise. – Dámy a pánové, v debatě se objevily argumenty, které byly již mnohokrát z dobrých důvodů použity. Myslím si, že je to víc než přirozené, protože to byla debata, která trvala pět let, která nás ovlivnila, a já bych chtěl poděkovat všem, kteří se jí velmi vážně účastnili. Ale fakt je, že výsledek, který máme, není výsledek, který je dobrý, není to výsledek stabilní a budeme na něj pravděpodobně muset reagovat. Chtěl bych také konstatovat, že je pro tuto debatu příznačné, že se nezabývala prakticky vůbec ničím jiným než opting-outem a možná trochu málo dobou pracovní pohotovosti. Nebrala v úvahu například doplňkový odpočinek, nebrala v úvahu změny, které byly v rámci noční práce apod. Protože opravdu všechny změny, kterých bylo daleko víc než jenom otázka on-call time nebo opting-outu, všechny tyto změny se staly do jisté míry rukojmími dvou základních otázek. V roce 1993 byla schválena směrnice, která akceptovala výjimku. Tato směrnice předpokládala určité typy revize, ale nikoli jenom zaměřené na opting-out, nýbrž na směrnici jako takovou. V roce 2003 Evropský soud rozhodl o tom, že doba pracovní pohotovosti strávená na pracovišti je pracovní dobou. Je to rozhodnutí, které má svou logiku, a pro mě je zcela pochopitelné. Od tohoto okamžiku začal prudce narůstat počet států, které používají výjimku opting-out. Důvod je jednoduchý. Ve většině států pracovní doba strávená na pracovišti nebyla prakticky uplatňována jako skutečná pracovní doba a v okamžiku, kdy došlo k tomu, že se musela započítat jako pevná pracovní doba, státy pro to, aby zůstaly v rámci směrnice začaly zavádět opting-out.

Dámy a pánové, jak už jsem naznačil, situace je komplikovaná, má svou vnitřní dynamiku. V těch pětiletých debatách, které byly velmi hluboké, byly prozkoušeny prakticky všechny možné cesty směrem kupředu. Myslím si ovšem, že naše debata není uzavřená, že je třeba hledat další řešení, protože situace, která existuje teď, prostě není uspokojivá. A není uspokojivá z řady důvodů a nejenom z důvodů doby pracovní pohotovosti, což já osobně považuji za nejzávažnější, nejenom z důvodu opting-outu, což je nepochybně podstatná otázka, ale i z řady dalších důvodů, jako je třeba práce v noci, doplňkové volno a celá řada dalších věcí, které mohou – a po mém soudu postupně musí – zlepšovat bezpečnost a ochranu zdraví při práci, protože tato směrnice je směrnice, která se týká bezpečnosti a ochrany zdraví při práci. A organizace pracovního času, která je vyjádřena touto směrnicí, má toto hledisko, nikoli jenom hledisko univerzální.

Dámy a pánové, prostě dva spoluzákonodárci nedospěli k dohodě po vážné a dlouhé debatě pěti let, jsme tedy v určitém bodu a je třeba hledat další východisko. Komise je jistě připravena.

1-135

Mechtild Rothe, Vorsitzende der Delegation des EP im Vermittlungsausschuss. – Herr Präsident! Ich habe darum gebeten, noch kurz einige Bemerkungen machen zu können, weil ich glaube, dass das notwendig ist.

Wenn uns vom Ratspräsidenten, Herrn Sedláček, gesagt wird, dass der Rat Anfang der letzten Woche den Vorschlag angenommen hat, dann muss ich hier ganz klar sagen: Wir haben im Trilog eine andere Information bekommen. Wir haben die Information bekommen, dass der Kommissionsvorschlag nicht akzeptiert wird, dass während der Probezeit keine Möglichkeit zu einem *Opt-out* gegeben wird, dass die Dauer von sechs Monaten nicht akzeptiert wird. Es ist ebenfalls klar gemacht worden, dass der Bereitschaftsdienst nicht als notwendige Fortsetzung der Arbeitszeit angesehen wird. Hier ist uns also genau das deutlich gemacht worden, was sie hier gesagt haben, nämlich dass man sich anpassen will. Das war nicht die Position des Parlaments. Das möchte ich klar machen: Diese Information haben wir bekommen. Das Problem ist vielleicht, dass Sie später gekommen sind, nämlich erst nach Mitternacht, aber wir haben diese Information ganz klar so bekommen.

Zum zweiten: Kollege Bushill-Matthews hat den Eindruck erweckt, als wären die Verhandlungen parteiisch und einseitig geführt worden. Ich möchte eines klar stellen: Die Verhandlungsdelegation hat aus dem Berichterstatter, Herrn Cercas, dem Ausschussvorsitzenden, dem Schattenberichterstatter Silva Peneda von der PPE-ED-Fraktion und mir bestanden. Es hat keinen Fall gegeben, in dem wir uns nicht einig waren. Die Richtlinien in diesem Haus sind nun einmal so, dass meine Fraktion in der Delegation des Vermittlungsausschusses nicht die Mehrheit hatte! Das Ergebnis war ganz klar: 15:0 und fünf Enthaltungen. Die Debatte heute hat auch ganz deutlich gezeigt, dass eine breite Mehrheit des Parlaments diese Position stützt. Ich möchte wirklich nicht, dass dieser Eindruck bestehen bleibt.

1-136

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 142)

1-137

Csaba Öry (PPE-DE), *írásban.* – Tisztelt Elnök Úr, tisztelt képviselőtársaim!

A munkaidő-irányelv módosítását célzó jogalkotási eljárás kudarca sajnálatos, és azt mutatja, hogy a munka világát érintő egyik legfontosabb kérdésben hiányzik az egyetértés a Tanács és az Európai Parlament között. Az EP két olvasata által megerősített, a politikai paletta egészén átívelő, bal- és jobboldalról egyaránt támogatott kompromisszumos megoldás elutasítására a Tanács részéről éppen akkor került sor, amikor Európa-szerte egyre több munkahely szűnik meg, a nagyvállalatok sorra jelentik be leépítési terveiket, és az adófizetők pénzéből egyre jelentősebb összegeket kell fordítani a bajba jutott bankok megsegítésére és a gazdasági válság káros hatásainak enyhítésére.

A Tanács makacs ragaszkodása az opt-out intézményéhez ráadásul azzal a káros következménnyel járt, hogy az Európai Parlamenttel lefolytatott egyeztetési eljárás eredménytelensége következtében meghíusult az orvosok ügyeleti idejének megnyugtató rendezése is, holott e kérdésben az uniós jogalkotók már igen közel jártak a megegyezéshez, és egy kompromisszumos megoldás elfogadásához. A megegyezés ebben sokkal előnyösebb lett volna minden érintett fél számára, mint a jogviták folytatása. Jóllehet az Európai Bíróság ítéleteinek megalapozottságát senki nem vitatja, mégis furcsa helyzet az, amikor az orvosoknak folyamatosan perelniük kell az intézmények fenntartóit ahhoz, hogy jogaikat érvényesíteni tudják.

Elszomorító az, hogy a Tanács egy ilyen gazdasági és társadalmi feszültségekkel terhes évben, mint amilyen 2009, nem mutatott hajlandóságot az egyik legfontosabb kérdés, a munkaidő-szabályozás uniós szintű rendezésére.

1-138

18 - Ημερήσια διάταξη : βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

1-139

19 - Οργάνωση του χρόνου εργασίας των εκτελούντων κινητές δραστηριότητες οδικών μεταφορών (συζήτηση)

1-140

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο είναι η έκθεση της Μαρίας Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου εξ ονόματος της Επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων σχετικά με την οργάνωση του χρόνου εργασίας των εκτελούντων κινητές δραστηριότητες οδικών μεταφορών [COM(2008)0650 - C6-0354/2008 - 2008/0195(COD)] (A6-0120/2009)

1-141

Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασσιώτου, *Εισηγήτρια.* – Κυρία Πρόεδρε, πράγματι ήταν αναγκαία η τροποποίηση της οδηγίας 2002/15/EK και η Ευρωπαϊκή Επιτροπή μετά από μια έκθεση την οποία είχε υποχρέωση να παρουσιάσει, πρότεινε τις κατάλληλες τροποποιήσεις ώστε να βοηθηθεί ο κλάδος αυτός, με σκοπό να υπάρξει εξασφάλιση της υγείας και της ασφάλειας των εργαζομένων του, παράλληλα όμως να διευκολυνθεί και ο υγιής ανταγωνισμός. Η Επιτροπή Απασχόλησης δέχθηκε την γνωμοδότηση της Επιτροπής Μεταφορών και, παρά την εισήγησή μου, απέρριψε την πρόταση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, δεν δέχθηκε δηλαδή την εξαίρεση των αυτοαπασχολούμενων οδηγών από το πεδίο εφαρμογής της οδηγίας. Πρέπει να σημειώσω ότι η οδηγία 2002 προέβλεπε τη συμπερίληψη των αυτοαπασχολούμενων οδηγών στις 23 Μαρτίου 2009. Οι εξελίξεις δεν είναι εκείνες οι οποίες φαίνονται μετά τις εντυπώσεις και τον συναισθηματισμό που προκαλεί η συζήτηση για μια οδηγία για τις οδικές μεταφορές.

Όσον αφορά την οδήγηση και τις περιόδους ανάπαυσης, έχουμε από το 2002 σημαντικές εξελίξεις, γιατί ο κανονισμός 561/2006, ο οποίος άρχισε να ισχύει από το 2007, ισχύει για όλους τους οδηγούς των φορτηγών και εξασφαλίζει για αυτούς τον κατάλληλο χρόνο οδήγησης και ανάπαυσης.

Η ένταξη των αυτοαπασχολούμενων λοιπόν σε μια οδηγία για το χρόνο εργασίας θα ήταν μια παρανόηση της έννοιας των αυτοαπασχολούμενων, γιατί όταν κάποιος είναι αυτοαπασχολούμενος, τον χρόνο εργασίας του τον καθορίζει ο ίδιος. Θα είχαμε λοιπόν μια σοβαρή, βλαβερή ενέργεια εναντίον των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, θα περιοριζόταν η επιχειρηματική ελευθερία και θα συμβάλαμε στη δημιουργία πρόσθετων διοικητικών επιβαρύνσεων. Θα αποτελούσε δε αυτό ένα προηγούμενο για τη δυνατότητα έναρξης συζητήσεων για την ένταξη αυτοαπασχολούμενων και σε άλλους κλάδους περιορίζοντας τη δυνατότητα τους να εργαστούν όσο θέλουν Παραμένει ένα σημαντικό πρόβλημα: το ποιος είναι αυτοαπασχολούμενος και ποιος είναι ψευδοαπασχολούμενος. Είναι φανερό ότι ορισμένοι εργαζόμενοι εμφανίζονται ως αυτοαπασχολούμενοι χωρίς να είναι. Η Ευρωπαϊκή Επιτροπή μας είχε προτείνει τον προσδιορισμό κριτηρίων έτσι ώστε να μπορέσουμε να διακρίνουμε τους ψευδοαπασχολούμενους. Κάτι τέτοιο όμως δεν θα ήταν δυνατόν, διότι οι έλεγχοι παραμένουν εθνικοί. Εάν λοιπόν η ευρωπαϊκή νομοθεσία προέβλεπε ποιος είναι ψευδοαπασχολούμενος και ποιος όχι, δεν θα μπορούσε αυτό να γίνει ορατό από τους εθνικούς ελέγχους. Έτσι, έχουμε τη δυνατότητα τώρα -με τις νέες προτάσεις μας- να προσδιορίσουμε σε επίπεδο κρατών μελών το ποιος θα ενταχθεί ή όχι στην οδηγία για τους εκτελούντες κινητές δραστηριότητες οδικών μεταφορών. Επίσης η Ευρωπαϊκή Επιτροπή καλείται στις προτάσεις μας να επαναπροσδιορίσει τα αποτελέσματα της εφαρμογής της οδηγίας. Καλώ τους συναδέλφους να απορρίψουν την τροπολογία που αποσκοπεί να

επαναφέρει την πρόταση στην επιτροπή και να υποστηρίξουν τις προτάσεις του Ομάδας μου, τις οποίες υποστηρίζουν επίσης η Ομάδα των Φιλελευθέρων και η Ομάδα των Ανεξαρτήτων.

1-142

Antonio Tajani, *Vicepresidente della Commissione*. – Signora Presidente, onorevoli deputati, voi sapete che la sicurezza stradale è una delle priorità del mio impegno come Commissario ai Trasporti.

È peraltro importante sottolineare fin dall'inizio che, se la sicurezza stradale costituisce naturalmente un aspetto importante quando si discute di una questione come quella che riguarda l'orario di lavoro degli autotrasportatori, oggi il vostro dibattito, il nostro dibattito, non riguarda la sicurezza stradale, ma la legislazione sociale, non il tempo di guida, ma l'orario di lavoro.

Oggi la domanda a cui bisogna fornire una risposta è questa: un imprenditore indipendente deve essere soggetto a restrizioni relative all'orario di lavoro alle stesse condizioni di un lavoratore dipendente? Si tratta di un aspetto da valutare con grande attenzione perché nella legislazione europea non esistono precedenti che stabiliscano quanto a lungo può lavorare un lavoratore autonomo nel suo ufficio o nel suo laboratorio.

Nel '98, quando il Consiglio e il Parlamento hanno discusso per la prima volta la direttiva sull'orario di lavoro per i lavoratori mobili, la situazione nel settore del trasporto stradale era completamente diversa rispetto ad oggi, come ha ricordato la relatrice Panayotopoulos: all'epoca era pratica diffusa aggirare le norme vigenti in materia di orario di guida, con la conseguenza che i conducenti professionisti trascorrevano al volante un numero di ore eccessivo. In base al vecchio regolamento sull'orario di guida dell'85, infatti, un controllo efficiente del tempo di guida era praticamente impossibile.

In tale situazione, tra l'88 e il 2002, i legislatori hanno discusso una proposta della Commissione volta a regolamentare l'orario di lavoro non solo per gli autotrasportatori dipendenti, ma anche per quelli autonomi e da tale discussione è scaturita l'adozione della direttiva settoriale sull'orario di lavoro per i lavoratori mobili. Si sperava di ridurre le conseguenze negative per la sicurezza stradale derivanti da una normativa inadeguata sul tempo di guida, estendendo ai conducenti autonomi il campo di applicazione delle norme sull'orario di lavoro.

Il problema però non è stato risolto e a seguito di una procedura di conciliazione tra Parlamento e Consiglio, la Commissione è stata invitata ad esaminare i vantaggi e gli svantaggi derivanti dall'estensione delle norme sull'orario di lavoro ai lavoratori autonomi e a presentare quindi una proposta nel 2008. La Commissione ha ottemperato a questa richiesta, nel 2007 è stato pubblicato uno studio dettagliato che giungeva alle seguenti conclusioni.

Primo: non deve essere confuso l'orario di lavoro con il tempo di guida. Per quanto riguarda il secondo, la situazione è cambiata radicalmente. Come sapete questa assemblea ha adottato, insieme al Consiglio, nuove norme in fatto di tempo di guida. Si tratta di norme che prevedono tra l'altro il ricorso al tachigrafo digitale, uno strumento di controllo estremamente affidabile e una direttiva specifica sull'attuazione.

Le nuove norme, che sono in vigore dal 2007, si applicano a tutti coloro che guidano un camion, quindi anche agli autotrasportatori autonomi. Con il nuovo tachigrafo digitale, che registra tutti i movimenti del camion minuto per minuto, un autotrasportatore non può guidare più di 9 ore al giorno e 45 ore in media per ogni settimana. In sostanza oggi è possibile controllare in modo molto più rigoroso l'applicazione di queste norme, rispetto a quanto si poteva fare nel 1985.

Secondo elemento: nella legislazione sociale comunitaria non esistono precedenti di regolamentazione dell'uso di lavoro dei lavoratori autonomi. Un lavoratore autonomo infatti non può essere costretto a fare straordinari in quanto è, per definizione, libero di organizzare il proprio lavoro come preferisce. Inoltre, è quasi impossibile nella pratica controllare l'orario di lavoro di tale categoria.

Terzo elemento scaturito: l'equilibrio globale fra vantaggi e svantaggi derivanti dall'estensione delle norme sull'orario di lavoro ai lavoratori autonomi è molto incerto e non è possibile dimostrare che l'applicazione agli autotrasportatori autonomi della direttiva in materia porti vantaggi chiari. Infine, è molto importante sottolineare che l'applicazione di norme sull'orario di lavoro agli autotrasportatori autonomi è inefficace e molto difficile da realizzare, in quanto tali lavoratori non devono indicare le ore di lavoro a fini salariali, oltre al fatto che i costi amministrativi derivanti dall'applicazione di tali norme sarebbero molto elevati.

Quarto elemento: un aspetto su cui invece sono necessari interventi è quello dei cosiddetti "falsi autotrasportatori autonomi", vale a dire gli autotrasportatori che formalmente sono autonomi, ma in realtà non sono liberi di organizzare le proprie attività lavorative, perché dipendono interamente da una sola società da cui provengono il loro reddito e i loro ordini. Socialmente essi sono vulnerabili. Ora, in teoria, sono coperti dalla direttiva, ma la sua mancata applicazione fa sì che nella pratica questo non avvenga. Per questo la Commissione ha proposto di rafforzare l'attuazione della direttiva e fornire ai "falsi" autotrasportatori autonomi la protezione sociale di cui hanno bisogno.

In una fase di crisi economica, imporre un onere amministrativo e finanziario aggiuntivo a imprese piccole e fragili, che devono far fronte alle conseguenze della recessione non sarebbe un segnale positivo. Per questo motivo, in conclusione, la Commissione accoglie favorevolmente gli emendamenti del PPE, dell'ALDE e di IND, che sono in linea con la posizione comune del Consiglio adottata durante lo scorso Consiglio Trasporti ed inviano, questi emendamenti, un messaggio chiaro al settore: non si tollererà il fenomeno dei "falsi" autotrasportatori autonomi e il legislatore vigila affinché la normativa venga applicata in tutta Europa.

1-143

PRESIDENZA DELL'ON. LUISA MORGANTINI

Vicepresidente

1-144

Johannes Blokland, *Rapporteur voor advies van de Commissie vervoer en toerisme*. – Voorzitter, het moment van de waarheid komt snel naderbij. Morgenmiddag zullen we stemmen over het verslag van collega Panayotopoulos-Cassiotou. De rapporteur en ik, als rapporteur van de Commissie vervoer, hebben eenzelfde visie op vrij ondernemerschap en daarom hebben we een tiental amendementen, die ook voor de Raad acceptabel zijn, samen ondertekend. Ik ben dankbaar dat commissaris Tajani die kan onderschrijven.

We zullen morgen wel eerst moeten afrekenen met het amendement tot verwerping van de Commissie werkgelegenheid. Ik ben nog steeds hoogst verontwaardigd over dit amendement. Deze verontwaardiging ging afgelopen week echter over in afgrijzen, toen mij het *position paper* van de Europese vakbonden onder ogen kwam. Uit angst voor een verdwaalde Roemeense of Bulgaarse zelfstandige chauffeur wordt de ene onjuistheid na de andere uit de kast getrokken om parlementariërs te overtuigen tegen het Commissievoorstel te stemmen.

In het stuk wordt gesuggereerd dat zelfstandige chauffeurs 86 uur zouden werken. Een chauffeur in loondienst of zelfstandig mag over twee weken genomen 45 uur per week rijden, zoals commissaris Tajani ook al zei. Zou hij dan 41 uur per week bezig zijn met zijn ondernemerschap? Ook het argument van verkeersveiligheid deugt niet. Het verband tussen de vrijstelling van zelfstandige chauffeurs van de arbeidstijdenregeling en de verkeersveiligheid is nooit aangetoond, integendeel.

Overigens blijkt uit het *position paper* dat de vakbonden best weten dat ze enorm zwak staan in hun positie. Het milieu en de interne markt worden er met de haren bijgesleept om zogenaamd aan te tonen dat we vóór het voorstel tot verwerping moeten stemmen, terwijl de zeer uitgebreide *impact assessment* van de Commissie laat zien dat het voorstel juist goed is voor de werking van de interne markt, de transportsector en het milieu. Daarom moeten we morgen tegen het amendement tot verwerping van de Commissie werkgelegenheid stemmen en vóór de amendementen van de rapporteur. Ik vertrouw erop dat het gezond verstand de stemming zal beheersen.

Tenslotte wil ik nog opmerken dat ik de mail van collega Hughes van afgelopen zaterdag volstrekt ongepast vind. Politiek bedrijven met behulp van sterfgevallen van de ... (*de Voorzitter ontleemt hem het woord*).

1-145

Eva-Riitta Siitonen, *PPE-DE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, työaikaarajoitteita ei saa ulottaa koskemaan itsenäisiä yrittäjiä ja kuljettajia, ja onneksi sekä komissio että neuvosto ovatkin tulleet tähän loppupäätelmään.

Kotimaassani Suomessa työajan rajoittamisella olisi hyvin kielteisiä vaikutuksia suomalaisille yrittäjäkuljettajille. Kuljetusala on Suomessa hyvin pienyrittäjävaltaista, yli puolet kuljettajista omistaa vain sen auton, jota he itse ajavat. He tekevät siis kaiken itse, huoltavat kalustonsa ja hoitavat kirjanpitonsa. Jo nyt yrittäjäkuljettajia sitovat samat ajoaikaarajoitteet ja pakolliset lepoajat kuin toisen palveluksessa olevia kuljettajia. Tämä on tärkeää turvallisuuden kannalta. Varsinainen ajoaika siis ei pitenisi, mutta jos tämä vihreiden ja sosialistien tarkistus tulisi voimaan, kuljettajat eivät voisi esimerkiksi vapaa-ajallaan hoitaa kalustoaan tai kirjanpitoaan. Entä miten tällaista säännöstä valvottaisiin?

Työllisyyden ja yrittäjyyden tukeminen on ensisijaisen tärkeää talouskriisin aikana. Toivon, että kollegani yhtyvät komission ja liikenneministerineuvoston kantaan pitää itsenäiset kuljettajat direktiivin työaikasäätelyn ulkopuolella.

1-146

Jan Cremers, *namens de PSE-Fractie*. – Voorzitter, collega's, de PSE-Fractie vindt het voorstel voor de herziening van de werktijdenregeling in het wegtransport onvoldoende doordacht en tegenstrijdig. Een gebrekkige omzetting en een slechte naleving van de wetgeving mogen geen reden zijn om de regels te versoepelen. De Commissie spreekt erover dat wetgeving alleen efficiënt en effectief is, als alle betrokkenen eronder vallen.

In vragen aan de Commissie heb ik getracht duidelijkheid te krijgen over wat de Commissie denkt te doen tegen de inschakeling van schijnzelfstandigen. Tegen die achtergrond vindt het voornemen dat nu in de Ministerraad is geuit, om niet alleen de zelfstandige bestuurder uit te sluiten van de werkings sfeer, maar ook om niets afdoende te doen tegen de schijnzelfstandigen, in de ogen van de PSE-Fractie geen genade.

Voor bestuurders, zowel in loondienst als voor zelfstandige bestuurders, geldt dat hun werkzaamheden in dezelfde mate doorwegen voor de eigen en voor andermans veiligheid. Hierin differentiëren is, wat onze fractie betreft, niet aan de orde. Ik moet de commissaris even bijstaan: het is niet de eerste keer dat in de coördinatie van de veiligheid op de bouwplaats ook die zelfstandige werknemers zijn opgenomen om hun eigen veiligheid en de veiligheid van anderen te garanderen.

1-147

Биляна Илиева Раева, *от името на групата ALDE*. – На последната си за този мандат сесия, Парламентът трябва да приеме директивата за работното време на транспортните работници. Като докладчик на либералите, мисля, че е безотговорно поведението да подкрепим отхвърлянето на текста на Комисията в неговата цялост, както беше предложено. Либералите подкрепяме и заставаме твърдо зад необходимостта десетките хиляди самонаети транспортни работници да запазят своята конкурентно предимство и смисъла да са самонаети.

Ситуацията в момента е алармираща. Действащата в момента директива отнема основен принцип на свободния пазар, а именно предприемчивостта, както и нейната подкрепа. Недопустимо е да приравняваме работещите на трудов договор с тези, които са самонаети. Самонаетите за разлика от служителите работят на базата не на определени брой часове, а на товарите, които обслужват, както и на броя и типа на превоза. Включването им в новата директива действително ще убие тяхната предприемаческа сила.

Законодателство, определящо работното време на самонаети би бил опасен и необоснован прецедент. Подобно регулиране не съществува в никой друг сектор. Едно подобно наше решение би оказало негативно отражение върху европейската икономика.

От голямо практическо значение също така е и дефиницията на нощната работа. Днес страните-членки могат сами да определят нощното време и по този начин да оптимизират работните часове за транспорт на пътници и товари според вариращата дневна светлина. Както вие знаете нощното време във Финландия е различно от това в Италия и гъвкавостта помага да се намалят задръстванията в пиковите часове, както и да се облекчи повечето вредни емисии от трафика.

Накрая бих искала да добавя, че либералите, подкрепени от Европейската народна партия и много други колеги желаят да продължат дебата върху основните елементи на директивата. Именно, ние подкрепяме гъвкавата и прагматична позиция, която беше одобрена в Съвета и предложена от Европейската комисия за изключване на самонаетите от директивата. Отправям апел за вашето положително гласуване.

1-148

Sepp Kusstatscher, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die weltweite Aufregung und all die Maßnahmen gegen die derzeitige Schweinegrippe und vor wenigen Jahren gegen die Vogelgrippe und BSE – das alles steht in keinem Verhältnis zur Leichtfertigkeit beim Umgang mit der viel höheren Zahl an Toten auf der Straße. Die vierzigtausend Toten jährlich allein auf den Straßen der EU sowie die unzähligen Verletzten und Dauerinvaliden werden wie eine höhere Gewalt vielfach einfach hingenommen.

Alle wissen, dass bei schwereren Straßenunfällen überproportional viele Lkw beteiligt sind. Hauptursachen sind Geschwindigkeit, Übermüdung und Alkohol. Mit dieser Richtlinie soll etwas gegen die Übermüdung der Fahrer unternommen werden. Nicht nur die Fahrzeiten selbst, die ja mit dem Fahrtenschreiber kontrolliert werden, sondern auch die Be- und Entladezeiten sollen nun für alle als Arbeitszeit gelten. Das ist gut und richtig. Denn wenn jemand bereits Stunden gearbeitet hat, bevor er sich als Lenker eines Vierzig-Tonnen-Brummers an das Steuer setzt, dann ist er bereits müde und unkonzentriert. Ganz unverständlich ist, dass diese Regelung nur die Lohnabhängigen betreffen soll, die nichtselbständigen Fahrer. Die einzige Ausrede ist, die Arbeitszeiten eines Unternehmers seien schwerer kontrollierbar. Stimmt. Aber ist ein Unternehmer weniger riskant unterwegs, wenn er übermüdet am Steuer sitzt?

1-149

Stephen Hughes (PSE). – Madam President, we need to reject this proposal from the Commission for three clear reasons. Firstly, they argue that Regulation (EC) No 561/2006, on driving and rest time, covers everyone and therefore there is no problem excluding the self-employed. This is wrong. Driving time represents only half – on average – of the working time of a driver. Those not covered could indeed end up working 86 hours per week, every week of the year.

Secondly, the hundreds of thousands of drivers driving vehicles of less than 3.5 tonnes are not covered by the Regulation. Worse still, if they are excluded from this directive there will be no limits at all on their working time.

Thirdly, the Commission makes a distinction between self-employed and ‘false’ self-employed, and says it does this because you cannot inspect or control the working time of the self-employed. If that is so, how will they control the working time of the ‘false’ self-employed? This is an abdication of responsibility and an open invitation to unscrupulous employers to constantly search for new forms of ‘false’ self-employment to avoid the law. We need to reject this proposal from the Commission.

I-150

Ville Itälä (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, ensinnä haluan kiittää komissaari Tajania, joka on tehnyt aivan erinomaista työtä ja joka erinomaisella tavalla äsken puheessaan toi esille, että tässä on kysymys eri asiasta kuin turvallisuudesta ja ajotunneista, on kyse työtunneista.

Meidän pitää kunnioittaa sitä, että Euroopassa on pieniä ja keskisuuria yrityksiä, jotka tekevät työtään ja luovat työpaikkoja, ja erityisesti tässä taloudellisessa tilanteessa meidän ei pidä lyödä näitä pienyrittäjiä kasvoille. Pari viikkoa sitten täällä käytiin kovaa keskustelua siitä, kuinka pienet ja keskisuuret yritykset pitävät koko Euroopan talouden pystyssä. Nyt on kysymys käytännössä siitä, tuetaanko heitä vai eikö heitä tueta. Se, mitä komissaari Tajani täällä esitti, on se mitä meidän pitää tässä seurata ja miten toimia, jotta nämä kuljetusyrittäjät voivat jatkaa työtänsä myös ajotuntien jälkeen.

I-151

Antonio Tajani, Vicepresidente della Commissione. – Signora Presidente, onorevoli deputati, io vorrei tranquillizzare i parlamentari che hanno manifestato perplessità in merito al testo che stiamo discutendo. Non è assolutamente in gioco la sicurezza stradale, ripeto, è una mia priorità battermi per cercare di ridurre il numero degli incidenti sulle strade.

Credo che non dobbiamo confondere l'orario di lavoro con il tempo di guida. Capisco benissimo le osservazioni fatte: il lavoratore autonomo può lavorare prima, dopo, essere stanco quando si mette alla guida, ma io credo che in nessun lavoro si possa controllare un lavoratore autonomo. Ovviamente il lavoratore autonomo è anche conscio di quello che fa, può anche caricare un camion e aspettare e riposarsi due ore, tre ore, quattro ore, quindi poi rimettersi anche alla guida in condizioni ottimali per quanto riguarda la sicurezza.

È molto difficile, infatti, poter controllare qualsiasi tipo di lavoratore autonomo, qualsiasi artigiano, qualsiasi piccolo imprenditore, che poi sono le donne e gli uomini che rappresentano l'ossatura dell'economia della nostra Unione europea.

Detto questo, noi ci preoccupiamo di garantire il lavoro e la sicurezza dei lavoratori dipendenti e di quei lavoratori che sono apparentemente indipendenti, ma in realtà sono lavoratori dipendenti. Ecco perché la Commissione – e credo la relatrice sia in sintonia con la posizione della Commissione – vuole che si inserisca sotto il tetto del controllo legislativo anche il lavoro dei "finti autonomi" o "finti indipendenti".

Ecco, questo credo che sia un segnale importante, questa normativa è una normativa che risponde alle esigenze reali, mi pare che sia giusto sottolineare ancora una volta quanto sia importante fare un ulteriore passo in avanti. Ecco perché chiedo al gruppo socialista e al gruppo dei verdi di riflettere sulle osservazioni che sono state fatte e comprendere che, da parte della Commissione, la sicurezza stradale è e rimane una priorità, ma questa normativa non incide in quel settore, ma punta soltanto a regolamentare meglio il tempo di lavoro soprattutto dei lavoratori che dipendono dai settori dell'autotrasporto e di regolare il tempo, di assimilare i "finti indipendenti" ai "veri dipendenti" perché in realtà non si tratta di lavoratori autonomi, ma di lavoratori che comunque sono di fatto dipendenti.

Ecco, per questo volevo tranquillizzare ancora una volta tutti coloro che avevano espresso delle perplessità, perché ritengo che il testo che si può approvare sia un buon testo che va nella direzione generale degli interessi dei cittadini europei.

I-152

Μαρία Παναγιωτοπούλου-Κασιώτου, Εισηγήτρια. – Κυρία Πρόεδρε, ευχαριστώ τον Επίτροπο για τον σαφή λόγο του και τις διευκρινίσεις που έδωσε εκ των υστέρων, δηλαδή τη διαβεβαίωση στους συναδέλφους ότι κύριος στόχος του είναι η οδική ασφάλεια και παράλληλα η εξασφάλιση της ανταγωνιστικότητας της ευρωπαϊκής οικονομίας καθώς και η στήριξη στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Ευχαριστώ όλους τους συναδέλφους για τις απόψεις τους και επισημαίνω ότι ακριβώς αυτόν τον διάλογο θέλουμε να αφήσουμε ανοικτό με την καταψήφιση της τροπολογίας 54 που απορρίπτει την πρόταση της Επιτροπής. Καλώ όλους τους συναδέλφους να απορρίψουν την τροπολογία 54 για να μείνει ανοικτός ο διάλογος και να μπορέσουμε να βοηθήσουμε τους εργαζόμενους που τυγχάνουν εκμετάλλευσης και παρουσιάζονται ως ψευδοαπασχολούμενοι. Θέλουμε να βοηθήσουμε την καλύτερη απασχόληση στις οδικές μεταφορές με πλήρη εξασφάλιση και της οδικής ασφάλειας από τον κανονισμό που καλύπτει τους πάντες, αλλά και του χρόνου εργασίας με την υπόψηφση οδηγία.

Θα ήθελα να θυμίσω στους συναδέλφους ότι τους έχω αποστείλει έναν άρθρο γερμανικής εφημερίδας όπου είναι φανερό από τα παραδείγματα ότι ο κίνδυνος κατά την οδήγηση δεν προέρχεται από την υπερβολική εργασία, αλλά από την κακή χρήση του χρόνου που ο καθένας έχει στη διάθεσή του, είτε είναι εργαζόμενος είτε αυτοαπασχολούμενος, πράγμα το οποίο δεν έχει άλλωστε σημασία. Σημασία έχει πως ο καθένας αναλαμβάνει την ευθύνη των πράξεών του και οδηγεί κατά τρόπο ώστε να συμπεριφερθεί ως ώριμο άτομο που έχει συνείδηση των υποχρεώσεών του στο πλαίσιο του κοινωνικού συνόλου. Αυτό δεν θα το πετύχουμε με το να βάλουμε εμπόδια στην εργασία. Ο κ. Cremers, άλλωστε, αναφερόμενος στον οικοδομικό τομέα αποκάλυψε ποια είναι η πρόθεση όσων προεκλογικά στηρίζουν τις απόψεις αυτές.

I-153

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 5 maggio 2009.

1-154

20 - Stato di previsione delle entrate e delle spese del Parlamento europeo per l'esercizio 2010 (discussione)

1-155

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Vladimír Maňka, a nome della commissione per i bilanci, sullo stato di previsione delle entrate e delle spese del Parlamento europeo per l'esercizio 2010 (2009/2006(BUD)) (A6-0275/2009).

1-156

Vladimír Maňka, spravodajca. – Pri mojich stretnutiach s generálnym tajomníkom Európskeho parlamentu Klausom Welle som od začiatku pozorne vnímal úsilie, s ktorým pristupoval k riešeniu problémov. Oceňujem jeho snahu optimalizovať prácu administratívy Európskeho parlamentu, inštitúcie, ktorá zamestnáva 6 000 zamestnancov. Rovnako záujem a pozitívny prístup som vnímal pri rokovaní s predstaviteľmi jednotlivých generálnych riaditeľstiev Európskeho parlamentu.

V niektorých oblastiach sa už dnes podarilo odhaliť rezervy a navrhnúť zlepšenia. Ako príklad pozitívneho riešenia spomeniem akčný plán Generálneho riaditeľstva pre predsedníctvo ohľadom bezpečnej služby, ktorý môže priniesť finančné úspory v Bruseli, Štrasburgu i Luxemburgu vo výške 2,6 milióna EUR ročne bez negatívnych dopadov na bezpečnosť a ochranu.

Väčšina rozpočtových položiek a hlavných projektov v rozpočte Európskeho parlamentu má viacročný charakter. Som presvedčený, že ak zlepšíme strednodobé plánovanie rozpočtu a zvýšime jeho transparentnosť, dokážeme byť efektívni. Zo správy, ktorú schválil Výbor pre rozpočet a ktorú dnes predkladám, vyplýva vážené kolegyne a kolegovia, že máme vôľu ponechať väčší manévrovací priestor pre novozvolený Parlament. Ak sme v rozpočtovom výbore našli rezervy alebo sme znížili určité položky, neurobili sme to v tejto fáze prípravy preto, aby sme ukázali tvrdú ruku alebo bojovali proti sebe: administratíva a predsedníctvo na jednej strane, Výbor pre rozpočet na strane druhej. Naším spoločným cieľom je získať kvalifikovaný a komplexný pohľad na veci a až na základe neho správne rozhodnúť. V oblasti plánovania stavu zamestnancov Výbor pre rozpočet berie na vedomie návrhy a zmenu štruktúr služieb a plánu stavov zamestnancov, ktorý preložilo predsedníctvo. Keď budeme mať prehľad o všetkých požiadavkách, ktoré vyplývajú z analýz, výbor bude ochotný dôkladne zvážiť celý balík požiadaviek.

Minulý týždeň som sa stretol so štátnym tajomníkom Ministerstva financií švédskeho kráľovstva Hansom Lindblodom, ktorý bude vo finančnej oblasti zastupovať švédske predsedníctvo Európskej únie, a s ďalšími predstaviteľmi stáleho zastúpenia v Bruseli a ministerstva financií Švédska. Dostal som prísľub na úzku spoluprácu, ktorej cieľom je zracionalizovať rozpočet európskych inštitúcií. Zástupcovia švédskeho predsedníctva kladú osobitý dôraz na politiku budov, ktorá patrí aj medzi naše priority. Výdavky na kúpu a prenájom budov sú jednou z hlavných zložiek správnych výdavkov inštitúcií Európskej únie. Už pred viac ako tromi rokmi celková plocha, ktorú užívajú inštitúcie, prekročila 2 milióny m². Zhodli sme sa preto, že potrebujeme spoločnú politiku v oblasti budov, lepšiu medziinštitucionálnu spoluprácu, lepšiu koordináciu plánovania, prehodnotenie sústreďovania kancelárskych priestorov v určitých oblastiach, lepšie využívanie verejných súťaží. Chcel by som preto oceniť záväzok generálneho tajomníka, že v novom volebnom období veľmi rýchlo predloží návrh strednodobého strategického plánu budov, aby ho poslanci mali k dispozícii pred prvým čítaním na jeseň a aby mohli prijať rozpočtové rozhodnutia.

V oblasti zlepšenia spolupráce medzi európskymi inštitúciami môžeme dosiahnuť ročné úspory milióny eur. Verím, že v spolupráci s medziinštitucionálnou pracovnou skupinou pre mnohojazyčnosť sa nám podarí lepšie využiť voľné kapacity v tejto oblasti. V budúcom roku by sme mali mať k dispozícii štúdiu o prekladacom nástroji Euramis, ktorého plné a automatické využitie pravdepodobne prinesie revolúciu vo sfére prekladov i v spolupráci v oblasti prekladov. Som presvedčený, že tento nástroj v priebehu dvoch rokov prinesie vyššiu efektívnosť a úsporu finančných zdrojov a zredukuje závislosť na externých službách.

1-157

Μαργαρίτης Σχοινιάς, εξ ονόματος της ομάδας PPE-DE. – Κυρία Πρόεδρε, αποφασίζουμε σήμερα για τον προϋπολογισμό του Κοινοβουλίου για το 2010 μέσα σε μια ιδιαίτερα κρίσιμη χρονική στιγμή που οριοθετείται πρώτον από την -ελπίζουμε όλοι- θέση σε ισχύ της Συνθήκης της Λισαβόνας, δεύτερον από τη μεγάλη οικονομική κρίση που κτυπά την ευρωπαϊκή οικονομία και τρίτον από τους νέους κανονισμούς για τους βουλευτές και τους κοινοβουλευτικούς συνεργάτες. Όλα αυτά τα στοιχεία είναι αναπόσπαστα στοιχεία του προϋπολογισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για το 2010 και πιστεύω ότι ως βουλευτές πρέπει να τοποθετηθούμε ακριβώς μέσα σε αυτές τις παραμέτρους, χωρίς πειραματισμούς, χωρίς εκκεντρικότητες, χωρίς περιττές δαπάνες αλλά με λογική και αντιστοιχία με τα κριτήρια που η ίδια η κοινωνία περιμένει από εμάς.

Πιστεύω λοιπόν ότι κάνουμε μια καλή αρχή, γιατί εν μέσω της κρίσης το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο δίνει το καλό παράδειγμα συγκρατώντας το ύψος των δαπανών του για το 2010 σε πολύ ρεαλιστικά -εγώ θα έλεγα μάλιστα και χαμηλά

επίπεδα. Κρατάμε τον προϋπολογισμό μας κάτω από το όριο του 20% των κονδυλίων για τα διοικητικά έξοδα. Μειώνουμε τον προϋπολογισμό μας για το 2010 κατά 6,5 εκατομμύρια ευρώ σε σχέση με τις αρχικές εκτιμήσεις του Προεδρείου και αν δούμε συνολικά τους αριθμούς σε σχέση με τον περσινό προϋπολογισμό, παρ' όλες τις καινούργιες ανάγκες που οι νέοι κανονισμοί για βουλευτές και συνεργάτες συνεπάγονται, έχουμε μια εξαιρετικά λογική, θα έλεγα, αύξηση που είναι πολύ κάτω από το 4%.

Η κοινοβουλευτική ομάδα του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος, της οποίας έχω την τιμή να είμαι εισηγητής για αυτό το θέμα, έβαλε από την αρχή της διαδικασίας ένα μεγάλο στόχο για τον προϋπολογισμό του 2010. Θέλουμε να συγκεντρώσουμε τους πόρους του Κοινοβουλίου σε εκείνους τους τομείς, που πραγματικά έχει αρμοδιότητα και ισχύ, και αυτοί είναι οι τομείς που συνδέονται με τη νομοθεσία. Θέλουμε να σταματήσουμε να υπάρχουν στρατιές ανθρώπων που ασχολούνται με πράγματα όπου το Κοινοβούλιο δεν έχει λόγο και να έχουμε ελάχιστους ανθρώπους και πόρους εκεί που πραγματικά το Κοινοβούλιο μέσω της νομοθεσίας μπορεί να κάνει τη διαφορά. Πιστεύουμε λοιπόν και θα τα ξανασυσζητήσουμε αυτά στην πρώτη ανάγνωση ότι οι εν λόγω αρχικές δαπάνες αντικατοπτρίζουν αυτή μας την προτεραιότητα και συμφωνούμε με τον εισηγητή για τη δική έμφαση στο θέμα της πολυγλωσσίας και των κτηρίων, θέματα για τα οποία έχουμε δώσει σημαντική προτεραιότητα πάντα όμως σε σχέση με την έμφαση στη νομοθεσία.

Κλείνω όπως ξεκίνησα, αναφέροντας ότι δεν είναι ώρα για εκκεντρικότητες και άσκοπες δαπάνες. Είναι ώρα για συμμαζέμα, για σοβαρότητα και για επικέντρωση στα αναγκαία και τα απαραίτητα. Ειδικά για αυτά τα τρία μεγάλα και πολυετή προγράμματα όπως είναι το WEB-TV, το Μουσείο της Ευρωπαϊκής Ιστορίας και το Κέντρο των Επισκεπτών θέλουμε ρητές εγγυήσεις για την πρόδοό τους, έτσι ώστε ο προϋπολογισμός για το 2010 να μπορέσει να συνεχίσει να τα στηρίζει αλλά πάντοτε στη λογική του σωστού, σοβαρού και ενδεδειγμένου ελέγχου.

1-158

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk, *w imieniu grupy UEN*. – Pani Przewodnicząca! Zabierając głos w imieniu grupy UEN w debacie dotyczącej preliminarza wpływów i wydatków Parlamentu Europejskiego na 2010 r. chcę zwrócić uwagę na trzy kwestie. Po pierwsze, należy poprzeć propozycję sprawozdawcy, aby obecnie przyjąć projekt preliminarza dochodów i wydatków Parlamentu Europejskiego na 2010 r. w kształcie przyjętym przez Prezydium Parlamentu w kwietniu tego roku. A ostateczne decyzje budżetowe zostawić następnemu Parlamentowi, zobowiązując go do powtórnej analizy poszczególnych pozycji budżetowych we wrześniu 2009 r.

Po drugie, pozytywnie należy również ocenić, że w obecnie przyjmowanym preliminarzu przewidziano wzrost wydatków tylko o 2,72%, co oznacza niewykorzystanie na tym etapie wcześniej proponowanego czteroprocentowego wzrostu wydatków i tym samym daje nowemu Parlamentowi duże pole manewru w tym zakresie na jesieni tego roku.

Wreszcie po trzecie chciałbym również mocno poprzeć propozycję sprawozdawcy w zakresie wielojęzyczności, w szczególności zapewnienie wszystkim posłom równego dostępu do usług tłumaczeniowych. Na poparcie zasługują również pozycje dotyczące technologii informacyjnej i komunikacyjnej dla Parlamentu, w szczególności zamierzenia umożliwiające jak najlepsze wykorzystanie zasobów w tym zakresie.

1-159

Vladimír Maňka, *spravodajca*. – Rád by som sa na záver dnešnej diskusie poďakoval obidvom kolegom za ich názory. Rovnako by som sa chcel poďakovať predstaviteľom všetkých inštitúcií vrátane Európskeho parlamentu, s ktorými sme v posledných troch mesiacoch uskutočnili desiatky rokovaní o príprave ich rozpočtov. Chcel by som sa poďakovať predsedovi Výboru pre rozpočet, pánovi Bögemu, tieňovým spravodajcom a koordinátorom politických skupín, ale aj mojim kolegom, poradcóm a pracovníkom Výboru pre rozpočet, s ktorými sme väčšinu rokovaní absolvovali. Vďaka Vám všetkým sa nám podarilo vo väčšine prípadov nájsť spoločnú cestu a spoločné riešenie.

Kvôli voľbám do Európskeho parlamentu, ktoré budú začiatkom júna, sa nám výrazne zúžil časový priestor na prípravu a diskusiu o odhadoch rozpočtu, ale aj priestor na hľadanie kompromisov. Napriek tomu sme ich dokázali nájsť a už teraz môžem konštatovať, že výsledok našej spolupráce pozitívne ovplyvní výsledky práce Európskeho parlamentu. Pritom pri príprave rozpočtu na rok 2010 pravdepodobne zaznamenáme najväčšie zásahy do štruktúry Európskeho parlamentu za posledných 10 – 12 rokov. Je to veľká výzva pre vedenie Európskeho parlamentu, ale aj pre nás všetkých. Verím, že na konci roka budeme môcť konštatovať, že sa nám spoločne podarilo nastúpiť cestu k vyššej efektívnosti v práci Európskeho parlamentu, ale aj v ostatných európskych inštitúciách.

1-160

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 5 maggio 2009.

1-161

21 - Commercio dei prodotti derivati dalla foca (discussione)

1-162

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Diana Wallis, a nome della commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sul commercio dei prodotti derivati dalla foca (COM(2008)0469 - C6-0295/2008 - 2008/0160(COD)) (A6-0118/2009).

1-163

Diana Wallis, rapporteur. – Madam President, we have a compromise; we possibly have before us tomorrow a first-reading agreement. For my part, as rapporteur in this Parliament, I would say that this has been a very difficult file, a very difficult journey.

However, we have arrived at a position where, I hope, we will respect the wishes of those Members of Parliament who signed the written declaration on this subject and we will have respected the wishes of many citizens in many of our countries across the EU who tell us that they do not like what they see of the commercial seal hunt and that they wish to have no association with the trade that results from that hunt. We have respected that wish; we have dealt solely with what we can deal with within the confines of Europe's internal market: the circulation of goods in the market that arise from the commercial hunt. Following this piece of legislation – if it goes through tomorrow – our consumers should be assured that nothing from the commercial hunt will be sold on Europe's market.

But, of course, there are exceptions. Seals are very beautiful marine animals – in fact, I have realised during this process that they have great PR – but to some they are the rats of the sea. That is how they are perceived by many fishermen: an adult seal gets through an enormous amount of fish on a daily basis. Therefore, there will remain the need for seals to be hunted to ensure the sustainability of fisheries in some area.

But what we have not done here is to regulate hunting. If people in any of our Member States wish to hunt, they can still continue to hunt. What they cannot do is take commercial gain from the results of that hunt. But it should be the case that the results of the hunt can be used, and I hope particularly that those parts of seals that can be used by the medical community will be able to be used.

The most difficult aspect of all of this has been the place in it of the Arctic traditional communities – the indigenous people of the Arctic. We say we have an exception for them, but how will being associated with a banned product actually affect their lifestyle and their economy? The Arctic is not some sort of theme park or museum: it is a living, breathing community with its own modern economy and at the heart of that is what is taken from the seas. I hope that those communities will be able to continue to exist in the way that they always have. But I have my doubts, and I know that those doubts were behind the decision of the Arctic Council last week to refuse to give the EU permanent observer status.

This file has been, for me, a conundrum. I have wrestled with the clash of liberties, I have respected the vote in committee and I have tried to respect the views of those I represent at home. But I share only this with you today: I had a delegation from the Nunavut community come to see me. After our exchange of views, we were all in tears. I hope the derogation works. I will support this package tomorrow but I hope it will turn out to have been the right thing to do.

1-164

Σταύρος Δήμας, Μέλος της Επιτροπής. – Κυρία Πρόεδρε, κατ' αρχάς θα επιθυμούσα να ευχαριστήσω την εισηγήτρια κ. Wallis και τους εισηγητές των γνωμοδοτήσεων κ. Martin, κ. Verwoelens και κα. Mathieu για την εξαιρετική εργασία τους. Ιδιαίτερα, δε, θα ήθελα να ευχαριστήσω την πρόεδρο της Επιτροπής Εσωτερικής Αγοράς και Προστασίας των Καταναλωτών κ. McCarthy, για τη θετική συμβολή της όσον αφορά τη συγκεκριμένη πρόταση.

Η επίτευξη συμφωνίας σε πρώτη ανάγνωση αποδεικνύει την πολιτική βούληση των θεσμικών οργάνων της Κοινότητας να αντιμετωπίσουν έγκαιρα τα δύο κύρια προβλήματα που σχετίζονται με την εμπορία των προϊόντων φώκιας, δηλαδή τον κατακερματισμό της εσωτερικής αγοράς και την ανάγκη εξασφάλισης της καλής μεταχείρισης των ζώων. Η συγκεκριμένη συμφωνία περιέχει τρία καθοριστικά στοιχεία: το πρώτο σχετίζεται με την εναρμόνιση της εσωτερικής αγοράς πρόκειται για την απαγόρευση της εμπορικής διακίνησης προϊόντων φώκιας στην αγορά της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Θα ισχύσει, τόσο για τα εδώ παραγόμενα, όσο και για τα εισαγόμενα προϊόντα. Όπως αναμφίβολα γνωρίζετε οι φώκιες αποτελούν αντικείμενο θηρευτικών δραστηριοτήτων εντός και εκτός της Κοινότητας Χρησιμοποιούνται για την παραγωγή προϊόντων όπως κρέας, λάδι, λαρδί καθώς και προϊόντων από τα όργανα, τη γούνα και το δέρμα τους. Τα εν λόγω προϊόντα διακινούνται σε διάφορες αγορές συμπεριλαμβανομένης και της κοινοτικής. Για ορισμένα από τα προϊόντα αυτά, όπως είναι οι κάψουλες Ω3, ή μεταποιημένα δέρματα, ή γούνες φώκιας είναι δύσκολο εάν όχι αδύνατο για τους καταναλωτές να τα διακρίνουν από συναφή προϊόντα που δεν προέρχονται από φώκιες. Το κυνήγι της φώκιας και ο τρόπος διεξαγωγής του είχε ως αποτέλεσμα την εκδήλωση σοβαρής αντίδρασης και ανησυχίας από το ευρύ κοινό και από πολλές κυβερνήσεις που είναι ιδιαίτερα ευαίσθητοποιημένες ως προς την καλή μεταχείριση των ζώων. Οι ανησυχίες αυτές προκαλούνται από τον τρόπο που γίνεται το κυνήγι της φώκιας, τις μεθόδους που χρησιμοποιούνται για τη θανάτωση και εκδορά τους και τον πόνο τον οποίο προκαλούν. Η αγανάκτηση του κοινού είναι εμφανής από την τεράστια συμμετοχή του στο σχετικό

δημόσιο διάλογο, αλλά επίσης καταγράφεται εύλωττα και στον πολύ μεγάλο αριθμό επιστολών και εκκλήσεων που έχω λάβει την τελευταία διετία. Οι πολίτες μπορούν να είναι πλέον βέβαιοι ότι προϊόντα φώκιας δεν θα διατίθενται πλέον στην αγορά.

Ένα δεύτερο σημαντικό στοιχείο της πρότασης είναι η εύλογη εξαίρεση των Ινουίτ και των άλλων ιθαγενών κοινοτήτων. Στόχος είναι να μην θιγούν τα βασικά οικονομικά και κοινωνικά κεκτημένα των εν λόγω κοινοτήτων που παραδοσιακά εξαρτώνται από το κυνήγι της φώκιας. Πρέπει να σημειωθεί ότι αυτό το είδος κυνηγιού αποτελεί ιστορικό στοιχείο της κουλτούρας και της πολιτιστικής τους ταυτότητας και αποτελεί πηγή εισοδήματος που συντελεί στην επιβίωσή τους.

Το τρίτο στοιχείο είναι η εξαίρεση των κυνηγητικών δραστηριοτήτων μικρής κλίμακας. Έτσι θα επιτραπεί στους αλιείς που ασχολούνται με το κυνήγι της φώκιας παρεμπόδιοντος -και με μόνο σκοπό την αειφόρο διαχείριση των θαλασσιών πόρων- να διαθέτουν στην αγορά προϊόντα από φώκια σε μη κερδοσκοπική βάση και με στόχο να καλύπτουν τα σχετικά έξοδά τους. Σύμφωνα με τη θεμελιώδη αρχή του κανονισμού αυτού στη συγκεκριμένη δραστηριότητα δεν θα πρέπει να υπεισέρχεται καμία εμπορική σκοπιμότητα. Η Επιτροπή θα εγκρίνει με τη διαδικασία της επιτροπολογίας και μετά από έλεγχο του Κοινοβουλίου λεπτομερή μέτρα εφαρμογής στα οποία θα διευκρινίζεται ο τρόπος με τον οποίο θα εφαρμοστούν οι δύο παραπάνω εξαίρεσεις.

Ευελπιστώ ότι το Κοινοβούλιο όπως εξάλλου το Συμβούλιο και η Επιτροπή θα υποστηρίξει τη συγκεκριμένη συμβιβαστική δέσμη συνολικά. Το σχετικό κείμενο προβλέπει την εναρμόνιση της εσωτερικής αγοράς και ταυτόχρονα ανταποκρίνεται στις ανησυχίες των Ευρωπαίων πολιτών σε θέματα καλής μεταχείρισης των ζώων που σχετίζονται με το κυνήγι της φώκιας. Η Ευρωπαϊκή Επιτροπή είναι σε θέση να αποδεχθεί πλήρως τη συμβιβαστική δέσμη, ώστε να επιτευχθεί συμφωνία για τον εν λόγω κανονισμό σε πρώτη ανάγνωση.

1-165

Frieda Brepoels, *Rapporteur voor advies van de Commissie milieubeheer, volksgezondheid en voedselveiligheid*. – Voorzitter, commissaris, u zult begrijpen dat ik ontzettend blij ben dat we nog op de valreep kunnen stemmen over dit dossier, want niet alleen het Parlement, maar ook veel burgers hebben immers jarenlang aangedrongen op maatregelen tegen die wrede commerciële zeehondenjacht.

Het was niet eenvoudig om de juiste invalshoek te vinden, omdat Europa als zodanig niet bevoegd is om de jacht te verbieden. Ik ben de Commissie dan ook erkentelijk dat ze een voorstel heeft gedaan aan het Parlement, maar het Parlement heeft inderdaad wel gemeend dat dit voorstel aangescherpt moest worden.

Als rapporteur voor advies van de Milieucmissie ben ik de collega's van de verschillende fracties dan ook heel dankbaar, omdat ze onmiddellijk hebben ingestemd met mijn voorstel om te kiezen voor een absoluut handelsverbod op zeehondenproducten, met enkel een uitzondering voor de traditionele jacht van Inuit-gemeenschappen. De Milieucmissie koos daarmee dus niet voor het originele voorstel van de Commissie met de verschillende uitzonderingen, noch voor een stelsel van etikettering, dat volgens ons niet controleerbaar is.

Ik wil ook het Tsjechische voorzitterschap bedanken, omdat het zich is blijven inzetten voor een akkoord. Ik kan me voorstellen dat de onderhandelingen met de lidstaten hierover niet altijd van een leien dakje liepen. Naast de collega's in het Parlement wil ik ook de verschillende ngo's bedanken die hun rol als pressiegroepen al die tijd constructief hebben vervuld, en nu ook het compromis uitdrukkelijk steunen. Een compromis is natuurlijk altijd geven en nemen, en toch meen ik dat de tekst tegemoetkomt aan de eisen van alle betrokken partijen.

Voor onze burgers wil ik tenslotte nog benadrukken dat het compromis wel degelijk een impact zal hebben op de commerciële jacht in landen zoals Canada. Omdat nu reeds geanticipeerd wordt op een mogelijk handelsverbod, daalde de vraag naar zeehondenpelzen dit jaar al en halveerde ook de prijs ten opzichte van vorig jaar. Dus zodra het verbod zal zijn ingevoerd, zal het zeker de jacht en de internationale handel in zeehondenproducten een serieuze slag toebrengen.

Ik ben dan ook heel blij met het resultaat en hoop op grote steun van de collega's morgen bij de stemming.

1-166

Véronique Mathieu, *rapporteur pour avis de la commission de l'agriculture et du développement rural*. – Madame la Présidente, moi, je n'ai pas le même avis que mes collègues et je n'ai pas non plus le même avis que M. Dîmas, parce que je me souviens de l'avis du juriconsulte du Conseil et je me souviens aussi de l'avis du juriconsulte du Parlement, qui nous ont bien notifié, l'un et l'autre, que la base juridique qui était employée était mauvaise. Cela m'est resté.

N'oublions pas, Monsieur Dîmas, que vous supprimez les produits dérivés de la chasse aux phoques mais que vous ne les remplacez par rien, ce qui n'est pas légal. Sachez que les Canadiens le savent, sachez que les Canadiens ont l'intention d'exercer leur droit de recours auprès de l'OMC, Monsieur Dîmas. Ils ne vont pas s'en priver et on ne peut pas les en empêcher, et je pense qu'ils ont parfaitement raison de le faire. Le mauvais compromis – le compromis, je pense, est très mauvais – que certains de mes collègues voteront demain, – sans moi, car je vais voter contre – va se faire à la veille du Sommet UE-Canada. C'est quasiment la guerre que l'Union européenne déclare à nos amis canadiens. J'espère que les collègues parlementaires savent exactement ce qu'ils sont en train de faire.

Je voudrais dire aussi à mes collègues parlementaires et à M. Dīmas, qu'ils se paient une belle campagne électorale sur le dos des phoques et sur le dos des Canadiens, parce que nous ne réglons absolument rien en termes de chasse aux phoques. Nous ne faisons que déplacer le problème. Vous le dites vous-même, vous n'interdisez pas la chasse aux phoques, Monsieur Dīmas. Vous déplacez le problème vers la Chine ou d'autres pays, probablement, qui seront capables d'accepter ces produits-là. Rien n'est réglé.

Je trouve donc que ce compromis est mauvais. Je trouve qu'on s'est débarrassé du problème, qu'on n'a rien réglé et qu'il n'y a vraiment pas de quoi être fier. Il n'y a pas de quoi être fier non plus de voir le cours de la fourrure chez les Inuits, qui baisse. Le texte n'est pas encore voté, le compromis n'est pas adopté et ces populations-là sont dans une grande misère économique, à cause de nous. Moi, je ne fais pas de l'autosatisfaction.

1-167

Malcolm Harbour, *on behalf of the PPE-DE Group*. – Madam President, as the coordinator for my group on the Committee on the Internal Market and Consumer Protection, I signed the compromise text and believe I was right to do so but, as Diana Wallis has said, this has been a very difficult dossier because of the difficulties of balancing different views.

You have already heard from two members of my group who have differing views on this and I think you will see tomorrow that the position of our group will be against this – unless some of the amendments that my colleagues have proposed are voted through. There will, however, be many – including myself – who will vote in favour because, having taken that position, I feel morally obliged to do so.

I just want to pick up on some of the crucial issues. First of all, this is a call for action. What people have indicated so far is that this is the beginning of a process and not an end. The issue is the inhumane way in which seals are being killed and the inability of professional hunters to deal with that. The Canadian Government has to reflect on that as well. There are plenty of review clauses built in here to ensure this works, but I very much echo what Diana Wallis says that the exemptions were crucial for the compromise.

The exemptions are well balanced because they reflect, first of all, the importance of supporting traditional hunting in communities. Diana Wallis is right in saying that has to work, and that means that products from those communities need to be on sale and need to be presented in an appropriate way. Secondly, because of the importance of sustainable marine resources and how that issue is going to be dealt with.

We have a compromise on the table. I think European citizens want us to endorse it, but this Parliament is also going to have to keep this deeply under review from now on.

1-168

Arlene McCarthy, *on behalf of the PSE Group*. – Madam President, I think we are forgetting that it was this Parliament which first took up the campaign for an EU-wide ban on the cruel trade in seal products. In 2006 a written declaration calling for this ban was overwhelmingly backed by Members – receiving 425 signatures – with studies by veterinary experts clearly showing that seals are killed with terrible suffering, often skinned whilst still conscious. The public no longer tolerate the trade and we as their representatives have the power to end it. Moreover, our vote tomorrow will be a decisive step forward in the global campaign to ban the trade.

The USA has had a ban for many years. Mexico has banned the trade. In Europe we already have national bans in Belgium, the Netherlands, Luxembourg and Italy; Germany and the UK are considering ways to ban the trade. Bans are now in place in Russia. Hong Kong is planning a ban. This is a political issue that now has its time. After a 40-year campaign against the trade, Europe has the chance to introduce a ban in all 27 states.

For the Committee on Internal Market and Consumer Protection it is not the first time we have taken up citizens' concern to end the cruel trade. Parliament has the power to deliver for citizens and the Internal Market Committee was determined to go for a strong ban whilst securing exemption for traditional Inuit hunting. The committee rejected the Commission's mixed proposal for a partial ban and labelling; the committee rejected Mrs Wallis's proposal for a labelling option only. Why? Because citizens would have condemned this half-hearted gesture which would have allowed the cruel slaughter to continue. The public have demonstrated in numerous polls across European countries that they want an end to the trade: 75% of people polled in the UK want an end; 80% in Austria, over 90% in France and the Netherlands. Even in those countries in the EU where a small amount of traditional seal hunting takes place, the trade is not supported by the public, with 70% against in Sweden. A clear majority of Canadians do not support their country's hunt.

Furthermore 86% of Canadian people polled believed the EU should be free to choose to ban these products. I have here a letter from a Canadian senator written to President Pöttering saying: 'Your vote to ban the trade in seal products will help the vast majority of Canadians who watched in admiration as the Russian Federation ended its bloody seal slaughter last month to force their politicians to look beyond political expediency to what is right and to end this inhumane hunt once and for all. On behalf of the majority of Canadians who are opposed to the hunt, thank you for the leadership you are taking on this issue. It is much appreciated.'

This year 50 000 seals have been slaughtered in the Canadian hunt compared to 220 000 last year. That means that we as citizens now have the opportunity to ban this cruel trade. I know that this will be applauded by the citizens of Europe. I hope that Parliament will tomorrow vote to back the Internal Market Committee's proposal for a ban in seal trade products.

1-169

Toine Manders, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, als coördinator van de Liberale Fractie in de Commissie interne markt heb ik het compromis medeondertekend. Ook in onze fractie verschillen wij wel van mening, zoals ook collega Malcolm Harbour aangaf, maar dat geeft aan hoe gevoelig dit punt ligt.

In een democratie moeten volksvertegenwoordigers luisteren naar de burgers en op dit moment is de tijd voorbij dat op een heel wrede manier dieren moeten worden geslacht om er handelsproducten van te maken. Wij willen absoluut niet voorschrijven hoe er gejaagd moet worden, wij willen ons niet bemoeien met wildbeheersing. Wij willen de handel stopzetten van dieren die op een inhumane manier worden afgemaakt.

Ik denk dat dat ook de boodschap is van dit compromis. Ik denk dat het goed is dat er rekening wordt gehouden met traditionele gemeenschappen die een uitzondering hebben gekregen, en dat het goed is dat er op consumenten of toeristen die producten invoeren die ze gekocht hebben als souvenir geen heksenjacht wordt geopend. Dat is niet goed en past ook niet in deze tijd binnen de Europese Unie van vrijheid.

Het zou wellicht goed zijn - want we willen overall informatie op producten - dat er gewoon op de producten wordt vermeld dat het product is samengesteld uit delen van zeehonden, dan zou wellicht de consument kunnen kiezen en op dit moment is die zich er vaak niet van bewust. Consumenten zouden een betere keuze moeten kunnen maken, dus is betere voorlichting vereist.

Wellicht zou het goed zijn om de autochtone traditionele gemeenschappen te ondersteunen met maatregelen waardoor ze alternatieve economieën kunnen opzetten. Ik dank u, Voorzitter, en ik hoop dat we dit compromis morgen massaal aannemen.

1-170

Leopold Józef Rutowicz, *w imieniu grupy UEN*. – Pani Przewodnicząca! Przypadki okrutnego mordowania fok są częścią zjawiska kłusownictwa, z którym niestety dość często się spotykamy. Kłusownicy zabijają zwierzęta morskie, leśne, wiele gatunków ryb, nie przestrzegając żadnych zasad, niszcząc ich populację i zadając im cierpienie. W państwach Unii Europejskiej, Kanadzie mamy stosowne przepisy prawne i odpowiednie służby, które mają je nadzorować.

Bardzo pomocnym wsparciem dla tych służb może być społeczny ruch, który pomógłby demaskować i wyłapywać kłusowników. Rolą państwa powinno być zabezpieczenie dobrostanu zwierząt, równowagi w ich środowisku oraz nadzór, by nielegalnie pozyskane skóry, mięso dzikich zwierząt, w tym fok, nie dostawało się na rynek, a proceder był surowo karany. Projekt rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady jest dokumentem godzącym interesy wszystkich stron w zakresie handlu skórą z fok.

1-171

Heide Rühle, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Auch ich begrüße die Einigung für unsere Fraktion, und wir werden ihr morgen zustimmen. Wir kommen damit dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach, die in unzähligen Briefen und E-Mails an uns darum gebeten haben, hier endlich tätig zu werden. Wir kommen natürlich auch der schriftlichen Erklärung des Parlaments nach, das eindeutig das Verbot gefordert hat.

Ich wundere mich etwas über die Vorrednerin des Landwirtschaftsausschusses. Es würde mich schon interessieren, ob sie wirklich im Namen des Landwirtschaftsausschusses gesprochen hat oder nur in ihrem eigenen Namen. Ich möchte auf jeden Fall eines ganz deutlich sagen: Es gibt sehr wohl eine legale Basis! Wir haben ja zum Beispiel das Verbot des Handels mit Hunde- und Katzenfellen, das Anfang dieses Jahres bereits in Kraft getreten ist. Daran sieht man sehr deutlich, dass wir hier eine Grundlage haben. Und wir haben außerdem schon eine eindeutige Binnenmarktverzerrung, denn wir haben in mindestens fünf Mitgliedstaaten ein Verbot – und weitere planen es. Deshalb muss die Europäische Union handeln, um dieser Verzerrung des Binnenmarktes nachzukommen.

Also, es gibt Grundlagen für unser Handeln. Es gibt legale Grundlagen für unser Handeln, und es gibt binnenmarktrechtliche Grundlagen für unser Handeln. Das möchte ich noch einmal ganz deutlich herausstellen. Was die Ausnahmen angeht, auch da noch einmal eindeutig und klar: Die Märkte für die Inuits sind bereits seit Jahren zusammengebrochen. Das haben die Inuits in der Anhörung gesagt. Wir haben sie ja zu uns in den Ausschuss eingeladen, und sie haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Märkte schon vor unserem Tun zusammengebrochen sind. Wenn die Inuits überhaupt noch verkaufen wollen, dann nur, wenn ganz klar ist, dass die Produkte der Inuits nichts mit der üblichen Art und Weise zu tun haben, wie diese Seehunde gejagt werden. Nur durch eine klare Trennschärfe gibt es überhaupt die Möglichkeit für Inuits, hier noch etwas abzusetzen.

1-172

Kartika Tamara Liotard, namens de GUE/NGL-Fractie. – Voorzitter, ik pleit voor een totaalverbod op de import van zeehondenbont. Een prachtig schouwspel van de natuur is jaarlijks het podium van een bloederig en gruwelijk vertoon van leed en pijn, waarbij jonkies vanaf twaalf dagen doodgeknuppeld of neergeschoten worden. Deze slachting vindt plaats ten behoeve van de markt en het grote geld, zonder dat er enige waarde wordt gehecht aan het dierenwelzijn, en dat vervult mij echt met afschuw.

Wij moeten deze gruwelijkheid niet in de EU willen importeren. Veel EU-burgers willen dat ook niet, en zij zijn voor een totaalverbod op invoer van zeehondenbont. In Nederland hebben we hard gestreden voor zo'n verbod, en met succes. Als het voorstel van de Commissie, zoals het er lag, door zou gaan, ondermijnt dat het in Nederland tot stand gekomen resultaat.

Echter, bij het verslag van dit Parlement kom ik tot de conclusie dat het Europees Parlement op het punt is gekomen van een totaalverbod van zeehondenbont. Ik ga voor een totaalverbod en ik roep alle leden van het EP, maar ook de Commissie, op om hierin mee te gaan.

1-173

Hélène Goudin, för IND/DEM-gruppen. – Fru ordförande! Trots att det lagförslag som vi behandlar handlar om handel med sälprodukter har diskussionerna snarare handlat om säljakt och då främst utanför EU. Slakt av sälar av det slag som vi har sett bilder på från länder utanför EU är fruktansvärd och borde inte få förekomma.

Man bör dock göra skillnad på jakt och slakt. I Sverige förekommer jakt på säl, men det rör sig om kontrollerad skydds jakt. Klubbor eller påkar används inte utan man använder gevär. Hela förfarandet omgärdas av strikta regler och det skulle vara en mycket olycklig hantering av naturresurser om man inte fick använda djuret när det väl är skjutet. Den kompromiss som nu har arbetats fram är bättre än det ursprungliga förslaget. Jag känner emellertid en viss oro för hur delar av lagstiftningen kan komma att tolkas och för att det ska få negativa konsekvenser för Sverige och våra nordiska grannar. Låt oss hoppas att jag har fel.

1-174

Jan Cremers (PSE). – Voorzitter, collega's, commissaris, allereerst dank aan de rapporteur voor het vele werk dat ze verricht heeft voor dit dossier. Nadat dit Parlement, zoals collega McCarthy reeds opmerkte, al in 2006 opriep tot een ban op zeehondenproducten in de EU, ben ik zeer verheugd dat thans een compromis met de Raad voorligt dat recht doet aan de wensen van dit Huis.

Jaarlijks worden bij de commerciële jacht op zeehonden zo'n 900.000 zeehonden op gruwelijke wijze afgeslacht. Dit is niet alleen gruwelijk, maar ook totaal nutteloos. Voor de PSE-Fractie stond vanaf het begin vast dat het voorstel van de Commissie niet ver genoeg ging. De ruime uitzonderingsbepalingen in dat voorstel zouden onmogelijk te controleren zijn geweest, omdat de grootschalige jacht jaarlijks in een periode van tien dagen overal plaatsvindt. De capaciteiten om dat te controleren zijn niet afdoende en vaak bestaat er onwil vanuit de betrokken regeringen.

Het was vanuit onze fractie cruciaal om de uitzonderingsmogelijkheden bij de onderhandelingen flink in te perken en in ben zeer blij met het huidige resultaat van een handelsverbod, waarin dit voor het grootste deel gerealiseerd is. Voor de PSE-Fractie is het voorts van belang zo min mogelijk in te grijpen in het traditionele levensonderhoud van inheemse volkeren. De in het compromis opgenomen uitzonderingsbepaling voor de Inuit en andere inheemse volkeren voldoet aan de wensen van mijn fractie.

Hoewel we landen buiten de EU niet kunnen dwingen de zeehondenjacht te stoppen, zal de handel in zeehondenproducten hopelijk veel minder lucratief worden en zal de jacht vanzelf verminderen, en hopelijk te zijner tijd helemaal stoppen. In die zin ben ik zeer verheugd over het behaalde resultaat.

1-175

Peter Šťastný (PPE-DE). – Madam President, this final proposal on seal hunting is wholly unacceptable as it grossly interferes with other countries' affairs. Yet these countries play by the rules and all they are trying to achieve is to manage natural resources and provide employment for their people.

This proposal destroys people's lives and their communities in remote regions. It destroys business opportunities on both sides of the Atlantic and seriously harms good relations with important trade and strategic global partners. Furthermore this proposal violates WTO rules.

As Members of Parliament we have a duty to protect people and create an environment for employment opportunities. With this ban we are failing in both areas. Slapping a ban on overpopulated seals is madness and a complete failure of our values. I say to all MEPs: please stop this disaster and vote against this proposal.

1-176

Carl Schlyter (Verts/ALE). – Fru ordförande! Jag är väldigt glad att vi äntligen har kommit hit. I början sade många att detta var omöjligt, att det inte gick. Det gick. Det gick. Vi stöder nu de kanadensiska medborgare som vill sluta skämmas för sitt lands beteende på isarna.

I trettio år har vi försökt kontrollera, försökt reglera denna jakt. Varken i Norge eller i Kanada har det gått. Reglerna efterlevs inte på isen. Det är dags att avsluta kapitlet om tron på att det går att göra denna industriella storskaliga kommersiella slakt på något sätt human.

Beslutet i dag kan vi tacka folkrörelsearbetet för, och majoriteten av Europas medborgare som vill ha detta förbud. Det är en seger för förnuftet, det är en seger för humanismen, det är en seger för demokratin och inte minst, det är en seger för alla själar som får växa upp utan att bli klubbade och slaktade enbart för mänsklig fåfängas skull. Jag tackar alla kollegor som har gjort detta möjligt.

1-177

Christian Rovsing (PPE-DE). – Fru formand! Jeg vil sige, at jeg finder denne sag urimelig, og når jeg taler nu, så taler jeg alene på vegne af Grønland, der tilhører Det Danske Kongerige. Der findes nogle bittesmå udsteder med 10-20 indbyggere langt mod nord, som lever af sæljagt. De har ingen chance for at overleve økonomisk, hvis vi tager deres levebrød fra dem. Og vi kan ikke sætte dem til noget andet! Der er flere hundrede kilometer til det næste udsted, og vi skal være glade for, at de er der, for derved fastholder vi, at Grønland er en del af Det Danske Kongerige.

Grønlænderne skyder sælerne. Hvem har noget imod det? Ingen! Og hvis de ikke får skudt tilstrækkeligt med sæler, så er der ingen fisk for dem at fange. Så det er en ulykke for Grønland, det man er ved at lave her. Denne sag har ikke været behandlet grundigt nok, og der er ikke taget hensyn til de stakkels mennesker, som man nu vil tage levebrødet fra uden at tilbyde dem noget andet i stedet. Det er ikke værdigt at behandle fattige folk på den måde.

1-178

Caroline Lucas (Verts/ALE). – Madam President, as one of the other co-sponsors of the original written declaration nearly three years ago, which called for this ban, I should like to congratulate everyone who has worked to bring this draft proposal forward. Four hundred and twenty-five Members of this House signed that declaration, reflecting the strength of feeling about the issue, not only among MEPs but also among our constituents.

Today, nearly one million seals are slaughtered annually in commercial seal kills around the world, and when we vote on this package tomorrow we will be helping to end one of the most vile examples of animal cruelty.

I am very glad that compromises, like the proposed labelling system, have been strongly rejected, so that we can fully meet the demands of millions of European citizens.

A positive vote will be a vote for ending cruelty. It will also be a vote and a victory for all of us who have refused to take 'no' for an answer. I well remember many meetings with Commission officials when we were told that a ban would be simply impossible. Well, this just shows that when we can galvanise sufficient political will – and I pay tribute to the NGOs which have helped us to do so – then impossible things become possible, and I am delighted that they do.

1-179

Avril Doyle (PPE-DE). – Madam President, this has been a difficult debate, often emotional, with the heart ruling the head on many occasions. I have great sympathy with what my colleague Christian Rovsing has just said in terms of the communities he spoke for, but I will be supporting the compromise tomorrow. However, I need an assurance from the Commissioner. Perhaps I could ask a direct question through the chair to the Commissioner.

Commissioner, if the compromise goes through tomorrow, could you assure me that it will still be possible to use seal tissue for medical research and for bioprosthetic purposes, as is currently the practice in parts of the world? For example, great progress has been made in the survival and quality of life of cardiac patients by using the aortic, pulmonary and pericardial tissue of harp seals, the assumption being that they are sustainably hunted or killed and not in a cruel way. I would like assurances on ongoing medical research and bioprosthetic use of products from seals in the context of the compromise.

1-180

Marios Matsakis (ALDE). – Madam President, I will also support the compromise but I am not at all sure that we are doing the right thing because the issue at hand is not whether we kill seals or whether the seals are in danger of not surviving: these issues have been cleared up.

The issue is whether they are killed humanely or not. And of course in our daily existence we know there are hundreds of thousands of animals that we are happy to have killed, either to eat them or to use their products in other ways. We are happy to have fish dying after hours of suffering on hooks and in nets and we do not complain about that. So why are we complaining about the seals?

Well, because they are beautiful animals and because watching their blood being spilt on white ice is not very nice. So are we voting and are we deciding with our hearts rather than with our brains and our heads on this? I just wonder.

1-181

Stavros Dimas, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank all the speakers in tonight's discussion for their contributions. I am very pleased that it is possible tonight to reach a first-reading agreement on this highly sensitive file.

Since the European Parliament raised this issue about two years ago, the Commission has conducted extensive preparatory work in order to get a full picture of the situation and share it with the general public. Our obligation to take full account of the concerns expressed by European Union citizens, as well as the need to harmonise the internal market, were key issues which needed to be addressed by this legislation.

When the regulation enters into force, citizens can be reassured that seal products derived from commercial hunting activities will no longer be found on the European Union market.

The Inuit exemption will ensure that the interests of Inuit and other indigenous communities traditionally engaged in the hunting of seals will not be adversely affected.

Regarding the issue that Mrs Doyle referred to, this will be dealt with in the implementing measures.

In conclusion, I believe that, by adopting this regulation, we will contribute to raising awareness and to upholding high standards of animal welfare in the European Union.

I would, therefore, like to stress again the importance of reaching first-reading agreement on an issue which is so important to European Union citizens. I therefore urge you to support the compromise package in full, without amendments, to ensure a first-reading agreement.

Once again, I would like to thank the rapporteur, Ms Wallis, and Ms Brepoels and all those who worked towards reaching the compromise agreement.

1-182

Diana Wallis, *rapporteur*. – Madam President, I think the debate tonight well illustrates the difficulty of this issue, and it also illustrates, therefore, how wonderful it is that we have been able to reach some form of compromise. As with all compromises, somebody or everybody will perhaps be a little disappointed by something or other.

I guess what I wanted to emphasise is what we have tried to say throughout our negotiations: that what we have dealt with is what the internal market can deal with, and that is the trade. We cannot deal with the hunting from here, not the hunting that occurs in third countries. It has been difficult; many of us still have questions about how things will be implemented and, Commissioner, I am grateful for the reassurance you have given with regard to how the indigenous communities will be dealt with: that will be something which will be important to many and something that we will have to watch very carefully.

I think many of us still have concerns about the legality – and there has been much spoken about this either at WTO level or within our own internal market rules. Suffice it to say at this moment that I would just wish to say thank you to the lawyers of all three institutions who have worked to get us where we are today. I suspect they will have more work to do in the future but that, as I have said, is for another day.

So there we are: we will see what the vote brings tomorrow. I believe that it is a compromise that is worthy of our support, a compromise that honours the original written declaration and honours the views of European citizens. I hope that they will not be disappointed if they see that this does, in any way, infringe the rights of others elsewhere. It is that that has bothered me throughout the most, and I hope that you will do your best, Commissioner, to make sure that those small and fragile communities are protected.

1-183

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 5 maggio 2009.

Dichiarazioni scritte (articolo 142)

1-183-500

Filip Kaczmarek (PPE-DE), *na piśmie*. – Szanowni Państwo. Popieram sprawozdanie pani Diany Wallis. Popieram, uzgodniony z państwami członkowskimi projekt rozporządzenia, na mocy którego wprowadzony zostanie zakaz handlu produktami z fok. Uważam, że wyjątki powinny być możliwe jedynie po spełnieniu wymogów, dotyczących sposobu i

metod stosowanych przy zabijaniu fok. Nie powinniśmy zakazywać tradycyjnych polowań prowadzonych przez Eskimosów.

Dzięki rozporządzeniu handel przedmiotowymi produktami na terenie UE będzie odbywał się na jednolitych warunkach. Projekt był popierany przez wielu obywateli UE, wrażliwych w sprawie przestrzegania zasad dobrostanu zwierząt. Wszyscy wiemy, że foki są często zabijane w warunkach, w których zwierzęta te, jako ssaki zdolne do odczuwania, doświadczają strasznego bólu i cierpienia. Teraz mamy okazję zakończyć te cierpienia. Zróbmy to! Zakaz będzie oznaczał, że ze wspólnego rynku znikną towary produkowane z mięsa, tłuszczu i skór fok, takie jak torby, buty, nakrycia głowy i rękawice. Nie będzie wolno wprowadzać na rynek niektórych produktów farmaceutycznych produkowanych z fok, na przykład suplementów diety. Dziękuję bardzo.

1-183-750

Lasse Lehtinen (PSE), kirjallinen. – On ymmärrettävää, että ennen vaaleja EU yrittää tehdä kansalaisilleen hyvän tahdon eleitä, mutta tällä kertaa komissio liikkuu heikoilla jäillä. Kun Eurooppa yrittää kieltää tai rajoittaa muiden demokraattisten maiden perinteitä, hyvä tahto saattaa myöhemmin iskeä omaan nilkkaan. Odotan sitä päivää, kun USA:ssa tai Australiassa herätään Espanjan härkätaisteluihin tai Suomen hirvenmetsästyksen.

Omassa kotimaassani Suomessa kalastajat pyytävät vuosittain muutama sataa hyljettä, sillä hyljekanta on kasvanut räjähdysnomaisesti ja uhkaa pian Itämeren kalakantoja. Neuvoston kanssa saavutetun kompromissin myötä kalastajat saavat jatkaa entiseen tapansa, kunhan eivät jää voitolle. Periaatteessa en kannata lakeja, joiden noudattamista ei voida valvoa, mutta kompromissi on sentään parannus valiokunnan äänestystulokseen.

1-184

22 - Protezione degli animali utilizzati a fini scientifici (discussione)

1-185

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Neil Parish, a nome della commissione per l'agricoltura e lo sviluppo rurale, sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sulla protezione degli animali utilizzati a fini scientifici (COM(2008)0543 - C6-0391/2008 - 2008/0211(COD)) (A6-0240/2009).

1-186

Neil Parish, rapporteur. – Madam President, firstly I would like to thank all the shadow rapporteurs who have been very willing to work with me on what is an incredibly technical and difficult dossier. By working together we have been able to come up with what I believe is a good compromise. I would also like to thank the Commission for their cooperation, and we look forward to working with them on this dossier in the future. I would also like to thank Patrick Baragiola from the AGRI secretariat and my adviser Dan Dalton.

Animal testing is a highly controversial area and involves a moral dilemma. Is it ever right to test on animals in order to potentially save the lives of humans? I believe that, as long as tests are properly justified from both the scientific and ethical perspective, then it is.

However, we must do everything we can to minimise both the number of tests and the amount of suffering imposed upon animals. The Commission report was a good start. It showed that the Commission is keen on moving towards an end to animal experimentation whenever possible. However, in many areas the Commission proposal was ambiguous and may have the opposite effect to that which the Commission is seeking.

The omission of definitions of a severity classification was a glaring hole in the whole proposal. The Commission was in effect asking Parliament to make a judgement on the rules surrounding the classifications without knowing what they actually were. In addition, some provisions, particularly the recommendations on the reuse of animals and on the proposed use of only F2 primates (second-generation primates) are likely to mean that many more animals will have to be used.

In the case of F2 primates, no feasibility study has been done to see whether it is possible to do what the Commission is proposing. Their impact assessment only looks at numbers; it does not look into the welfare implications. For this reason, Parliament urgently needed to amend the proposal: not to weaken it but to make it clear exactly when testing on animals should be allowed and under what circumstances.

I believe that the AGRI Committee report strikes a compromise between ensuring that research can continue in the EU and improving animal welfare. From an animal welfare perspective it is a step forward. It is all about promoting alternatives to animal experimentation through a financial commitment, more emphasis on the three 'R's and the strengthening of the role of ECVAM.

In addition I have also proposed regular thematic reviews of primate experiments to identify and phase out those experiments which are not necessary.

It is also a step forward for medical research. It will update the current outdated legislation and will allow medical research to continue as and when that research is scientifically and ethically justified. I believe that this is fundamentally important. We also want to see animal tests reduced. However, European citizens quite rightly demand that the best and more effective medicines are available.

Reliable European research and development is essential. Vaccines for polio, German measles, hepatitis B, diphtheria, measles, mumps, rubella and meningitis, along with combined therapy drugs for HIV, medicines to control asthma, life support systems for premature babies and deep brain stimulation for Parkinson's disease, have all been developed through experimentation on animals, and specifically primates. Many millions of lives have been saved or improved as a result.

Until we have alternatives in place, I believe that it would be unwise to outlaw these types of experiments, either directly or indirectly through poorly worded legislation. This directive will set out the framework to ensure that we can phase out animal testing as soon as alternative methods are available. It significantly improves the search for alternatives and puts us firmly on the path to one day phasing out animal testing altogether. We have a good compromise in the AGRI Committee. However, the Liberal group appears to be trying to drive a coach and horses through this agreement. I would urge them not to vote against this report, because it will set back animal welfare by several years and it would be completely wrong for them to take this action.

1-187

Σταύρος Δήμας, Μέλος της Επιτροπής. – Κυρία Πρόεδρε, χαίρομαι για την ευκαιρία που έχουμε απόψε να συζητήσουμε την πρόταση αναθεώρησης της οδηγίας σχετικά με την προστασία των ζώων που χρησιμοποιούνται για επιστημονικούς σκοπούς. Θα ήθελα να ευχαριστήσω τον εισηγητή κ. Parish και τις τρεις επιτροπές του Κοινοβουλίου που εξέτασαν την έκθεση για τις προσπάθειες που κατέβαλαν και τα σχόλιά τους. Είμαι βέβαιος ότι ο διάλογος που θα ακολουθήσει θα είναι εποικοδομητικός.

Πολλά κράτη μέλη έχουν από καιρό θεσπίσει τις δικές τους εθνικές νομοθεσίες για την προστασία των ζώων που χρησιμοποιούνται για επιστημονικούς σκοπούς. Αυτό έχει ως συνέπεια την ύπαρξη διαφορετικών επιπέδων προστασία στην Ευρώπη. Με την αναθεώρηση θα επιτευχθεί η εναρμόνιση του επιπέδου προστασίας εντός της Κοινότητας και θα εξασφαλιστεί η εύρυθμη λειτουργία της εσωτερικής αγοράς. Σκοπός της Επιτροπής είναι η βελτίωση της νομοθεσίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης που διέπει τα πειράματα σε ζώα. Κατ' αυτόν τον τρόπο, αφενός θα περιοριστεί ο αριθμός των πειραματόζωων και, αφετέρου, θα παρέχεται η κατάλληλη φροντίδα και μεταχείριση στα ζώα που υποβάλλονται σε πειράματα όπως απαιτεί το πρωτόκολλο για την προστασία και την καλή διαβίωση των ζώων το οποίο έχει προσαρτηθεί στη Συνθήκη των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων.

Επιδιώξή μας είναι η αναθεώρηση αυτή να αναβαθμίσει σημαντικά την καλή διαβίωση των πειραματόζωων εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Οι απαιτήσεις καλής διαβίωσης των ζώων συμπεριλαμβάνεται πλέον επίσημα στη Συνθήκη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, πρέπει δε να λαμβάνονται υπόψη κατά τη χάραξη πολιτικών σε τομείς όπως η εσωτερική αγορά. Στη διαμόρφωση της πρότασης συμμετείχαν με διαφανείς διαδικασίες και χωρίς αποκλεισμούς, εμπειρογνώμονες και ειδικοί στον τομέα των πειραμάτων με ζώα, η ερευνητική κοινότητα, η άμεσα ενδιαφερόμενη βιομηχανία και πολίτες. Η πρόταση στηρίζεται επίσης σε προσεκτικά τεκμηριωμένη εκτίμηση επιπτώσεων. Επιπλέον πολλοί επιστημονικοί φορείς συνέβαλαν σημαντικά σε αυτή τη διαδικασία. Για την κατάρτιση της πρότασης έγινε συγκριτική ανάλυση των πιθανών οφελών και του κόστους της ανάληψης δράσης έναντι της μη ανάληψης δράσης. Με την παρούσα πρόταση επιτυγχάνεται η απαιτούμενη ισορροπία, αφενός προωθείται η ανταγωνιστικότητα και η έρευνα στην Ευρώπη, αφετέρου λαμβάνεται πλήρως υπόψη η απαίτηση καλής διαβίωσης των ζώων. Η Επιτροπή εξέτασε προσεκτικά τις ανησυχίες που εκφράστηκαν από ορισμένες πλευρές ότι η πρόταση θα εξωθούσε την ευρωπαϊκή έρευνα εκτός της Ένωσης, λόγω της υποτιθέμενης του διοικητικού φόρτου ή του κόστους που συνεπάγονται οι συγκεκριμένες απαιτήσεις καλής μεταχείρισης των ζώων. Ωστόσο, δεν υπάρχει κανένα στοιχείο που να τεκμηριώνει τέτοιου είδους διαρροή εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης. Αρκετά από τα πρότυπα καλής μεταχείρισης που περιλαμβάνονται στην πρότασή μας και πολλές από τις αυστηρότερες διαδικασίες αδειοδότησης εφαρμόζονται ήδη από κράτη μέλη που έχουν την παγκόσμια πρωτοπορία στον τομέα της έρευνας. Επιπλέον, η πρότασή μας προβλέπει μέτρα περιορισμού στο ελάχιστο του διοικητικού βάρους. Πράγματι δεν υπάρχει καμία αντίφαση ανάμεσα στη θέσπιση αυστηρών προτύπων καλής διαβίωσης των ζώων και την προώθηση υψηλού επιπέδου επιστημονικής έρευνας. Αντιθέτως, οι δύο έννοιες είναι αλληλένδετες.

Στην πρόταση της Επιτροπής η αδειοδότηση της έρευνας πάνω σε ζώα που διατηρούν τις αισθήσεις τους, προβλέπεται να συνοδεύεται συστηματικά από ανεξάρτητη δεοντολογική αξιολόγηση. Με τον τρόπο αυτό τίθενται σε εφαρμογή οι αρχές της αντικατάστασης, του περιορισμού και της βελτίωσης της χρήσης ζώων. Οι διατάξεις αυτές αποτελούν θεμελιώδη στόχο της αναθεώρησης. Θα αδυνατούσαμε να εκπληρώσουμε τους στόχους μας εάν αντικαθιστούσαμε την αδειοδότηση από σιωπηρή συμφωνία για κάθε είδους έρευνα ή εάν επιτρέπαμε να διενεργείται η δεοντολογική αξιολόγηση από εκείνους που έχουν άμεσο συμφέρον από το ερευνητικό έργο.

Τέλος επιθυμία της Επιτροπής είναι να αποφευχθεί πιθανή διακοπή εν εξελίξει ερευνητικών έργων και να περιοριστεί στο ελάχιστο ο διοικητικός φόρτος. Για αυτό επιτρέπεται ευελιξία κατά την εφαρμογή και ενθαρρύνεται η χρήση υφιστάμενων υποδομών στα κράτη μέλη, όπου αυτό είναι δυνατόν.

Αξιότιμα μέλη του Κοινοβουλίου, κυρίες και κύριοι με την πρόταση αναθεώρησης αποκαθίσταται η εύρυθμη λειτουργία της εσωτερικής αγοράς, αναβαθμίζεται το επίπεδο καλής διαβίωσης των ζώων και προωθείται η έρευνα. Η ισχύουσα νομοθεσία χρειάζεται επειγόντως ενίσχυση και αναβάθμιση με σωστά ισορροπημένο τρόπο και αυτό ακριβώς επιτυγχάνει η πρόταση της Επιτροπής.

1-188

Marios Matsakis, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety*. – Madam President, it is a necessary evil of our times that, unfortunately, human and animal health research requires, as a must, animal experimentation. It is my firm belief that no true scientist enjoys experimenting on animals or does so when alternative means of research are available. Such research must of course at all times be as humane as possible to the animals involved.

To this end the directive under debate seeks – correctly, in my view – to improve matters significantly and decidedly. Important areas of note are the safeguarding of the principles of ethical review and authorisation as well as the concepts of enhanced national inspections and increased transparency throughout. It must be emphasised that the aim of the scientific and political world should always be to phase out the use of animals in research if and when alternative and effective methods not using animals are made available.

1-189

Esko Seppänen, *teollisuus-, tutkimus- ja energiavaliokunnan lausunnon valmistelija*. – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, maatalousvaliokunnan mietintö on kompromissi, jossa on otettu huomioon eri osapuolten näkökantoja tasapuolisesti. Komission esitystä on muutettu suuntaan, jota myös ITRE-valiokunta esittää.

Kun ei ole vaihtoehtoisia menetelmiä kaikkien lääkkeiden ja rokotteiden kehittämistä varten, on käytettävä eläinkokeita. Me olemme vastuussa EU:n kansalaisille siitä, että sairailta kanssaihmisillämme säilyy toivo juuri heidän tautiinsa tarvittavien lääkkeiden kehittämisestä myös Euroopassa.

Samaan aikaan eläinkokeiden tekijät veloitetaan kohtelevaan hyvin koe-eläimiä ja tuottamaan niin vähän kipua kuin mahdollista. Direktiivi on selvä parannus eläinten hyvinvointiin, ja ITRE-valiokunnan näkökulmasta monet maatalousvaliokunnan esittämät tarkistukset ovat samoja tai samantapaisia kuin meidän esittämämme. Siitä syystä maatalousvaliokunnan mietintö tulisi hyväksyä niin vähäisin muutoksin kun mahdollista.

1-190

Elisabeth Jeggle, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Tierversuchrichtlinie hat das 3R-Prinzip als Grundlage: Die Vermeidung, die Verringerung und auch die Verbesserung von Tierversuchen ist anzustreben. Dazu brauchen wir die Entwicklung von Alternativmethoden, die vorangetrieben werden muss. Als Drittes müssen wir einen Kompromiss zwischen dem Tierschutz und der Forschung finden. Dabei muss die Gesundheit des Menschen im Vordergrund stehen. Und Herr Kommissar, Sie haben das betont, wir brauchen gleiche Standards in den Mitgliedstaaten.

Das derzeitige Gesetzesvorhaben basiert auf dem Aktionsplan für den Schutz und das Wohlbefinden von Tieren und auf der Tiergesundheitsstrategie. Wir wollen in der EU und der übrigen Welt einen hohen Schutz und einen hohen Standard gewährleisten. Doch eine vollständige Abschaffung von Tierversuchen ohne gegenwärtig verfügbaren vollwertigen Ersatz durch alternative Methoden würde einen Großteil der tierexperimentellen Forschung in der EU beinahe unmöglich machen. Forschung würde abwandern, wir würden enormes Wissen, das wir haben, verlieren, und wir würden uns völlig abhängig machen. Es gilt also, diesen Kompromiss zu finden, und der Landwirtschaftsausschuss hat einen guten Kompromiss vorgelegt. Zugegeben, es ist kein einfacher Spagat, aber für kranke Menschen bedeutet dieser Spagat möglicherweise das Überleben.

Das Ergebnis der Abstimmung im Landwirtschaftsausschuss am 31. März kommt diesen Anforderungen nach. Der mit 72 % der Stimmen angenommene Kompromiss soll und muss hier unterstützt werden. Daher appelliere ich an alle Abgeordneten, alle weiterreichenden Änderungsanträge, die eingereicht wurden, abzulehnen und den Änderungsanträgen der EVP und der PSE zuzustimmen.

Mein herzlicher Dank gilt nicht nur dem Berichterstatter, sondern auch vielen Kolleginnen und Kollegen im gesamten Parlament!

1-191

IN THE CHAIR: Edward McMILLAN-SCOTT
Vice-President

1-192

Roselyne Lefrançois, *au nom du groupe PSE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire et chers collègues, je tiens tout d'abord à saluer le rapporteur, M. Parish, pour la qualité de son travail et l'importance qu'il a accordée à la coopération avec les rapporteurs fictifs.

Avant que nous votions demain, en première lecture, je souhaiterais revenir sur les grandes lignes de ce rapport. Aujourd'hui, l'image négative que peut véhiculer l'expérimentation animale dans l'opinion publique confirme l'incontestable portée de ce dossier. Comme moi, vous avez d'ailleurs reçu depuis quelques semaines un grand nombre de courriers de citoyens inquiets.

Mais, si nous avons le devoir de proposer un texte qui prenne en considération les craintes de ces derniers, nous ne devons pas pour autant négliger les revendications des professionnels de la recherche. Car, je tiens à le souligner, n'oublions pas que les chercheurs sont non seulement des représentants légitimes de cette opinion publique, mais surtout des personnes dont le rôle est tout à fait fondamental au sein de notre société.

Il faut savoir que, depuis vingt ans, le nombre d'animaux utilisés à des fins scientifiques n'a pas augmenté, tandis que le nombre de publications scientifiques, dans le domaine de la recherche biomédicale, a doublé tous les deux ans. Pour comprendre les enjeux de la révision de cette directive, j'ai moi-même rencontré un grand nombre d'acteurs représentant les différentes sensibilités liées au dossier.

À mon sens, le texte initial proposé par la Commission européenne s'éloignait véritablement de l'objectif fondamental de l'utilisation des animaux, qui est de faire progresser la recherche. Il était donc essentiel de replacer la question de la santé humaine au cœur de la réflexion.

Bien sûr, les dispositions en matière d'expérimentation animale doivent être modifiées, mais la recherche européenne ne doit pas pour autant subir les conséquences négatives de cette nouvelle législation. La stratégie que j'ai adoptée, et qui a été suivie par le rapporteur, consistait donc à rééquilibrer cette proposition afin de s'assurer que les chercheurs ne soient pas lésés.

Je crois que nous pouvons arriver, sur la base du rapport adopté en commission AGRI, à un texte cohérent et raisonnable, qui sera, je l'espère, largement soutenu par le Parlement.

1-193

Jorgo Chatzimarkakis, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident! Mahatma Gandhi sagte: „Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation erkennt man daran, wie sie ihre Tiere behandelt.“ Tierschutz für Versuchstiere ist ein wichtiges, heikles Thema, das viele gern ignorieren würden. Aber es ist äußerst sensibel, insbesondere, wenn es um Forschung an Affen und sogar Menschenaffen geht. Wir wissen das von den Reaktionen der Öffentlichkeit.

Die Kommission stand unter großem Druck. Ich möchte Herrn Kommissar Dimas ausdrücklich gratulieren. Sie haben sehr gute Vorarbeit geleistet, Sie haben wichtige Verbesserungen für den Schutz von Versuchstieren aufgenommen, wie etwa die Vorabgenehmigung aller Versuche sowie eine Nachkontrolle aller Versuche. Sie haben die Richtlinie auf alle Tierarten ausgedehnt, damit sie eben nicht nur für Säugetiere gilt. Auch das höchst umstrittene Thema der Versuche an nichtmenschlichen Primaten hat die Kommission gut gelöst: Die Versuche wurden auf lebensbedrohende Krankheiten und auf Hirnkrankheiten begrenzt.

Leider wurde der Kommissionsvorschlag durch die Abstimmung in den Ausschüssen in vielen Details grob verbessert. So wurden die Standards, die ich gerade aufgelistet habe, durch die Abstimmung im Landwirtschaftsausschuss sogar ins Gegenteil verkehrt. Nur ein Beispiel: Nach dem Votum im Landwirtschaftsausschuss wird ein Versuch, wenn er nach 60 Tagen von den Behörden noch keine Genehmigung bekommen hat, automatisch genehmigt. Das ist doch ein unhaltbarer Zustand für Europa!

Deshalb mein Appell an die Kollegen: Lesen Sie sich das durch, worüber Sie morgen abstimmen, und folgen Sie nicht einfach den Stimmführern! Ich bin dem Berichterstatter dankbar, dass er auf den letzten Metern nun doch zu einigen Kompromissen bereit ist. Ich freue mich darüber, dass Neil Parish morgen einen mündlichen Antrag einzubringen gedenkt, durch den die Genehmigungsdauer der Projekte eindeutiger geregelt wird.

Schade ist jedoch, dass Artikel 15 nicht durchkommt. In Artikel 15 wird die Möglichkeit für einige Mitgliedstaaten geschaffen, noch härtere, schärfere Standards beizubehalten, wie es z. B. in den Niederlanden der Fall ist. Warum wollen wir jetzt das Niveau, das in den Niederlanden sehr hoch ist, senken? Unser aller Ziel muss es sein, ein Gleichgewicht zwischen hohem Tierschutz und Forschungsintensität zu finden. Das ewige Totschlagargument, dass die Forschung dann weggeht, kann ich auch nicht mehr hören! Das ist auch nicht in allen Punkten wahr!

Schopenhauer hat gesagt: „Jeder dumme Junge kann einen Käfer zertreten, aber alle Professoren der Welt können keinen neuen Käfer erschaffen.“ Wir müssen Werte vermitteln – das ist unsere Aufgabe!

1-194

Kartika Tamara Liotard, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Ik ben blij dat de Commissie het initiatief heeft genomen om de Richtlijn betreffende de bescherming van dieren die voor wetenschappelijke doeleinden worden gebruikt, te herzien. Zowel het gebruik als het lijden van proefdieren moeten sterk worden verminderd en dat kan door de ontwikkeling van

wetenschappelijke methodes die gelijkwaardig of efficiënter zijn, te stimuleren, zonder dat we de ontwikkeling van geneesmiddelen daarmee teveel hinderen.

Waar ik echter moeite mee heb, is dat er meerdere amendementen zijn ingediend, die het voorstel sterk kunnen afzwakken. We moeten niet het doel van het voorstel uit het oog verliezen. Het gaat hier om de bescherming van de proefdieren en niet om de bedrijfswinsten. Het belangrijkste is dat procedures die als ernstig worden gecategoriseerd, waarbij proefdieren mogelijk langdurig pijn lijden, verboden worden. Deze procedures zijn onethisch en barbaars.

Tenslotte moet het proefgebruik van niet-menselijke primaten compleet worden uitgefaseerd. Dat moet heel snel gebeuren. Het Parlement heeft dit nog in 2007 in een schriftelijke verklaring aangenomen en ik denk dat het nu tijd is om de daad bij het woord te voegen.

1-195

Bastiaan Belder, namens de IND/DEM-Fractie. – Voorzitter, hoge normen op het gebied van dierenwelzijn zijn een uiting van beschaving en een respectvol omgaan met medeschepselen. Wanneer goede alternatieven voor dierproeven beschikbaar zijn, moeten die gebruikt worden. Minder dierproeven dus. Dat geldt ook voor goede procedures die dierenleed verminderen of waarbij minder proefdieren nodig zijn. Minder dierenleed dus.

De voorgestelde verplichte ethische beoordeling vind ik winst. Natuurlijk kan het niet de bedoeling van deze richtlijn zijn dat lidstaten gedwongen worden proeven met menselijke embryo's als alternatief te accepteren. Lidstaten hebben hier hun eigen ethische afweging te maken.

De Commissie wil uiteindelijk naar volledige afschaffing van dierproeven. Dat streven delen wij, maar we kunnen helaas nog niet zonder dierproeven en we kunnen ook nog niet definitief zeggen wanneer we dat wél kunnen. Nu al een einddatum noemen waarop dierproeven verboden worden, is onverstandig en misschien zelfs wel gevaarlijk voor de menselijke gezondheid. Dat standpunt deel ik met de rapporteur.

1-196

Françoise Grossetête (PPE-DE). – Monsieur le Président, nos concitoyens réclament plus de recherche, en particulier dans le domaine biomédical, afin que l'on trouve des nouveaux traitements pour des maladies que l'on ne sait pas encore soigner. C'est le cas, entre autres, de toutes les maladies neurodégénératives, comme la maladie de Parkinson et la maladie d'Alzheimer. On sait aussi que nous avons besoin des expérimentations animales, que ces expérimentations animales, heureusement, ont beaucoup diminué ces dernières années parce que nous nous sommes fixé l'objectif de trouver des solutions alternatives.

Mais malheureusement, nous savons que, dans certains cas, ces solutions-là n'existent pas et nous avons toujours besoin de recourir à cette expérimentation animale, notamment sur les primates non humains. Dans ce cas-là, nous devons absolument tout faire pour que la recherche européenne reste sur le territoire de l'Europe afin que nous apportions le maximum de protection. Prendre en compte la douleur de l'animal lors d'une expérimentation, c'est se donner toutes les garanties que cette expérimentation produira de bons résultats.

Donc, gardons notre recherche et, surtout, gardons aussi les expérimentations animales. Qu'elles ne soient surtout pas délocalisées hors d'Europe.

1-197

Luís Manuel Capoulas Santos (PSE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, caras e caros Colegas, a utilização de animais para fins científicos é uma matéria relativamente delicada que nos confronta com sentimentos controversos e irreconciliáveis se encarados unilateralmente. Não é possível discutir esta problemática apenas na perspectiva da defesa dos interesses dos direitos dos animais nem fazê-lo olhando apenas para os interesses da ciência ou numa lógica de obtenção de resultados ao menor custo possível.

Ninguém é indiferente ao sofrimento dos outros seres vivos, e é-o ainda menos quando se trata de animais tão próximos de nós como são os primatas. Porém, a nossa sensibilidade é ainda mais elevada quando estamos perante o sofrimento de seres humanos provocado pelo acidente, pela guerra ou pela doença. Para combater a dor não podemos recusar à ciência os instrumentos de que ela necessita, incluindo o recurso a cobaias.

Este relatório traduz o equilíbrio possível entre a contradição de valores e de sentimentos com que estamos confrontados e revela um esforço de compromisso que só enobrecerá o Parlamento e os deputados que nele mais se empenharam. Felicito, por isso, aqueles com os quais mais me relacionei nesta discussão, o relator Neil Parish e a relatora-sombra do PSE, Roselyne Lefrançois, pelo seu excelente trabalho e pelo consenso que souberam estabelecer em torno de uma matéria tão difícil quanto polémica.

O meu Grupo político, o PSE, irá assim votar favoravelmente este relatório e as emendas com as quais pretendemos ainda melhorá-lo, certos de que desta forma estaremos a contribuir para um menor sofrimento dos animais, sem comprometer o progresso científico a favor da saúde humana e a viabilidade da investigação europeia.

1-198

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Vážený pane předsedo, pane komisaři, dámy a pánové, také mi není lhostejné utrpení pokusných zvířat a současně jako lékařka vím, že musíme udělat všechno proto, abychom co nejdříve našim pacientům dokázali přinést – jak se říká na táce – vakcíny a léky pro nové nemoci i pro nemoci staré. Já chci poděkovat kolegům, kterým se podařilo najít skutečně vyvážený kompromis, který dbá a ctí etické principy, pokud jde o zacházení se zvířaty. Kompromis, který zároveň umožní pokračovat ve výzkumech, ale zejména je to směrnice, která dává jasný politický signál, že si přejeme, aby naši vědci hledali alternativní metody, jak ověřovat výzkum nových léků tak, abychom minimalizovali počet zvířat a minimalizovali počet testů a samozřejmě, abychom dodržovali veškeré možné etické principy tak, aby zvířata netrpěla. Děkuji vám všem za tento výsledek.

1-199

Caroline Lucas (Verts/ALE). – Mr President, I cannot hide the fact that this report has been a serious disappointment to those of us who thought that a rapporteur who was also the president of the animal welfare intergroup might have reflected that concern for animals rather more diligently in his report.

It is therefore essential that some crucial amendments are adopted when we vote on this. In particular, the scope of authorisation must apply to all projects, not just to severe and moderate ones. If we fail to ensure that, it will mean that many procedures causing pain, distress or suffering would no longer be subject to a centrally monitored ethical review and that in turn would effectively undermine the enforcement of many of the measures set out in the proposal as a whole.

But, if our amendments are passed, it will mean that there will be renewed effort going into research and the alternatives to animal testing, which is particularly critical in basic and medical research. Current efforts are concentrated on regulatory testing, which accounts for only 10% of animal use. For the sake of both the animals and human health, it is essential that more modern, effective non-animal tests come into use as soon as possible.

1-200

Σταύρος Δήμας, Μέλος της Επιτροπής. – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να ευχαριστήσω όλους τους ομιλητές για τις πολύ εποικοδομητικές τους συνεισφορές στην αποψινή συζήτηση. Επιτρέψτε μου να διατυπώσω σύντομες παρατηρήσεις για ορισμένες τροπολογίες. Η Επιτροπή μπορεί να αποδεχθεί πολλές τροπολογίες, πλήρως, εν μέρει ή επί της αρχής. Στις τροπολογίες αυτές περιλαμβάνονται προτάσεις για τη βελτίωση της εμπιστευτικότητας των δεδομένων σχετικά με τις εγκαταστάσεις και το προσωπικό που εργάζεται με ζώα. Επίσης, περιλαμβάνονται προτάσεις για τακτική επανεξέταση της χρήσης μη ανθρώπινων πρωτευόντων θηλαστικών σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Διατυπώθηκαν επίσης ανησυχίες σχετικά με τα κριτήρια κατάταξης της αστηρότητας. Είμαι σε θέση να σας ανακοινώσω ότι πριν από τις θερινές διακοπές η Επιτροπή θα συγκαλέσει ομάδα εργασίας εμπειρογνομόνων για να εξετάσει τον καθορισμό κατάλληλων κριτηρίων προς χρήση στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Αναμφίβολα, πρέπει να διαφυλάξουμε την ισορροπία που επιτεύχθηκε και η οποία είναι αποτέλεσμα της διεξοδικής διαβούλευσης με τους άμεσα ενδιαφερόμενους, μεταξύ των αναγκών της βιομηχανίας και της προώθησης της έρευνας, αφενός, και της καλής διαβίωσης των ζώων, αφετέρου. Κατά συνέπεια πρέπει να διατηρηθούν οι περιορισμοί στη χρήση μη ανθρώπινων πρωτευόντων θηλαστικών όπως και η αρχή της αδειοδότησης και ανεξάρτητης δεοντολογικής αξιολόγησης παντός είδους έρευνας που αποτελούν βασικά στοιχεία αυτής της πρότασης. Ανακεφαλαιώνοντας, από τις 202 προταθείσες τροπολογίες, η Επιτροπή μπορεί να αποδεχθεί πλήρως, εν μέρει ή επί της αρχής τις 83. Θα διαβιβάσω στη γραμματεία του Κοινοβουλίου κατάλογο με τις λεπτομερείς θέσεις της Επιτροπής σχετικά με τις τροπολογίες.

Τέλος, κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να πω ότι πέρα από αυτή την πρόταση η οποία είναι πολύ σημαντική και για την οποία πρέπει να διατηρήσουμε την ισορροπία μεταξύ της ανάγκης για επιστημονική έρευνα και της βελτίωσης της ανθρώπινης υγείας, με ταυτόχρονη χρήση μεθόδων οι οποίες δεν είναι σκληρές για τα ζώα, πρέπει να πω ότι η Επιτροπή, καθ' όλο αυτό το διάστημα που είμαι Επίτροπος, έχει πάρει αρκετά μέτρα για την προστασία των ζώων. Σας υπενθυμίζω τη συζήτηση που είχαμε προηγουμένως για τις φώκιες, αλλά και τα πολύ δραστικά μέτρα και την αντίδραση την οποία έχουμε σχετικά με το κυνήγι της φάλαινας, όπως επίσης τα θέματα που σχετίζονται με το μη βιώσιμο κυνήγι, ιδίως την περίοδο της άνοιξης και τα μέτρα τα οποία για πρώτη φορά πήραμε ως Επιτροπή με ασφαλιστικά μέτρα για να αποτρέψουμε ακριβώς τέτοιες περιπτώσεις.

Κύριε Πρόεδρε, πραγματικά δεν μπορώ να αντιληφθώ πως με το σημερινό μας πολιτισμό μπορεί να συμβαδίζουν πρακτικές όπως είναι το κυνήγι της αλεπούς ή οι ταυρομαχίες ή οι κοκορομαχίες.

1-201

Neil Parish, rapporteur. – Mr President, I should like to thank Members very much for their views and the Commissioner for his views.

We are right to have this review of this legislation. It is right to refine, reduce and replace animal testing wherever possible. We are right to keep the momentum going. Both industry and animal welfare organisations believe this is necessary.

This is an issue which I believe goes well beyond politics and is very much a moral issue that we must get right. I for one am very disappointed – if he were here I would say it to him clearly – that Graham Watson has made a personal attack on me in my own region, making this a highly political issue. This is regrettable because we need to come forward with a sensible proposal in the end.

A lot of technical expertise and work has been put into this report. We do not deliver this report lightly. We have put serious work into it and we have good compromises. I have sought to bring all sides together to deliver a report which is right for Parliament, right for research and industry, and right for animal welfare. I would urge all to support it because, if we do not get it through, we face delaying the report for a couple of years, and this would be detrimental to the industry and to animal welfare. So I would urge all Members to support it.

If there are groups here that decide to vote against it, I think in the long run all it will do is delay what is a good proposal, one which will help to make sure there is research available in the European Union to help with disease control and new medicine while at the same time reducing the number of animals we need to use and actually strengthening ECVAM in looking for alternatives. So I would urge all Members to vote for it because we want a really resounding result in the morning.

1-202

President. – The debate is closed.

The vote will take place tomorrow (Tuesday, 5 May 2009).

Written statements (Rule 142)

1-203

Šarūnas Birutis (ALDE), raštu. – Ataskaitos projekte Komisija tvirtai pritaria požiūriui, kuriame labiau atsižvelgiama į gyvūnų gerovę juos naudojant moksliniuose eksperimentuose. Tai rodo Komisijos išsipareigojimą siekti galutinio tikslo – bandymų su gyvūnais panaikinimo.

Europos Sąjunga turėtų dėti pastangas šiam tikslui pasiekti. Europos Parlamentas aiškiai išdėstė savo įsitikinimą, kad, įgyvendinant galutinį gyvūnų nebenaudojimo moksliniuose eksperimentuose tikslą, reikėtų nuveikti kur kas daugiau.

Tačiau šiuo metu dar negalime visiškai atsisakyti bandymų su gyvūnais, nors tai ir yra galutinis mūsų tikslas. Vis dar išlieka didelių spragų plėtojant alternatyvius metodus, kuriuose neatliekami bandymai su gyvūnais. Esant tokiai padėčiai, būtų neišmintinga ir netgi pražūtinga žmogaus sveikatai nustatyti datą, nuo kurios nebeleidžiama atlikti bandymų su gyvūnais ar kai kuriomis jų kategorijomis, pavyzdžiui nežmoginiams primatams. Ši požiūrį patvirtina ir visuomenės nuomonės apklausų rezultatai ir juos mes negalime neatsižvelgti.

1-203-500

Daciana Octavia Sârbu (PSE), în scris. – În primul rând doresc să felicit Comisia Europeană pentru propunerea de revizuire a directivei 86/609/CEE, regret însă faptul că raportorul nu și-a propus obiective mai ambitioase.

Consider că trebuie să investim mai mult în cercetare pentru a găsi alternative la folosirea animalelor în scopuri științifice, și să obligăm laboratoarele să apeleze cât mai puțin la folosirea pentru experimente științifice a animalelor, mai ales celor preluate din sălbăticie.

Mă declar ferm împotriva utilizării primatelor neumane în cercetarea biomedicală, acceptând doar necesitatea folosirii lor în exclusiv în experimente referitoare la bolile mortale sau cele invalidante.

Din punct de vedere etic, trebuie să existe o limită superioară a durerii, a suferinței și a spaimei, limită peste care animalele nu trebuie niciodată supuse în cadrul experimentelor științifice. În acest sens, trebuie interzisă efectuarea de experimente ce cauzează durere, suferință sau stres severe și care tind să se prelungească.

Știu că sănătatea publică este extrem de importantă, dar pentru testarea de tratamente nu trebuie să permitem expunerea animalelor la suferințe extreme.

De asemenea susțin amendamentul conform căruia directiva nu trebuie să limiteze statele membre să nu aplice sau să nu adopte măsuri naționale mai stricte care urmăresc ameliorarea bunăstării și a protecției animalelor utilizate în scopuri științifice.

1-204

23 - Ship-source pollution and penalties for infringements (debate)

1-205

President. – The next item is the report by Luis de Grandes Pascual, on behalf of the Committee on Transport and Tourism, on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 2005/35/EC on ship-source pollution and on the introduction of penalties for infringements (COM(2008)0134 – C6-0142/2008 – 2008/0055(COD)) (A6-0080/2009).

1-206

Luis de Grandes Pascual, Ponente. – Señor Presidente, señor Vicepresidente de la Comisión, Comisario de Transportes, señor Tajani, Presidencia en ejercicio del Consejo, Señorías, no imagino por mi parte mejor broche de oro para el final de esta legislatura que la adopción de esta propuesta de Directiva sobre la contaminación procedente de buques y lo que conlleva de introducción de sanciones, incluidas las sanciones penales para los delitos de contaminación, que espero cuente con el apoyo de todos nosotros.

El consenso alcanzado permite augurar que la propuesta cuente con gran apoyo y que mañana sea adoptada en primera lectura. Y todo ello porque, aparte del enorme esfuerzo realizado por las tres instituciones durante la fase de negociaciones, se debe principalmente a la coincidencia que existe en torno a la necesidad de que la Comunidad actúe para combatir los graves atentados contra el medio ambiente.

Bien es cierto que al inicio se suscitó la suspicacia de los Estados, pues la medida que se pretende adoptar —la adquisición por parte de la Comunidad de competencia en materia de Derecho penal— no será fruto de una reforma de los Tratados sino que se logrará a través de la jurisprudencia que, por otra parte, es indiscutible y de enorme calado.

Todo trae causa de la necesidad de hacer frente a una problemática extendida en el transporte marítimo, como es la preocupante escalada de descargas operativas ilícitas de sustancias contaminantes procedentes de buques. Aunque existe ya en estos momentos una normativa internacional para paliar esta situación —el Convenio Marpol 73/78— se viene observando una falta clara en su aplicación y cumplimiento; además de constatar que los vigentes regímenes de responsabilidad civil en materia de contaminación procedente de buques no son lo suficientemente disuasorios.

Tal es así de recurrente la mala praxis en ciertas zonas de la costa europea que algunos de los responsables de transporte marítimo prefieren llevar a cabo en la práctica la actividad ilícita de contaminar, porque les resulta más barato pagar la sanción administrativa que cumplir la legislación vigente. Con estas conductas, el viejo principio de que quien contamina paga, lo han convertido en pagar para contaminar.

Precisamente con la introducción de las sanciones de carácter penal por la severidad y la desaprobación social que constituyen frente a las sanciones administrativas, lo que pretende la Unión Europea es disuadir de toda transgresión a los contaminadores potenciales.

Fruto de las negociaciones con el Consejo, representado a través de la Presidencia checa, que merece, por cierto, todo mi elogio —pues no han faltado los apuros políticos a los que se han tenido que enfrentar a lo largo de su mandato—, se combina una reforma estructural de la Directiva, que no afecta al fondo del mandato del Parlamento y que respeta plenamente el principio de subsidiariedad, pues la Directiva establece el principio sancionador de las conductas en los términos definidos por la sentencia del Tribunal de Justicia Europeo, pero deja a los Estados miembros la definición de los tipos penales.

Por otro lado, se consolida la diferenciación entre vertidos menores y graves y la diferente sanción que merecen. Hasta aquí, lo habíamos conseguido. No era sino reproducir los consensos alcanzados con ocasión del debate y de la aprobación de la Directiva 2005/35/CE y de la Decisión marco 2005/667/JAI del Consejo, pero según la base jurídica nueva, ya que las mencionadas sentencias abren la posibilidad de que el legislador comunitario adopte medidas relacionadas con el Derecho penal de los Estados miembros.

La innovación principal que introducimos en esta propuesta modificativa, que nos permitirá dar un paso más en la lucha contra los delitos medioambientales en el sector del transporte marítimo, es la pretensión, defendida desde el primer día por este ponente, de que la reiteración de los vertidos menores con contaminación del agua puede ser también constitutiva de delitos.

Me complace observar que en esta batalla tampoco he estado solo, pues el Parlamento me dio su apoyo a través de los miembros de la Comisión de Transportes y la Comisión y el Consejo finalmente han acabado por entender el calado y el alcance de mi propuesta.

Mi agradecimiento sincero a los ponentes en la sombra que me han ayudado en esta pretensión y que han sido soporte de la fortaleza de las negociaciones con el Consejo y la Comisión, mi reconocimiento a los ponentes de opinión de las

Comisiones de Asuntos Jurídicos y de Medio Ambiente por sus aportaciones. Finalmente se ha llegado a una solución de transacción respecto a la fecha de entrada en vigor de la Directiva, que se producirá en los próximos doce meses.

Señorías, creo que el día de hoy es motivo de satisfacción para todos, pues con la adopción de esta legislación, sumada a la aprobación del tercer paquete marítimo a principios del mes de marzo, la Unión Europea ha consolidado su posición de liderazgo en materia de seguridad en el mar. Estoy seguro, Señorías, de que seremos un ejemplo para los demás.

1-207

Antonio Tajani, *Vicepresidente della Commissione*. – Signor Presidente, onorevoli deputati, la Commissione non può che rallegrarsi per il risultato che stiamo raggiungendo, che ci porterà all'adozione di una nuova direttiva che modifica la vecchia direttiva.

Si colma così il vuoto giuridico che si era creato a seguito della sentenza della Corte di giustizia che annulla la decisione quadro n. 2005/667 che fissava la natura, il tipo e il livello delle sanzioni penali volte a reprimere gli scarichi illeciti in mare di sostanze inquinanti. Una volta adottata, la direttiva consentirà di lottare in maniera più efficace contro i responsabili dell'inquinamento dei mari. Costituisce, il testo che il Parlamento si accinge a approvare, dunque, un completamento importante del terzo pacchetto per la sicurezza marittima firmato dal Presidente del Parlamento e da quello del Consiglio a margine della vostra ultima sessione plenaria.

Il testo di compromesso attualmente in discussione, per quanto un po' diverso dalla proposta originaria della Commissione, però bisogna dire che ne conserva gli elementi essenziali: innanzitutto, il carattere penale delle sanzioni da imporre per gli scarichi illeciti, secondo, la possibilità di perseguire tutti i responsabili di tali scarichi comprese le persone giuridiche.

Per questo la Commissione sostiene il testo, anche se introduce un trattamento distinto per le violazioni minori e le violazioni minori ripetute. D'altronde, posso comprendere che il Consiglio e il Parlamento abbiano ritenuto auspicabile che gli scarichi che non provocano un degrado della qualità dell'acqua non siano necessariamente oggetto di procedimenti di carattere penale. Sono ancora più sensibile del Parlamento europeo al fatto di vedere sanzionati penalmente questi piccoli scarichi che, per quanto di minore gravità, possono provocare, proprio per il loro carattere ripetuto, un reale inquinamento dell'ambiente marino.

Il compromesso raggiunto in merito alla questione delle violazioni minori ripetute precisa meglio la nozione di "ripetizione" e può dunque essere accettato dalla Commissione che, ripeto, si rallegra per l'obiettivo raggiunto grazie anche ai lavori dei servizi della Commissione, ai lavori dei colleghi parlamentari, quindi ritengo che oggi possiamo dichiararci soddisfatti perché diamo un segnale in direzione della riduzione dell'inquinamento dei nostri mari.

1-208

Marios Matsakis, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety*. – Mr President, the legal vacuum created by the relevant ruling of the European Court of Justice necessitated the amendment of the directive under debate. It is incredible that a legal-basis error has caused a delay in the implementation of such an important directive, and has without doubt been detrimental to our marine environment. Lessons can and must be learned by all concerned in order to avoid such occurrences in the future.

The main issue at this point in time is to speedily amend the proposed directive and get it on the road to implementation as soon as possible. Only then can we envisage the widespread problem of the increase in the incidence and scale of illegal operational discharges of ship-source polluting substances being brought under control, and only then will our task of fighting to keep our seas clean have real hope of success.

In conclusion, I wish to thank the rapporteur for the excellent work he has done on this report.

1-209

Eva Lichtenberger, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Herr Präsident! Die Verschmutzung der Meere ist immer nur dann im Mittelpunkt des Interesses, wenn es wieder zu einem spektakulären Zwischenfall gekommen ist, und dann wird auch heftig über die Bedrohung unserer Meere durch diese dauernden Verschmutzungen diskutiert. Leider tritt das dann in der Zwischenzeit immer wieder sehr weit in den Hintergrund. Die ständigen und wiederholten Verstöße, die genauso viel und dramatisch dazu beitragen, dass nicht nur unsere Meere, sondern auch unsere Küsten unter einer Bedrohung leiden, waren von uns ernst zu nehmen.

Ich darf mich bei meinen Kollegen, mit denen wir diskutieren konnten, dafür bedanken, dass wir alle konsequent die Linie vertreten haben, dass unsere Meere zu schützen sind. Ich spreche hier als Angehörige eines Binnenstaates. Trotzdem fühle ich als Europäerin die Verantwortung dafür, unsere Meere vor dauernden Verschmutzungen aus billigem wirtschaftlichem Interesse zu schützen und auch die Prinzipien des dritten maritimen Pakets zu integrieren, was dringend notwendig ist, wie es der Rechtsausschuss auch vorgeschlagen hat.

1-210

Georg Jarzembowski, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission! Die EVP-ED-Fraktion unterstützt die vom Berichtstatter mit dem Rat ausgehandelte Fassung der Änderungsrichtlinie für die Einführung von Sanktionen gegen Meeresverschmutzung und beglückwünscht ihn vielmals dazu. Wir beglückwünschen auch den Vizepräsidenten, denn auch ohne die Hilfe der Kommission wäre es nicht möglich gewesen, mit dem Rat in erster Lesung zu einer Einigung zu kommen. Es ist ein großer Tag für uns, weil wir am Ende dieser Periode dieses wichtige Dossier abschließen können!

Wir müssen uns immer wieder in Erinnerung rufen, dass die neuen Vorschriften erforderlich wurden, weil der Europäische Gerichtshof mit seinen entsprechenden Urteilen aus den Jahren 2005 und 2007 endlich eindeutig klargestellt hat, dass Rechtsvorschriften, auch strafrechtlicher Art, auf der Grundlage der ersten Säule zulässig sind. Wir brauchen diese Rechtsvorschriften, um die Meere tatsächlich vor Schiffen und vor dem Verhalten der Kapitäne, der Reeder und einiger anderer zu schützen. Denn bisher müssen wir einfach feststellen, dass die zivilrechtlichen Haftungsregelungen nicht abschreckend genug sind.

Es ist viel billiger, illegal etwas abzulassen. Das kann nicht richtig sein! Deshalb brauchen wir wirksame Sanktionen. Ich bedanke mich bei dem Berichtstatter für diesen Dreiklang, der jetzt tatsächlich zwischen allen drei Institutionen vereinbart worden ist. Es ist klar, schwere Meeresverschmutzungen müssen als Straftat klassifiziert und geahndet werden, leichte Verschmutzungen können als Ordnungswidrigkeiten eingestuft werden, damit man auch nach der Schwere differenziert. Aber – und das ist drittens sehr wichtig – wiederholte, auch leichte Meeresverschmutzungen müssen wiederum als Straftaten angesehen werden, weil es summiert sich eben, das Meer zu verschmutzen, und das ist kein Kavaliersdelikt.

Wir müssen hier klare Zeichen setzen und wir appellieren an die Mitgliedstaaten – ich hoffe, irgendjemand leitet diesen Appell an den Rat weiter –, diese Richtlinie unverzüglich umzusetzen und dann auch unverzüglich anzuwenden. Denn nur abschreckende strafrechtliche Sanktionen können unsere Meere schützen!

1-211

Silvia-Adriana Țicău, în numele grupului PSE. – Doresc și eu să îl felicit pe colegul de Grandes Pascual și să menționez faptul că, într-adevăr, poluarea mărilor trebuie să fie un subiect pe care să îl discutăm mai des. Din păcate, pot să dau exemplul Mării Negre, care doar în ultimii doi ani, faptul că a devenit foarte poluată a dus la o creștere de patru ori a volumului de algă, tocmai datorită unei concentrații foarte mari de nitrați.

Evident, transportul maritim, din păcate, este responsabil de o parte a acestei poluări și această Directivă vine de fapt să trateze deversările ilegale ale navelor, care au fost săvârșite fie prin neglijență, fie cu rea intenție, fie prin imprudență. Practic, Directiva armonizează definiția poluării cauzate de nave, săvârșită de persoane fizice sau juridice, domeniul de aplicare a răspunderii acesteia și natura penală a sancțiunilor care pot fi aplicate în cazul unor astfel de infracțiuni comise de persoane fizice.

Vreau să menționez că pentru consolidarea siguranței maritime și prevenirea poluării cauzate de nave a fost deja adoptat la nivel european un ansamblu coerent de măsuri legislative. Această legislație se referă și se adresează statelor de pavilion, proprietarilor de nave și societăților de clasificare, statelor de port și statelor de coastă.

Este important însă să consolidăm sistemul actual de sancționare a deversărilor ilegale ale navelor, prin completarea legislației respective. Trebuie să subliniem faptul că această legislație a fost necesară tocmai pentru că normele existente cu caracter preventiv nu au fost suficient aplicate și, din păcate, convenția MARPOL 73/78 nu a fost aplicată suficient. De aceea cred că este important să existe acest pachet legislativ și faptul că au fost opinii date și de Comisia JURI și de Comisia pentru petiții cred că arată importanța acestui subiect.

1-212

Маруся Иванова Любчева (PSE). – Очевидно е, че в законодателен и изпълнителен план Европейската комисия и Европейският парламент са длъжници на европейските граждани, които в крайна сметка са потърпевши от замърсяванията, осъществявани в пространствата на морските ни територии.

Разглеждам нещата от гледна точка на досегашната регламентация и нейното прилагане в защита на околната среда, на моретата и свързаните крайбрежия. Отново ще кажа, че регламентацията и промяната на директивите е необходима, но все още недостатъчна. Най-важно от всичко се явява ефективността на прилагането.

Не може да се приеме за нормален фактът, че да изхвърлиш отпадъците си в морската територия и да платиш глоба струва по-малко, отколкото да изпълниш изискванията на директивата. Затова преди всичко трябва да се обърне внимание на мониторинга. Днес технологичните възможности са достатъчно големи, за да се подчини опазването на водите и крайбрежията на една дългосрочна политика за ползност и защита на цялата флора и фауна.

Подкрепям предложението за изменение на директивата, като считам за особено важно създаването на специализиран орган към Агенцията по морска безопасност, който да осигурява целеви действия по нейното изпълнение.

1-213

Antonio Tajani, Vicepresidente della Commissione. – Signor Presidente, onorevoli deputati, io credo che in conclusione di questo dibattito non possiamo far altro che rallegrarci per la collaborazione interistituzionale tra Parlamento, Consiglio, Commissione, come ha sottolineato nel corso del suo intervento l'onorevole Jarzembowski. Io ringrazio anche il relatore per il lavoro svolto.

Le istituzioni questa volta hanno dimostrato, anche alla fine di questa legislatura, di saper essere in grado di lavorare in cooperazione e di arrivare ad una soluzione in prima lettura e questo credo che sia un messaggio che noi diamo, alla vigilia delle elezioni europee, ai cittadini.

Un altro messaggio nel settore delicato dei trasporti, e colgo, visto che siamo a uno degli ultimi dibattiti che coinvolgono la commissione trasporti del Parlamento europeo, l'occasione di ringraziare per il lavoro svolto da tutti i rappresentanti della commissione, in collaborazione con la Commissione europea e con me, per risolvere concretamente alcune questioni importanti, alcune che si trascinarono da mesi, grazie all'intelligenza dei parlamentari, grazie anche al lavoro che abbiamo svolto con una cooperazione efficiente dei servizi, a dimostrazione che, quando una burocrazia ha dei compiti ben precisi, quando sa quali sono gli obiettivi da raggiungere, non è un ostacolo per i cittadini, ma è uno strumento efficace per rispondere, insieme alla politica, alle istanze dei cittadini.

Oggi credo che il Parlamento, e domani con il voto ovviamente, dà un'altra dimostrazione di efficienza e di voglia di essere sempre dalla parte dei cittadini. Così, con questo dibattito, con il voto, Commissione, Parlamento e Consiglio colmano un vuoto giuridico e permettono, da domani, agli Stati membri di poter perseguire meglio coloro che inquinano i nostri mari, un'altra azione che le istituzioni europee hanno fatto per rinforzare i diritti e la libertà dei cittadini europei.

1-214

Luis de Grandes Pascual, Ponente. – Señor Presidente, con toda brevedad –que me agradecerán sus Señorías a estas horas–: señor Vicepresidente de la Comisión, muchas gracias una vez más porque ha demostrado, como lo hizo en el tercer paquete marítimo, que su impulso y su categoría política han sido capaces de impulsar un acuerdo cerca del Consejo y hacer posible que Parlamento, Consejo y Comisión nos pusiéramos de acuerdo en esta instancia y en estos postreros días en que acaba la legislatura.

Creo que tenemos que felicitarlos. Agradezco, sin duda, la colaboración estrecha que han tenido los ponentes de opinión, tanto de la Comisión de Asuntos Jurídicos como de la de Medio Ambiente.

Agradezco, y lo reitero, el trabajo y la colaboración de los ponentes en la sombra y, en definitiva, creo que el que mañana adoptemos un acuerdo en primera lectura sobre una norma tan importante, que sin duda viene a completar el trabajo del tercer paquete marítimo, significa un éxito para este Parlamento y para la Unión Europea en las tres instituciones y justifica una vez más el procedimiento de codecisión, que es útil y que permite un diálogo constructivo en favor de toda la ciudadanía de la Unión Europea.

1-215

President. – Thank you, Commissioner, not only for your work as Commissioner but also as a Member of the European Parliament.

The debate is closed.

The vote will take place tomorrow (Tuesday, 5 May 2009).

1-216

24 - Consumer rights (debate)

1-217

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on the proposal for a directive on consumer rights by Arlene McCarthy, on behalf of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (O-0076/2009 – B6-0232/2009).

1-218

Arlene McCarthy, author. – Mr President, I know Commissioner Kuneva is here, and I very much welcome the opportunity at this last session of Parliament's mandate – even at this very late hour – to have an exchange of views on the Commission's consumer rights proposal.

We have produced a working document and you will recall that the IMCO Committee working group, led by myself as chair and rapporteur, made a decision not to rush this proposal without taking full consideration of all its implications, in particular since it has been described as the most far-reaching change in approach to consumer law in Europe.

The committee, I believe, has very diligently carried out its work with a public hearing, several exchanges of views, a presentation suggested by Mr Harbour on the impact assessment, and an online consultation with has received around 100 responses from organisations across Europe in just three weeks.

We also held an exchange of views with representatives from the 27 national parliaments to which the Commissioner was also invited. Commissioner, I know that you and your staff are fully aware that this is a controversial proposal that merits further examination in a number of areas.

We appreciate the drive to improve consumers' rights in the internal market. We also agree that there is a need to improve the functioning of the business-to-consumer internal market by removing barriers to cross-border trade, but there is also a need to reassure our consumers that they can continue to expect a high level of protection.

During our deliberations, debate and consultations with stakeholders, we received numerous representations concerned about the lack of clarity and certainty in this proposal. We encouraged consumer organisations and business stakeholders to initiate their own dialogue on how we can make this proposal work, and I know that the Commissioner has received a jointly drafted letter from business and consumer organisations which has been copied to all MEPs. I would like to quote from that. They say, 'we attach great importance to the legal clarity and quality of the proposal, as well as to the need to know what consequences and changes it would bring about compared with the current situation. We believe there is a high degree of uncertainty about the scope and the consequences of this proposal in particular in relation to its impact on national legal orders.'

Their concerns are clear. We need to be clear in our final proposal. Are we asking consumers to give up some of the rights they have under national law? If so, what does the consumer get in return? And if we are not asking them to surrender certain contract law rights, such as the right to reject in UK and Irish law, then is business still not faced with 27 different sets of consumer rules, the abolition of which was a key objective in the first place?

My colleagues and I believe that our first priority is to evaluate what this proposal will do for consumers and business in real practical terms. That is why tonight's oral questions identify some key issues that we would like to work with you on, and that we need to make sure are addressed, in order to produce a workable set of rules that benefit all stakeholders. Our questions therefore focus on the details of specific areas where we would like to see further work.

Some members of the working group were concerned at perceived flaws in the impact assessment and want to see more evidence of the costs of legal fragmentation if we do not act. They also want more information on the economic impact of the proposal, not only on the impact of the information requirements.

In short, we would like the Commission to take some time in the intervening election period before Parliament is reconstituted in July to undertake the following work (this is all contained in the Oral Question): an analysis of the practical and legal implications of the proposal on consumer rights in each Member State; a clarification of the relationship between the fully harmonised provisions in the directive and the general remedies available in national contract law; a clarification of the interplay of the draft proposal with existing Community legislation, in particular the Unfair Commercial Practices Directive, E-Commerce Directive, Services Directive, the Rome I Regulation and, of course, the proposed CFR. We want some further evidence in the impact assessment to help us analyse and demonstrate the benefits and costs of this proposal and any alternative approaches that could be put forward.

We want you to help us, and we will work with you, to ensure that we support a dialogue between stakeholders on what measures are necessary to bring mutual practical benefits for business and consumers alike.

Commissioner, I believe it is possible to produce a workable practical proposal that is supported by all stakeholders. I pledge to you that the Members of this House wish to continue to work with you to ensure that we deliver that, and that we can at some point in time vote through this Parliament a new consumer rights directive.

1-219

Meglana Kuneva, *Member of the Commission*. – Mr President, I thank Arlene McCarthy very much for her words because a lot has really been done on this directive. I would, however, like this directive – which we will continue to work on – not just to be adopted, but also to be embraced, by all the stakeholders. We will not spare our efforts for this to happen. As this is our last session here, may I use the opportunity to thank you all very sincerely, especially Arlene as the chair of our committee, as well as Mr Harbour and especially Mrs Cederschiöld. I expect one way or another to keep in touch with you because it was a real pleasure to work with you and I hope this will continue in another way.

I would now like to concentrate on the next important steps for the directive because I do believe that this directive is very important for all of us. We need this directive for the internal market of the 21st century. Let me make it clear that, before tabling the proposal, the Commission carried out a comparative law analysis, the 'Compendium', covering the laws of the Member States transposing the consumer directives under revision. The Commission is now going through the various provisions of the proposal in more detail with the Member States in order to improve its understanding of the practical impact on national law.

My services are preparing a table, which aims to illustrate the impact of the proposal on the existing levels of consumer protection across the EU. The table will cover those provisions (for example the length of the withdrawal period and of the legal guarantee) for which it is possible to assess whether the proposal will bring about an unquestionable increase or decrease in consumer protection in the various Member States. The table will be available by the end of May at the latest.

Under the proposal, Member States will be able to retain general contract law remedies for faulty goods, provided that the legal requirements for the exercise of these remedies differ from the requirements which apply to the remedies regulated in the proposal. I appreciate that this interaction between the proposal and national general contract law remedies could be made clearer in the text. This means that remedies such as the right to reject in the UK or the *garantie des vices cachés* in France could be maintained. However, I am also prepared to consider alternatives whereby elements of these national remedies could be incorporated into the proposal, if such a solution were to be preferred by the Council and the Parliament.

The proposal complements the Unfair Commercial Practices Directive (UCP). Whereas UCP protects consumers collectively against questionable business practices by rogue traders, the draft Consumer Rights Directive provides consumers who conclude a contract with a trader with individual contractual rights, which they can enforce before civil courts. As regards the Services Directive and the E-Commerce Directive, the information requirement in these Directives will apply in addition to those of the proposal and will also prevail in case of conflict with the proposal.

Finally, as regards the Rome I Regulation, the preamble to the proposal makes it clear that the proposal is without prejudice to the Regulation. As a consequence, the national law applicable to consumer contracts within the scope of the draft Directive will be determined exclusively by the Regulation.

The Commission, in preparing the proposal, was inspired by the findings of the contract framework of reference (CFR), for example, on the black list of unfair contract terms, the passing-off and delivery rules, as well as the streamlining of the pre-contractual information requirements.

For the future, it will be important to ensure coherence between the CFR and the Consumer Rights Directive. Given that the CFR will be a longer-term project, we will have to make sure that the final definitions and rules of the Consumer Rights Directive are incorporated in the section of the CFR dealing with consumer contracts.

The proposal for a Directive on Consumer Rights was preceded by a thorough impact assessment. The impact assessment also monetised the administrative burden that would accrue as a result of the changes proposed, and compared it with the cost of compliance that traders wishing to sell to other Member States have to incur as a result of the fragmentation of consumer protection rules and Rome I. The assessment showed that full harmonisation of the essential consumer rights would have strong positive effects on internal market integration and consumer confidence. During the initial stages of the legislative process, it appeared that further evidence and more insight might be useful on consumer behaviour and preferences regarding sales remedies. I intend to launch a qualitative study in the near future on this matter, with a view to gathering evidence following in-depth interviews with consumers and traders. The results of the study should be available in the third quarter of 2009.

The Commission is committed to maintaining a constructive dialogue – and this is my political commitment to you – with the stakeholders mostly affected by the draft directive during the legislative process. To that effect, I will gather consumer and business stakeholders together at a joint meeting in June 2009 to clarify elements of the proposal and to further discuss the most important aspects of the proposal. Parliament will be kept duly informed.

I would like just to add that last week I met all the consumer organisations under the umbrella of BEUC and we discussed this matter again. Two days later at least 10 representatives from the House of Lords came to discuss this directive in Brussels. This is a very good sign that interest in consumer policy is increasing, as is right for the internal market.

1-220

Malcolm Harbour, on behalf of the PPE-DE Group. – Mr President, I would first of all like to warmly thank Ms Kuneva for all the work she has done on consumer issues, since this is the last time in this Parliament we shall have a chance to debate with her. Commissioner, I from my side and, I think, the whole committee have really appreciated your intensive engagement.

I know it was perhaps somewhat disappointing for you that we felt we were not able to give this proposal a thorough review and get it to first reading before the end of this mandate. But I think history will show that we have done the right thing because the work that has been led very well by Arlene McCarthy – looking at the impact assessment, questioning the issues – has raised awareness in the proposal and has also got many more people engaged, as you yourself indicated.

It seems to me – and here are the crucial points I want to make in the short time available this evening – that one important thing that is missing from this proposal is the overall strategic framework that the Commission wants to follow in the evolution of the consumer acquis.

This proposal addresses goods but, at the end of this year, before we have this proposal in place, we shall have the Services Directive in place and there are many issues for consumers around that. We know that you are also looking at issues such as digital products, package, travel and so on.

I think we need to see what you intend to do with this goods package as part of a broader strategy for the direction of the consumer acquis. That is very important. It needs to be future-proofed; it needs to be part of an overall process. That is one of the things that I would be slightly critical of in the approach that has been taken so far. I hope we will be able to move that forward.

I was delighted you mentioned the House of Lords because I was also going to reflect on that. We have assured them that their report will be able to have a material contribution on the outcome, given the time we have available. We look forward in the end to an extremely good result for Europe's consumers and the internal market.

1-221

Jacques Toubon (PPE-DE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je me réfère au document de travail de Mme McCarthy et de Mme Wallis qui pose, à l'usage du prochain Parlement, les questions que suscitent cette proposition d'harmonisation maximale et le risque que ressentent certains pays d'un affaiblissement de la protection de leurs propres consommateurs.

D'un autre côté, la Commission a raison de vouloir élargir la consommation transfrontière, qui est anormalement faible dans un marché intérieur. Je ne reviendrai donc pas sur le fond – Mme McCarthy l'a dit –, mais je voudrais donner quelques conseils, si vous le permettez, à la Commission.

D'abord, je souhaite que Mme Kuneva continue son travail, et j'espère qu'elle pourra faire adopter un projet de directive horizontal. Mais vous ne pourrez y parvenir que, premièrement, si vous évaluez très exactement l'impact sur toutes les législations nationales – ce qui n'est pas fait; deuxièmement, si vous positionnez très exactement cette proposition par rapport aux règlements, directives et conventions existants et en projet au niveau communautaire – ce qui n'est pas fait; troisièmement, si vous écrivez très exactement que certains régimes de principe, par exemple le vice caché, sont sauvegardés – ce qui n'est pas fait; quatrièmement, si vous indiquez – et c'est le plus important – quel sera le niveau de protection qui résultera de la mise en œuvre de la directive, et pas seulement quelles seront les dispositions concernées.

En ce sens, la proposition n'est pas ce qu'on appelle un acte clair. Car c'est cela qu'il faudra obtenir: une harmonisation qui augmente le niveau de protection. Pour résumer, Madame, vous êtes allée un peu vite. Mon conseil, c'est de prendre du temps – votre temps –, et avec ce temps, de présenter tous les arguments qui vous permettront de convaincre totalement les gouvernements et ce Parlement européen.

1-222

Charlotte Cederschiöld (PPE-DE). – Nu finns utrymme för förbättringar i konsumentreglerna. Förhandlingarna har inte startat, parlamentet har inte yttrat sig och medlemsstaterna är i början av diskussionen. Vi behöver *full* harmonisering på konsumentområdet.

Jag får plats med tre punkter här som jag tycker är angelägna att få in. 1. En tydligare omfattning av direktivet. 2. En vara med ursprungsfel kan i dag ges tillbaka inom två år; det bör vara tre år. 3. Ångerrätten bör sättas till ett år, det ger ökat konsumentskydd i de flesta medlemsstater. Klara och tydliga regler och ett högt konsumentskydd gynnar konsumenterna och näringsidkarna. Oklara regler är till nackdel för seriösa näringsidkare och små och medelstora företag. Rådet och parlamentet bör nu få in dessa tre centrala punkter i ett fullt harmoniserat förslag.

Eftersom det är min sista debatt med Meglena Kuneva vill jag tacka för ett oerhört trevligt samarbete.

1-223

Meglena Kuneva, Member of the Commission. – Mr President, I would like to start by answering Mr Harbour. I see clearly why we need to address the issue of services, and services are definitely a very important part of the consumer strategy for 2007-2013. I fully realise that the European economy is a service economy.

As to why we are not addressing, for example, digital content, and excluding it from the scope of the proposal, I can state that the issue of consumer protection in respect of digital content services was raised in the green paper consultation. Several stakeholders, and in particular consumer organisations, consider this to be an important matter. However, it raised serious concerns in business quarters, and respondents argued that because of the complexity of the issue further careful analysis was needed.

To this end, the Commission will carry out a study in order to determine the scope of the problem and the extent of the consumers suffering detriment as a result of digital content not being covered. I would like to turn to digital issues next time, with rock solid arguments.

Without wishing to waste either the time of Parliament or of consumers and businesses, may I kindly inform you that tomorrow, together with Commissioner Reding, I will present the digital guide. This is a very practical guide based on the existing legislation – about 20 directives – which forms a kind of compendium of what we can do right now to enforce our rights, because sometimes the most important point is how we enforce legislation.

On the remarks which Mr Toubon made, I should say that, under the proposal, Member States will be able to retain general contract law remedies for faulty goods, and this means that remedies such as the right to reject in the UK, or the *garantie des vices cachés* in France, may be maintained.

Sometimes we need to invest more time in explaining the content of a directive, and that is what my colleagues are doing in the Council. At the least we need to make clear what we mean in one or other text, and this is the stage at which we can clearly settle questionable issues.

The Commission is now going through the various provisions of the proposal in more detail with the Member States, in order to improve understanding of the practical impact on national law, exactly as you, Mr Toubon, and Parliament asked. We will spare no effort to make everything clear. This is a legal text; this is a civil text; and how this legal text can even be translated is itself quite a challenge. We will therefore keep explaining and maintaining the good level of collaboration with the Council, and with Parliament, on this aspect.

Thank you, once again, for the last comment, Mrs Cederschiöld. I will keep your proposals in mind. You are right to say that we are negotiating the directive. I listened very carefully, but let me be very clear in saying that there is one point on which I will not compromise, and that is full harmonisation.

1-224

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 142)

1-225

Zita Pleštinská (PPE-DE), písomne. – Ochrana spotrebiteľa má v členských štátoch rôznu úroveň. Počas vypočutí vo výbore IMCO predstavitelia neziskových organizácií zameraných na ochranu spotrebiteľa v starých členských krajinách neavizovali finančné problémy. Spotrebiteľia pred uskutočnením svojich spotrebiteľských rozhodnutí často využívajú služby spotrebiteľských organizácií za úhradu. To vytvára lepšiu možnosť pre tieto organizácie byť nezávislými.

Spotrebiteľské organizácie na Slovensku dostali pre svoje aktivity sumu 152 500 EUR. Obávam sa, že taká smiešna suma odradí spotrebiteľské organizácie zastávať práva spotrebiteľov.

Byť spotrebiteľom práve po rozšírení Únie je čím ďalej tým zložitejšou a komplexnejšou záležitosťou. Spotrebiteľov sa priamo týka celý rad otázok od nezávadnosti výrobkov, ktoré kupujú, cez dôveru voči obchodu až po on-line nakupovanie a reklamu. Keďže mnohé z týchto problémov prekračujú rámec jednotlivých krajín, potrebujeme harmonizovanú legislatívu, intenzívnu a preventívnu osvetu, ktorá nás vyzbrojí dostatočným sebedôverou, aby sme sa nestali hračkou v rukách ostrieľaných obchodných spoločností. Z tohto dôvodu by mali spotrebiteľia vedieť využívať portály, ktoré im dodávajú nové informácie, napríklad RAPEX o nebezpečných výrobkoch, SOLVIT o vnútornom trhu, DOLCETA o finančnom vzdelávaní a mnohé iné. Významne im môžu pomôcť Európske spotrebiteľské centrum a Európsky diár.

Pani komisárka Kuneva, vyzvite v mene Komisie hlavne nové členské štáty, aby nepodceňovali ochranu spotrebiteľa nedostatočnou podporou spotrebiteľským organizáciám.

1-226

25 - Recommendation to the European Commission in Complaint 185/2005/ELB (short presentation)

1-227

President. – The next item is the short presentation of the report by Miguel Angel Martínez Martínez, on behalf of the Committee on Petitions, on the special report from the European Ombudsman following his draft recommendation to the European Commission in Complaint 185/2005/ELB (2009/2016(INI)) (A6–0201/2009).

1-228

Miguel Angel Martínez Martínez, Ponente. – Señor Presidente, señora Comisaria, en 2005 un intérprete *freelance*, comprobando que al cumplir 65 años dejaba de ser contratado por la Comisión Europea, presentó una reclamación al Defensor del Pueblo por presunta discriminación por causa de edad con violación de la Carta de los Derechos Fundamentales.

La cosa venía de lejos: años antes, la Comisión y el Parlamento habían adoptado esa decisión de no contratar a intérpretes *freelance* mayores de la edad de jubilación de sus propios funcionarios.

Los intérpretes afectados llevaron el tema al Tribunal, ganaron en primera instancia, pero en apelación se falló en sentido contrario, aunque por defecto de forma y sin entrar en el fondo.

Conociendo antecedentes y sentencias, el Defensor del Pueblo estudió rigurosamente la reclamación y concluyó que, efectivamente, había discriminación y violación de la Carta de los Derechos Fundamentales, por lo que recomendó a la Comisión que cambiara la norma, en línea con la conducta que ya el Parlamento había adoptado antes, tras el fallo del Tribunal en primera instancia.

La Comisión hizo oídos sordos a la recomendación del Defensor del Pueblo, lo que le obligó a pedir amparo al Parlamento, que trasladó el caso a la Comisión de Peticiones. Tres fueron las razones que llevaron a la Comisión de Peticiones a apoyar al Defensor del Pueblo con la resolución que se aprobó por unanimidad en dicha comisión:

En primer lugar, por coherencia con la conducta misma del propio Parlamento, que venía contratando a intérpretes *freelance* mayores de 65 años cuando parecía conveniente o necesario.

Segundo, por la obligación de amparar al Defensor del Pueblo. El Parlamento considera que el Defensor del Pueblo es una institución incómoda a veces, pero indispensable siempre en nuestro ordenamiento jurídico.

Y, en tercer lugar, nos movió el llamar la atención a la Comisión Europea, recordándole que no está por encima de otras instancias comunitarias, sobre todo aquellas que tienen la responsabilidad de controlar y de fiscalizar su labor.

Así hemos llegado hasta aquí, presentando al Pleno la resolución que fue aprobada –como les digo– por la Comisión de Peticiones de forma unánime y que exige a la Comisión que se ajuste a la recomendación del Defensor del Pueblo, reiterando además que éste, junto con el propio Parlamento, están por encima del Servicio Jurídico de la Comisión, que es un servicio importante, pero un servicio administrativo y nada más que eso. Nada menos, pero nada más que eso.

No ocultaré, señor Presidente, señora Comisaria, cierto malestar, porque, en todo este proceso, nosotros siempre hemos buscado el entendimiento, pero, sin embargo, ha habido determinadas presiones para que el informe no llegara hasta el Pleno, e incluso, ahora, algunos comentarios dan a entender que no se hará caso tampoco de lo que diga o no diga el Parlamento. Eso que, la verdad, es sorprendente, no procede, además, de los propios Comisarios, sino de determinados altos funcionarios –de pocos, pero de algún alto funcionario–, imbuidos del convencimiento de que ellos son personal permanente, frente a los parlamentarios e incluso a los Comisarios, que somos, por definición, personal interino y estamos aquí de paso.

Reiterando hoy, señor Presidente, señora Comisaria, colegas, nuestra vocación y voluntad, siempre, de cooperar y entendernos con la Comisión, no podemos sino rechazar la conducta a la que me he venido refiriendo y esperamos que el voto de mañana refleje lo mismo que sucedió en la Comisión de Peticiones: una mayoría o unanimidad en la Cámara que ampare al Defensor del Pueblo, que indique desde luego también, por parte del Parlamento Europeo a la Comisión, que las cosas están donde están y que coloque a todos en su sitio.

1-229

Meglena Kuneva, Member of the Commission. – Mr President, first of all, I would like to stress that the Commission has acted in good faith, strictly respecting all relevant legal rules in the process. We have never been seeking a conflict with the Ombudsman, and even less so with the European Parliament. Our opinion was that our position would be recognised by the Ombudsman.

Our starting point is that, over the years, the working conditions for *agents interprètes de conférence* (AICs) have been increasingly aligned to the rules of the Staff Regulations. Since 2000, freelance interpreters have been linked to the Staff Regulations, after the decision of the Council of Ministers that they can pay Community tax instead of national taxes on their income from the European institutions.

And then, from 2004 on, they have been covered by Article 90 of the Conditions of Employment of Other Servants, which is why they are now called AICs. The age limit of 65 years is a rule of the Staff Regulations that covers all categories of personnel working for the institutions, be they officials, temporary, contract or auxiliary staff, as well as parliamentary assistants, following the recent adoption of a new regulation in this respect. This rule was applied to AICs by the Commission, as well as Parliament, between 2000 and 2004.

Following a decision of the Court of First Instance in 2004 stating that not to recruit AICs over the age of 65 constitutes discrimination, the institutions suspended the application of the rule. However, following an appeal against the decision, the Court declared it null and void. Consequently the Commission returned to its previous practice.

As there is no longer a Court decision in the matter, our reading is that the previous line applies and that the Commission has to apply the rules deriving from the Council regulation of the year 2000 and stop recruiting at the age of 65, exactly as for other staff.

The freedom of the interpretation services of the institutions to recruit AICs according to their needs is a cornerstone of efficient delivery of conference interpretation. This makes it possible to have most regular and predictable demand covered by staff interpreters, whilst fluctuating demand and peak situations are catered for by recruiting AICs.

This tried and tested system has made it possible for the institutions to satisfy requests for interpretation according to demand, including making a success of the latest enlargements while keeping costs under strict control. This approach also supports an active policy of training of young conference interpreters.

Finally, I would like to welcome the very positive contacts between Parliament and the Commission in this matter, and I would especially like to thank Vice-President Martínez Martínez for his valuable contacts with my colleague Commissioner Orban in a previous phase.

1-230

Miguel Ángel Martínez Martínez, Ponente. – Señor Presidente, como me ha faltado un minuto antes, quiero contestarle a la señora Comisaria que sabe de mi amistad y mi cariño por ella y, efectivamente, de mi amistad y mi cariño por el señor Orban. Pero la Comisaria no ha dicho ni una sola palabra sobre la recomendación del Defensor del Pueblo. Es decir, el Defensor del Pueblo, que conoce todos los argumentos que nos ha dado la señora Comisaria, ha hecho una recomendación precisa que la Comisión parece ignorar en todos sus extremos.

Yo no quiero ni siquiera que me conteste la señora Kuneva porque, evidentemente, no es ella quien tiene los datos, pero todos los datos que ella me ha dado están en línea con lo que nosotros sabíamos y con lo que el Defensor del Pueblo también sabe y no nos dice si efectivamente, a pesar de todo eso, y como el Defensor del Pueblo, que conoce eso, recomienda que se cambie la norma, no nos dice si la Comisión va a asumir lo que pide el Defensor del Pueblo y lo que recomienda el Parlamento en función de lo que el Defensor del Pueblo ha pedido.

1-231

Meglana Kuneva, Member of the Commission. – Mr President, the only thing that I can tell you at this stage is that I will report back to Commissioner Orban and make sure that you will have an adequate answer on this point. Of course we will take your comments very seriously and the last clarification which you asked for.

1-232

President. – Thank you, Commissioner, thank you, colleagues. Thank you to all the staff and thank you to all the interpreters, whatever age they may be.

The debate is closed. The vote will take place tomorrow (Tuesday, 5 May 2009).

1-233

26 - Agenda of the next sitting : see Minutes

1-234

27 - Closure of the sitting

1-235

(The sitting closed at 23.45.)